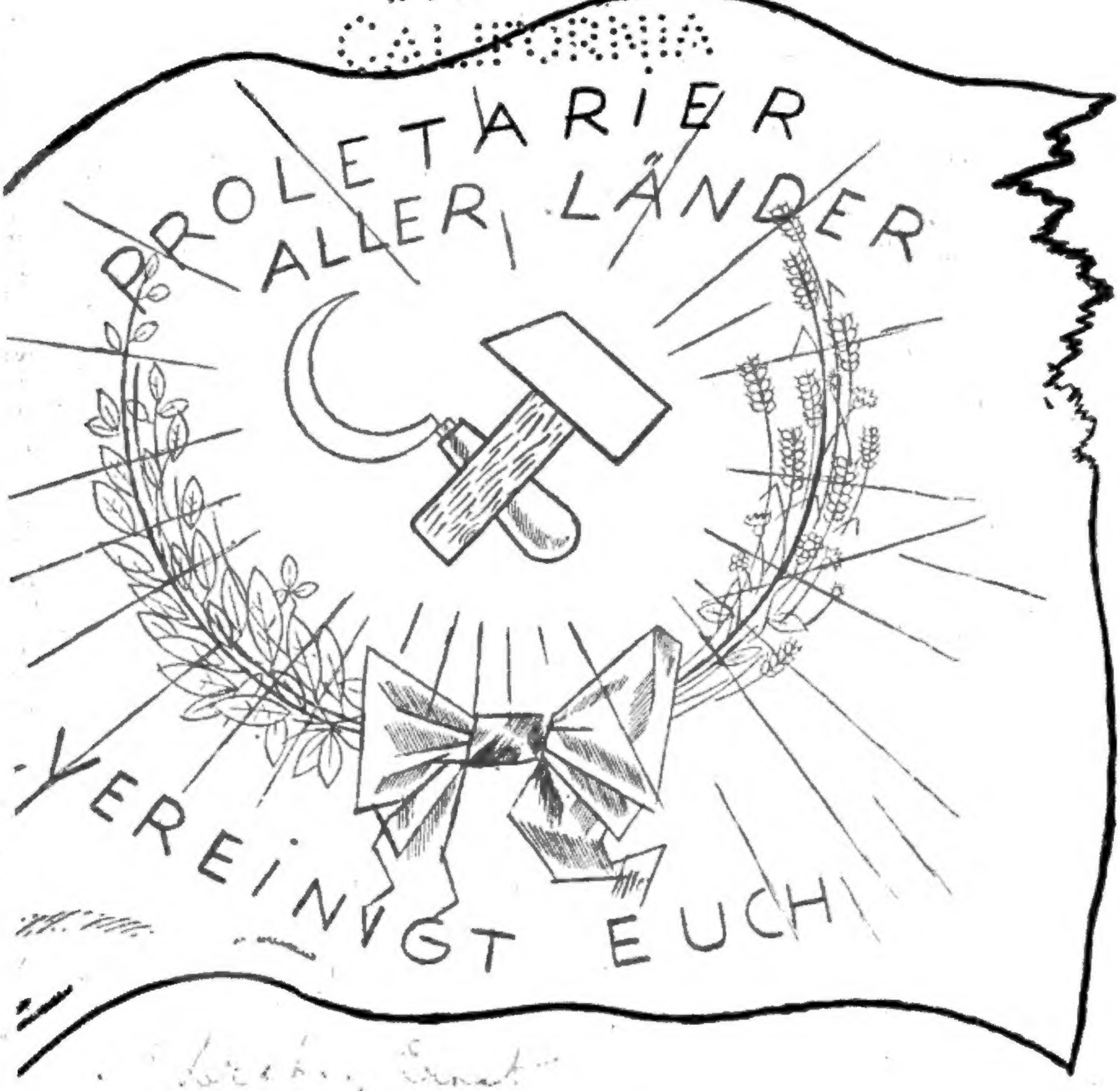
D614 B6 D7

LEINE REVOLUTIONÄRE BIBLIOTHEK

ERAUSGEBER: JULIAN GUMPERZ / BAND II/III



BREST-LITOWSK

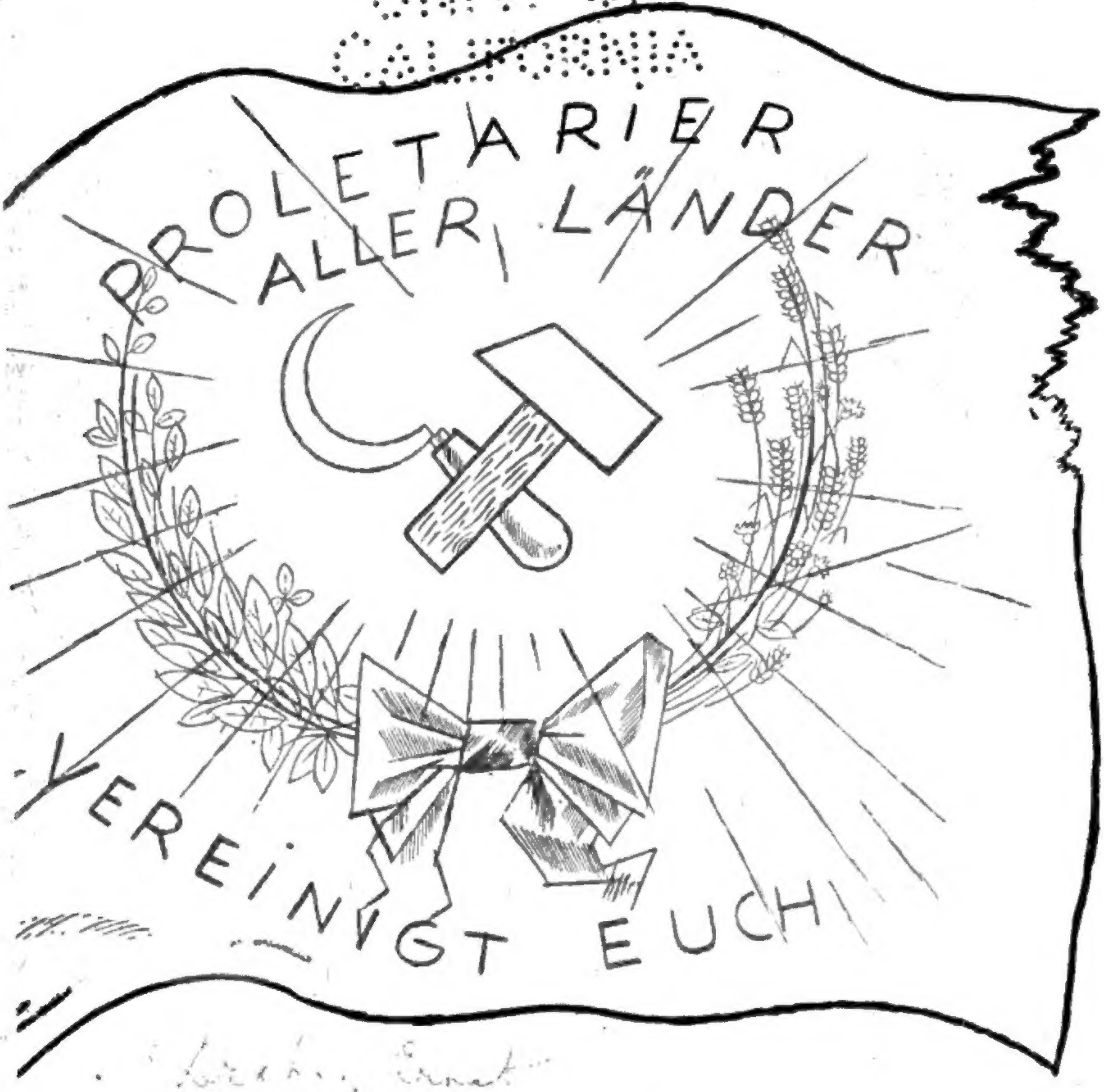
Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare
TROTZKI, LENIN, JOFFÉ, RADEK u. a. m.

Gesammelt und zusammengestellt von Ernst Drahn

ER MALIK-VERLAG / BERLIN

LEINE REVOLUTIONÄRE BIBLIOTHEK

ERAUSGEBER: JULIAN GUMPERZ / BAND II/III



BREST-LITOWSK

Reden, Aufrufe und Manifeste der russischen Volkskommissare

TROTZKI, LENIN, JOFFÉ, RADEK u. a. m.

Gesammelt und zusammengestellt von Ernst Drahn

ER MALIK-VERLAG / BERLIN

KLEINE REVOLUTIONÄRE BIBLIOTHEK
HERAUSGEBER: JULIAN GUMPERZ / BAND II/III

BREST-LITOWSK

Reden, Aufrufe und Manifeste

der russischen Volkskommissare
TROTZKI, LENIN, JOFFÉ, RADEK
u. a. m. anläßlich der russisch-deutschen Friedensverhandlungen im Winter 1917/18

Nach russischen und anderen Quellen gesammelt und zusammengestellt von
Ernst Drahn
mit einem Nachwort des Herausgebers.

DER MALIK-VERLAG / 1920

Kleine revolutionäre Bibliothek.

Band I: N. LENIN, Sein Leben und seine Tätigkeit von *Georg Sinowjew.*
Mit zwei Bildern und einer kurzen Arbeit Lenins sowie einem chronologischen Verzeichnis seiner Schriften.

Band II/III: BREST-LITOWSK. Reden, Aufrufe, Manifeste der russischen Volkskommissare Trotzki, Lenin, Joffé, Radek u. a. m.
Nach russischen und anderen Quellen gesammelt und zusammengestellt von *Ernst Drahn.*

Preis à Band 2,50 Mark — Doppelband 4.— Mk.

Die Sammlung wird fortgesetzt.

Als Ergänzung der Kleinen revolutionären Bibliothek erscheint die illustrierte politische Monatsschrift:

DER GEGNER

Herausgeber: *Julian Gumperz* und *Wieland Herzfelde.*
Preis des Einzelheftes 2.— Mk., Halbjahrabonnement 11.— Mk.

EINLEITUNG.

Leo N. Trotzki:
Die Friedensverhandlungen.

In der historischen Sitzung des 2. Allrussischen Sowjet-Kongresses wurde das Friedensdekret angenommen. Zu jener Zeit befestigte sich erst die Sowjet-Regierung in den wichtigsten Punkten des Landes. Wir nahmen in der Sitzung das Dekret einstimmig an; das erschien aber vielen lediglich als eine politische Demonstration. Die Vermittler schrien an allen Straßenecken, daß praktische Resultate von unserer Resolution nicht zu erwarten seien, denn einerseits würden die deutschen Imperialisten uns nicht anerkennen und mit uns nicht verhandeln wollen, und andererseits würde uns die Entente den Krieg erklären, weil wir Separatfriedensverhandlungen begonnen hätten. Im Zeichen dieser Prophezeiungen vollzogen sich unsere ersten Schritte zum Zweck eines allgemeinen demokratischen Friedens. Das Dekret wurde am 26. Oktober angenommen, als Kerenski und Krasnow dicht vor den Toren von Petrograd standen; schon am 7. November wandten wir uns radiotelegraphisch an unsere Verbündeten sowohl wie an unsere Gegner mit dem Vorschlag eines allgemeinen Friedensschlusses. In Antwort darauf wandten sich die Regierungen der Entente durch ihre Militäragenten an den damaligen Obersten Heerführer, General Duchonin, und gaben die Erklärung ab, daß alle weiteren Schritte auf diesem Wege zu Separatfriedensverhandlungen die schwersten Folgen nach sich ziehen würden. Wir beantworteten diesen Protest vom 11. November mit unserem „Aufruf an alle Arbeiter, Soldaten und Bauern". In diesem Aufruf erklärten wir, daß wir in keinem Fall zulassen würden, daß unter der Fuchtel der ausländischen Bourgeoisie unsere Armee ihr Blut vergieße. Wir wehrten die Drohungen der Imperialisten Westeuropas ab und nahmen die Verantwortung für die Friedenspolitik vor dem Angesicht der internationalen Arbeiterklasse auf uns. Vor allem veröffentlichten wir, in Erfüllung unserer prinzipiellen Versprechungen, die Geheimverträge und erklärten, daß wir alles verdammen werden, was den Interessen der Volksmassen aller Länder widerstreite.

Die kapitalistischen Regierungen versuchten unsere Enthüllungen gegeneinander auszuspielen, aber die Volksmassen haben uns verstanden und anerkannt. Nicht eine einzige sozialpatriotische Zeitung wagte es, soviel wir wissen, gegen die Tatsache zu protestieren, daß die Arbeiter- und Bauernregierung alle Methoden der Diplomatie gründlich wechselte, und daß wir auf alle ihre Niederträchtigkeiten und ehrlosen Machinationen verzichteten.

Unsere Diplomatie stellte sich zum Ziel, die Volksmassen aufzuklären, ihnen die Augen zu öffnen über das Wesen der Politik ihrer Regierungen und sie im Kampf und im Haß gegen die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zusammenzuschmieden. Die deutsche bürgerliche Presse warf uns vor, daß wir die Friedensverhandlungen „verschleppten"; aber alle Völker lauschten mit gieriger Aufmerksamkeit dem Dialog in Brest-Litowsk; — und damit war der Friedenssache während der zweieinhalb Monate Friedensverhandlungen ein Dienst erwiesen worden, den selbst die ehrlicheren unter unseren Gegnern anerkennen mußten. Zum erstenmal wurde hier die Friedensfrage auf eine Ebene gebracht, die mit keinen Schiebungen und Intriguen hinter den Kulissen mehr verwischt werden konnte. Am 22. November unterschrieben wir die Abmachung zur Einstellung aller Kriegsoperationen an der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere. Wieder wandten wir uns an die Entente mit dem Angebot, sich uns anzuschließen, um mit uns gemeinsam die Friedensverhandlungen zu führen. Es kam keine Antwort, wenn auch die Entente diesmal nicht mehr versuchte, uns mit Drohungen zu schrecken. Die Friedensverhandlungen begannen am 9. Dezember, anderthalb Monate nach der Annahme des Friedensdekretes; aus der Luft gegriffen sind deshalb alle Anschuldigungen der korrupten sozial-verräterischen Presse gegen uns, wir hätten es unterlassen, uns mit der Entente in Verbindung zu setzen. Im Laufe von anderthalb Monaten setzten wir die Entente von jedem unserer Schritte in Kenntnis und beschworen sie unaufhörlich, sich den Friedensverhandlungen anzuschließen. Vor den Völkern Frankreichs, Italiens, Englands ist unser Gewissen rein . . . Wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand, um alle kriegführenden Länder zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen. Die Schuld, daß wir gezwungen wurden, Separatfriedensverhandlungen zu beginnen — diese Schuld fällt also nicht auf uns, sondern auf die Imperialisten Westeuropas, wie auch auf jene russischen Parteien, die während der ganzen Zeit der Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands einen baldigen Tod prophezeiten und die Entente anflehten, unsere Friedensinitiative nicht ernst zu nehmen. Wie dem auch sei — am 9. Dezember nahmen die Friedensverhandlungen ihren Anfang. Unsere Delegation gab eine prinzipielle Erklärung ab, die die Grundlagen eines allgemeinen demokratischen Friedens in genauer Fassung des Dekrets vom 28. Oktober (8. November neuer Zeitrechnung) charakterisierte. Die Gegenpartei verlangte eine Unterbrechung der Sitzung, wobei die Wiederaufnahme der Verhandlungen laut dem Vorschlag von Kühlmann immer mehr und mehr hinausgeschoben wurde. Es war klar, daß die Formulierung einer Antwort auf unsere Erklärung der Delegation des Vierverbandes große Schwierigkeiten bereitete. Am 25. Dezember wurde diese Antwort abgegeben. Die Diplomaten des Vierverbandes schlossen sich der demokratischen Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund der Selbstbestimmung der Völker an. Uns war vollkommen klar, daß es eine pure Heuchelei war. Aber wir hatten von ihnen nicht einmal diese Heuchelei erwartet, denn, wie ein französischer Schriftsteller einmal bemerkt, ist die Heuchelei derjenige Tribut, den das Laster der Tugend entrichtet. Der Umstand allein, daß der deutsche Imperialismus es für nötig gehalten hat, den Prinzipien der Demokratie diesen Tribut zu entrichten, bezeugte unserer Meinung nach, daß die Lage im Innern Deutschlands ziemlich ernst sei . . . Wenn wir aber im allgemeinen uns über den Demokratismus der Herren Kühlmann und Czernin keine Illusionen machten —, dazu ist uns die Natur der deutschen und österreichisch-ungarischen regierenden Klassen nur allzu bekannt —, so muß

man dennoch zugeben, daß wir jenen Abgrund nicht für möglich hielten, der, wie sich einige Tage später herausstellte, die tatsächlichen Friedensbedingungen des deutschen Imperialismus von denjenigen Formeln trennte, die von Herrn von Kühlmann als Plagiat der russischen Revolution am 25. Dezember aufgestellt worden waren. Auf eine derartige Schamlosigkeit waren wir allerdings nicht gefaßt.

Auf die Arbeiterklassen Rußlands machte die Antwort Kühlmanns einen ungeheuren Eindruck. Diese Antwort wurde gedeutet als Resultat der Angst der leitenden Klassen der Zentralmächte vor der Unzufriedenheit und der wachsenden Ungeduld der Arbeitermassen Deutschlands. Am 28. Dezember fand in Petrograd eine kolossale Arbeiter- und Soldatendemonstration zu Ehren eines demokratischen Friedens statt. Aber am folgenden Morgen kam aus Brest-Litowsk unsere Delegation zurück und brachte uns jene räuberischen Forderungen mit, die uns Herr von Kühlmann im Namen der Zentralmächte und in Erläuterung seiner „demokratischen" Formel stellte.

Es könnte auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen, worauf eigentlich die deutsche Diplomatie rechnete, als sie demokratische Formeln bloß dazu aufstellte, um zwei, drei Tage später ihren Wolfshunger offen zu zeigen. Die theoretischen Auseinandersetzungen, die sich — zumeist auf die Iniative von Kühlmann selbst — um die demokratischen Prinzipien drehten, waren zumindest gewagt. Daß auf diesem Wege die Diplomatie der Zentralmächte nicht viel Lorbeeren ernten könnte, das mußte ihr selbst von vornherein klar gewesen sein. Das Geheimnis der ganzen Diplomatie Kühlmanns bestand aber darin, daß dieser Herr aufrichtig überzeugt war, wir seien unsererseits gerne bereit, mit ihm vierhändig zu spielen. Er kalkulierte dabei ungefähr so: Rußland braucht unbedingt den Frieden. Die Bolschewiki sind dank ihrem Kampf um den Frieden zur Macht gelangt. Die Bolschewiki möchten die Macht beibehalten. Das ist für sie nur denkbar, wenn sie Frieden schließen. Sie sind freilich durch ein bestimmtes demokratisches Friedensprogramm gebunden. Aber wozu gäbe es denn in der Welt Diplomaten, wenn nicht dazu, um Schwarz für Weiß auszugeben! Wir Deutschen wollen den Bolschewiki die Situation erleichtern, indem wir unsere Plünderungen mit dekorativen Formeln schmücken. Die bolschewistische Diplomatie wird Grund genug haben, nach dem politischen Wesen der Dinge nicht näher zu forschen, oder richtiger, den Inhalt der verlockenden Formeln nicht vor den Augen der ganzen Welt zu enthüllen . . . Mit anderen Worten, Kühlmann hoffte auf ein stillschweigendes Übereinkommen mit uns: er würde uns unsere schönen Formeln zurückgeben, wir würden ihm protestlos die Möglichkeit geben, Deutschland Provinzen und Völker einzuverleiben. In den Augen der deutschen Arbeiter hätte auf diese Weise die gewaltsame Aneignung eine Sanktion von seiten der russischen Revolution erfahren. Als wir aber im Laufe der Debatten zeigten, daß es sich für uns nicht um leere Worte oder um die dekorative Verschleierung einer Schiebung handelte, sondern um demokratische Prinzipien des Beieinanderlebens von Völkern — da faßte Kühlmann es als einen böswilligen Bruch einer stillschweigenden Abmachung auf. Um nichts in der Welt wollte er von der Formulierung vom 25. Dezember zurückweichen, und voller Zuversicht zu seiner geschärften bureaukratisch-juristischen Logik bemühte er sich, vor dem Angesicht der ganzen Welt zu zeigen, daß Weiß sich durch nichts von Schwarz unterscheide, und daß nur unser böser Wille allein uns zwinge, auf diesem Unterschiede zu beharren. Graf Czernin, der Vertreter Österreich-Ungarns, spielte bei diesen Verhandlungen eine Rolle, die kein Mensch imponierend oder würdig

nennen könnte. Er spielte ungeschickt den Sekundanten und nahm es in Kühlmanns Auftrag in kritischen Momenten auf sich, die schroffsten und zynischsten Erklärungen abzugeben. Der General Hoffmann trug in die Verhandlungen eine erfrischende Note hinein. Ohne eine große Sympathie zu den diplomatischen Instruktionen Kühlmanns zu zeigen, legte der General mehrmals seinen Soldatenstiefel auf den Tisch, um den sich komplizierte juristische Debatten drehten. Wir unsererseits; wir zweifelten keinen Augenblick, daß gerade dieser Stiefel des Generals Hoffmann als die einzige ernsthafte Realität bei diesen ganzen Verhandlungen zu betrachten sei.

Als großer Trumpf in den Händen des Herrn Kühlmann erschien die Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Den Kleinbürgern, die in der Ukraine ans Ruder gelangt waren, erschien ihre „Anerkennung“ durch die kapitalistischen Regierungen Europas als Sache von ausschlaggebender Wichtigkeit. Zuerst bot sich die Rada den Entente-Imperialisten an und erhielt auch von ihnen einiges Taschengeld; darauf sandte sie ihre Vertreter nach Brest-Litowsk, um hinter dem Rücken der Völker Rußlands der österreichischen und deutschen Regierung eine Anerkennung ihrer staatlichen Legalität abzuhandeln. Die Diplomatie von Kiew, die jetzt erst den Weg „internationaler“ Existenz betreten hatte, besaß denselben Gesichtskreis und dasselbe moralische Niveau, wie die mesquinen Politiker der Balkanhalbinsel. Die Herren Kühlmann und Czernin machten sich natürlich über die Langlebigkeit dieses neuen Teilnehmers an den Verhandlungen keine Illusionen. Aber sie kalkulierten mit Recht, daß durch die Teilnahme der Kiewer Delegation das Spiel sich kompliziere, und zwar nicht zu ihrem Nachteil.

Bei ihrem ersten Auftreten in Brest-Litowsk hatte die Kiewer Delegation die Ukraine als einen Bestandteil der entstehenden Russischen Föderativen Republik bezeichnet. Das erschwerte offenkundig die Arbeit der Zentralmächte-Diplomaten, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, die Russische Republik in einen neuen Balkan zu verwandeln. Bei ihrem zweiten Auftreten erklärten die Delegierten der Rada, unter dem Diktat der österreichisch-deutschen Diplomatie, daß die Ukraine es nunmehr ablehne, in der Russischen Föderation aufzugehen und sich als völlig unabhängige Republik betrachte.

In den ersten Tagen nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen schwankte die deutsche Regierung und wußte nicht, welchen Weg sie einschlagen sollte. Die Politiker und Diplomaten glaubten anscheinend, daß die Hauptsache erreicht sei und daß man keinen Grund habe, hinter unseren Unterschriften herzujagen. Die Militärpartei war aber jedenfalls bereit, den Rahmen zu sprengen, den die deutsche Regierung im Vertrag von Brest-Litowsk vorgezeichnet hatte. Professor Kriege, Teilnehmer der deutschen Delegation, sagte zu einem der Mitglieder unserer Delegation, von einem Vormarsch der deutschen Truppen in Rußland könne unter den gegebenen Umständen gar keine Rede sein. Graf Mirbach, der damals an der Spitze der deutschen Mission in Petrograd stand, reiste nach Berlin mit der Versicherung ab, die Verständigung wegen des Kriegsgefangenenaustausches sei vollkommen erreicht. Aber all das hinderte den General Hoffmann keineswegs — am fünften Tag nach dem Abbruch der Brester Verhandlungen — den Waffenstillstand als beendet zu erklären; dabei wurde die siebentägige Kündigungsfrist postnumerando gerechnet, also von der letzten Sitzung in Brest-Litowsk ab. Es wäre gewiß deplaziert, an dieser Stelle moralische Entrüstung über diese Niedertracht zu vergeuden: das Ganze paßt aus-

gezeichnet in den allgemeinen Rahmen der Diplomaten- und Militärmoral der herrschenden Klassen.

Der neue deutsche Vormarsch fand unter Bedingungen statt, die für Rußland geradezu tötend waren. Anstatt der ausgemachten wöchentlichen Kündigung bekamen wir eine Kündigung von zwei Tagen. Dieser Umstand verstärkte noch die Panik unter der Armee, die sich ohnehin im Zustand chronischen Zerfalls befand. Von Widerstand konnte beinahe keine Rede sein. Die Soldaten wollten nicht glauben, daß die Deutschen, nachdem wir den Kriegszustand als beendet erklärt hatten, weiter angreifen würden. Der panische Rückzug paralysierte den Willen selbst derjenigen einzelnen Truppen, die bereit waren, in den Kampf zu treten. In den Arbeitervierteln von Petrograd und Moskau erreichte die Empörung gegen den verräterischen und wahrhaft räuberischen deutschen Vormarsch ihre höchste Spannung. Die Arbeiter waren in jenen aufgeregten Tagen und Nächten zu Zehntausenden bereit, in die Armee einzutreten. Die organisatorische Seite der Sache war aber sehr zurückgeblieben. Die einzelnen Streiftruppen, die voller Begeisterung waren, mußten sich bei den ersten ernsthaften Zusammenstößen mit den regulären deutschen Truppen von ihrer Unzulänglichkeit überzeugen. Daraus folgte die Niedergeschlagenheit im weiteren Verlauf. Die alte Armee war schon längst tödlich getroffen und zerfiel in lauter einzelne Teile, alle Wege und Knotenpunkte verrammelnd. Bei der allgemeinen Erschöpfung des Landes und der furchtbaren Verwahrlosung der Industrie und der Verkehrsmittel konnte eine neue Armee nur allzu langsam entstehen. Das einzige ernsthafte Hindernis auf dem Wege des deutschen Vormarsches waren die Entfernungen . . .

Die Aufmerksamkeit der österreichisch-ungarischen Regierung war hauptsächlich auf die Ukraine gerichtet. Die Rada wandte sich durch ihre Delegation an die Regierungen der Zentralmächte mit der direkten Bitte um militärische Hilfe gegen die Sowjets, die unterdessen auf dem ganzen Gebiet der Ukraine den Sieg davongetragen hatten. Auf diese Weise hatte die kleinbürgerliche Demokratie der Ukraine in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse und die armen Bauern freiwillig der fremdländischen Invasion die Tore geöffnet.

Zu gleicher Zeit suchte die Regierung Svinhufvuds die Hilfe der deutschen Bajonette gegen das finnländische Proletariat. Der deutsche Militarismus übernahm offen, vor dem Angesicht der ganzen Welt die Henkerrolle der Arbeiter- und Bauernrevolution Rußlands.

In den Reihen unserer Partei erhoben sich scharfe Debatten, ob wir uns unter den gegebenen Bedingungen dem deutschen Ultimatum fügen und den neuen Vertrag unterschreiben sollten, den Vertrag, der — daran zweifelte keiner von uns — unvergleichlich härtere Bedingungen enthalten würde als diejenigen, die uns in Brest-Litowsk gestellt worden waren. Die Vertreter der einen Richtung meinten, daß momentan, in Anbetracht der bewaffneten Einmischung der Deutschen in die inneren Kämpfe auf dem Boden der Republik, es sinnlos sei, für einen der Teile Rußlands einen Friedenszustand zu schaffen und passiv zu verharren, während im Süden und im Norden die deutschen Truppen das Regime bürgerlicher Diktatur aufrichten würden. Die andere Richtung, an deren Spitze Lenin stand, fand, daß jeder Aufschub, jede noch so kurze Atempause für die innere Festigung und Steigerung der Defensivfähigkeit Rußlands von größter Bedeutung sein würde. Nachdem vor dem Lande und der ganzen Welt in so tragischer Weise unsere Unfähigkeit zutage getreten war, im gegebenen Moment die feindliche Invasion

abzuwehren, mußte ein Friedensschluß als Akt aufgefaßt werden, der uns vom harten Gesetz der Kräfteverteilung aufgedrängt wurde. Es wäre kindisch, sich da von der abstrakten revolutionären Moral allein leiten zu lassen. Die Aufgabe besteht nicht darin, in allen Ehren zugrunde zu gehen, sondern darin, letzten Endes zu siegen. Die russische Revolution will leben, muß leben, und ist verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem über ihre Kraft gehenden Kampf auszuweichen und somit Zeit zu gewinnen — in der Erwartung, daß die revolutionäre Bewegung Westeuropas ihr zu Hilfe kommen wird. Noch befindet sich der deutsche Imperialismus in hartem Zweikampf mit dem Militarismus Englands, Frankreichs und Amerikas. Nur deshalb ist ein Friedensschluß zwischen Rußland und Deutschland möglich. Diese Situation muß ausgenützt werden. Das Wohl der Revolution — das ist das höchste Gebot! Wir müssen den Frieden, den wir nicht imstande sind abzulehnen, akzeptieren; wir müssen uns eine Atempause sichern, um sie für angestrengte Arbeit innerhalb des Landes und insbesondere zur Schaffung einer Armee auszunutzen.

Auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei siegten ebenso wie auf dem 4. Kongresse der Sowjets die Anhänger des Friedensschlusses. Ihnen schlossen sich viele von denjenigen an, die im Januar noch für unmöglich gehalten hatten, den Brest-Litowsker Vertrag zu unterschreiben. „Damals", sprachen sie, „wäre unsere Unterschrift von den englischen und französischen Arbeitern als armselige Kapitulation ohne Versuch eines Kampfes aufgefaßt worden. Selbst die niederträchtigen Insinuationen der englischen und französischen Chauvinisten von heimlichen Machinationen der Sowjetregierung mit den Deutschen hätten — im Fall wir den Friedensvertrag unterschrieben hätten — in gewissen Kreisen der westeuropäischen Arbeiter auf Glauben stoßen können. Nachdem aber wir uns geweigert haben, den Friedensvertrag zu unterschreiben, nach dem neuen deutschen Vormarsch, nach unseren Versuchen, ihn aufzuhalten, und nachdem unsere militärische Schwäche mit erschreckender Unzweideutigkeit vor der ganzen Welt zutage getreten ist — wird niemand mehr wagen, uns eine Kapitulation ohne Kampf vorzuwerfen." Der Brest-Litowsker Vertrag wurde in seiner zweiten, verschärften Fassung unterschrieben und ratifiziert.

DOKUMENTE.

Friedensvorschlag,

einstimmig angenommen in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernkongresses von ganz Rußland am 8. Oktober 1917.

Die russische Arbeiter- und Bauernregierung, hervorgegangen aus der Revolution vom 24/25. Oktober, auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gestützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, unverzüglich Unterhandlungen über einen gerechten, demokratischen Frieden einzuleiten.

Unter einem gerechten oder demokratischen Frieden, nach welchem die überwiegende Mehrheit des vom Kriege erschöpften, abgemagerten, abgequälten Arbeitervolkes aller Länder lechzt, — einem Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern schon sogleich nach dem Sturz des zaristischen Absolutismus aufs nachdrücklichste und bestimmteste gefordert haben, versteht die Regierung einen sofortigen Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Länder, ohne gewaltsame Unterjochung fremder Völker) und ohne Kontributionen.

Einen solchen Frieden schlägt die Regierung Rußlands sogleich allen kriegführenden Völkern vor und sie drückt ihre Bereitwilligkeit aus, unverzüglich alle entscheidenden Schritte zu tun bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die souveränen Volksvertretungen aller Länder und aller Nationen.

Unter Annexionen oder Aneignungen fremder Länder versteht die Regierung im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie überhaupt und der Arbeiterklasse im besonderen jedwede Einverleibung einer kleinen oder schwachen Nation durch einen großen oder mächtigen Staat ohne die Zustimmung und den Willen der betreffenden Nation, von ihr klar und deutlich ausgedrückt, — unabhängig davon, wann diese gewaltsame Einverleibung vollbracht wurde, auch unabhängig davon, in welchem Maße entwickelt besagte Nation ist. Unabhängig endlich davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen überseeischen Ländern sich befindet. Wenn irgend eine Nation mit Gewalt festgehalten wird in den Grenzen eines Staates, wenn ihr ungeachtet ihres ausdrücklichen Willens — einerlei äußert sich dieser Willen in der Presse, in Volksversammlungen, in Parteiresolutionen oder in Empörungen und Aufständen gegen nationale Vergewaltigung — nicht das Recht eingeräumt wird, durch freie Abstimmung, unter der Bedingung völliger Entfernung des Heeres der Nation, welche Annexionsgelüste

hat oder überhaupt die mächtigere ist, ohne den geringsten Zwang, die Frage zu lösen über die Formen des staatsrechtlichen Zustandes dieser Nation, — so ist dieses Aneignung — Annexion, d. h. Gewaltakt.

Die Fortsetzung dieses Krieges zwecks Verteilung unter den starken und mächtigen Nationen der von ihnen angeeigneten schwächeren Nationen betrachtet die Regierung als das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gibt ihren feierlichen Entschluß kund, sofort die Friedensbedingungen zu unterschreiben, die diesem Kriege ein Ende machen werden, unter den obengenannten, ohne Ausnahme für alle Nationen gleichmäßig gerechten Bedingungen.

Zu gleicher Zeit gibt die Regierung kund, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen durchaus nicht als Ultimatum betrachtet, d. h. sie ist bereit, auch alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen; sie besteht nur darauf, daß dieselben in möglichst kurzer Zeit vorgeschlagen werden, von welchem der kriegführenden Länder es auch geschehen möge, und daß dieselben mit der größten Klarheit formuliert werden, die unbedingt jedwelche Heimlichkeit und jedwelche Zweideutigkeit in den Friedensvorschlägen ausschließt. Die Regierung schafft die geheime Diplomatie ab und drückt ihrerseits ihren festen Entschluß aus, alle Verhandlungen öffentlich zu führen vor dem ganzen Volk, indem sie sofort zur vollen Veröffentlichung der Geheimverträge schreitet, die von der Regierung der Agrarier und Kapitalisten im Laufe vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder neu abgeschlossen sind. Den Inhalt dieser Geheimverträge, soweit derselbe den Zweck verfolgt, (wie es meistens der Fall ist), russischen Agrariern und Kapitalisten Profite und Privilegien zu sichern oder den Großrussen Annexionen zu verschaffen oder dieselben zu vermehren, erklärt die Regierung unbedingt und unverzüglich als — annuliert.

Indem sich die Regierung mit dem Vorschlag an die Regierungen und Völker aller Länder wendet, öffentliche Friedensverhandlungen einzuleiten, äußert sie ihrerseits die Bereitschaft, diese Verhandlungen schriftlich, telegraphisch oder vermittels mündlicher Unterredungen zwischen Vertretern einzelner Länder oder auf einer Konferenz solcher Vertreter zu führen. Zwecks Erleichterung dieser Verhandlungen delegiert die Regierung ihren vollberechtigten Vertreter in ein neutrales Land.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, einen sofortigen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie ihrerseits den Wunsch ausdrückt, daß dieser Waffenstillstand nicht weniger denn auf 3 Monate geschlossen werde, d. h. eine Frist, im Laufe welcher es vollkommen möglich wäre, die Friedensverhandlungen zu Ende zu führen, unter Beteiligung der Vertreter aller Völkerschaften oder Nationen ohne Ausnahme, die in den Krieg hineingezogen worden sind oder gezwungen wurden, an ihm teilzunehmen, wie auch der vollberechtigten Volksvertreterversammlungen aller Länder zur endgültigen Bekräftigung der Friedensbedingungen.

* * *

Indem sich die provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands mit diesem Friedensvorschlag an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Länder wendet, — wendet sie sich im besonderen an die klassenbewußten Arbeiter der drei aufgeklärtesten Nationen der Menschheit und der drei mächtigsten von den an diesem Kriege teilnehmenden Staaten — Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben

die größten Dienste der Sache des Fortschritts und des Sozialismus geleistet: die großen Vorbilder der Chartistenbewegung in England, eine Reihe Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das Proletariat Frankreichs ausgeführt hat, zuletzt der heldenmütige Kampf gegen das Ausnahmegesetz in Deutschland und die für das Proletariat der ganzen Welt vorbildliche, langwierige, hartnäckige disziplinierte Arbeit in der Schaffung proletarischer Massenorganisationen Deutschlands. Alle diese Vorbilder proletarischen Heldenmutes und historischer Schaffenskraft bürgen dafür, daß die Arbeiter der genannten Länder der ihnen jetzt obliegenden Pflicht bewußt sind, die Menschheit zu erlösen von den Schrecknissen des Krieges und seiner Folgen, daß diese Arbeiter durch ihre allseitige, hingebungsvolle energische und entschiedene Tätigkeit uns helfen werden, die Sache des Friedens mit Erfolg zu Ende zu führen und zugleich damit die Befreiung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen der Bevölkerung von jeglicher Sklaverei und jeglicher Ausbeutung.

* * *

Lenin gab hierzu folgende Erläuterung: Wir schlagen dem Kongreß vor, die Kundgebung anzunehmen. Wir wenden uns ebenso an die Regierungen, wie an die kriegführenden Völker, denn eine Kundgebung, die sich nur an die Völker wenden würde, könnte die Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Die Friedensbedingungen, die während des Waffenstillstandes besprochen, sollen der konstituierenden Versammlung zur Sanktion vorgelegt werden. Die lange Frist haben wir vorgeschlagen, damit die Völker möglichst lange von der blutigen Schlächterei ruhen. Die Friedensvorschläge werden auf den Widerstand der imperialistischen Regierungen stoßen, das verhehlen wir uns nicht. Wir hoffen aber auf die in allen Ländern nahende Revolution, deswegen wenden wir uns mit besonderem Nachdruck an die Arbeiter Frankreichs, Englands und Deutschlands . . . Lenin spricht weiter seine Überzeugung aus, daß die am 6. November stattgefundene Revolution, die Ära der Revolutionen in Europa eröffnet und daß die Arbeiterbewegung im Namen des Friedens und des Sozialismus die Oberhand nehmen und den Weg zum Siege bahnen wird. Als einer der Delegierten in der Diskussion darauf hinwies, daß es ein Widerspruch sei, wenn man in der Kundgebung für bestimmte Friedensbedingungen eintritt und zugleich sagt, daß man bereit sei, auch andere Friedensbedingungen zu diskutieren, erwidert Lenin:

Wir wollen einen gerechten Frieden und schrecken nicht vor einem revolutionären Krieg zurück. Es ist möglich, daß uns die Regierungen keine Antwort geben werden, alle aber sollen wissen, daß wir keine Ultimata den Regierungen stellen, die ihnen erleichtern würden, eine verneinende Antwort auf unseren Vorschlag zu geben. Wir sind bereit, einen jeden ihrer Vorschläge zu erwägen, das heißt aber nicht, daß wir bereit sind, jeden Vorschlag anzunehmen. Es gibt Friedensvorschläge, gegen die wir bis zu Ende kämpfen werden, es gibt aber auch solche, deretwegen wir vielleicht den Krieg nicht führen wollen werden. Wir tun alles, um den Frieden zu beschleunigen und alles, um die Friedensbedingungen aller Kriegführenden zu erfahren. Wir sind bereit, alle diese Bedingungen zu erwägen.

Zu den anderen Punkten der Kundgebung übergehend, äußert Lenin, daß der Punkt, der sich auf die Aufhebung der Geheimverträge bezieht, nur die Verträge im Auge hat, die Annexionen und Kontributionen bezwecken, nicht aber Handelsverträge. Lenin kommt dann auf den Waffenstillstand zurück. Er unterstreicht, daß der Waffenstillstand allen Völkern

vorgeschlagen sein wird. Die Frist sei auf solange bemessen, damit den Volksvertretern in allen Ländern Gelegenheit gegeben wird, die Friedensbedingungen durchzuarbeiten. Sollte seitens der kriegführenden Länder ein Vorschlag auf kürzere Waffenstillstandsdauer gemacht werden, so muß die zukünftige Regierung auch diesen Vorschlag annehmen . . .

* * *

Am 28. November 1917 richtet die russische Regierung ein Telegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten:

„Zarskoje Selo, den 28. November.

An die Völker der Kriegführenden!

Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die Spitze gestellt. Die Periode der Schwankungen, des Aufschiebens und des Bureaukratismus ist beendet. Jetzt sind alle Regierungen, alle Klassen und alle Parteien aller kriegführenden Länder aufgefordert worden, kategorisch die Frage zu beantworten, ob sie zusammen mit uns an den Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden heranzutreten einverstanden sind oder nicht. Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob wir einem neuen Winterfeldzug mit allen seinen Schrecken und Elend entgehen werden oder ob Europa weiterhin von Blut durchströmt wird.

Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten. Wir fragen sie vor dem Angesicht ihrer eigenen Völker und vor dem Angesicht der ganzen Welt, ob sie einverstanden sind, an Friedensverhandlungen heranzutreten. Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die verbündeten Völker, in erster Reihe an die arbeitenden Massen, ob sie damit einverstanden sind, diese sinnlose Metzelei fortzusetzen und blind dem Verderben der europäischen Kultur entgegenzugehen. Wir verlangen, daß die Arbeiterparteien der verbündeten Länder unverzüglich die Frage beantworten, ob sie mit der Einleitung von Friedensverhandlungen einverstanden sind. Diese Frage stellen wir an die Spitze.

Der Friede, den wir beantragt haben, soll ein Volksfriede sein. Er soll ein Ehrenfriede der Verständigung sein, der jedem Volk die Freiheit seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sichert. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat schon ihr Friedensprogramm bekanntgegeben. Wir haben die Geheimverträge des Zaren und der Bourgeoisie mit den Verbündeten veröffentlicht und diese Verträge für unverbindlich für das russische Volk erklärt. Wir beantragen, mit allen Völkern öffentlich einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Verständigung und der Zusammenarbeit zu schließen. Unseren Antrag haben die offiziellen und offiziösen Vertreter der regierenden Klassen der verbündeten Länder mit der Weigerung beantwortet, die Regierung der Räte anzuerkennen und sich mit ihr ins Einvernehmen über Friedensverhandlungen zu setzen.

Die Regierung der siegreichen Revolution entbehrt der Anerkennung der professionellen Diplomatie; aber wir fragen die Völker, ob die reaktionäre Diplomatie ihre Gedanken und Bestrebungen zum Ausdruck bringt und ob die Völker der Diplomatie erlauben, die große Friedensmöglichkeit, die durch die russische Revolution geboten wird, fallen zu lassen. Die Antwort auf

diese Frage mögen die Arbeitermassen den kapitalistischen Regierungen geben. Nieder mit dem Winterfeldzug! Es lebe der Friede und die Völkerverbrüderung!

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten:
Trotzki.
Vorsitzender des Rates der Volkskommissare:
(Ulianow) Lenin."

Telegramme der Russischen Arbeiter- und Bauernregierung.

An alle kriegführende Völker!

Als Antwort auf unseren Vorschlag sofort Waffenstillstand auf allen Fronten zu erklären, um Frieden zu schließen auf demokratischer Grundlage ohne Annexionen und Kontributionen mit der Garantie des Rechts der Selbstbestimmung der Völker antwortete der deutsche Höchstkommandierende, er gehe auf Friedensbesprechungen ein.

Der Höchstkommandierende der Republik, Leutnant Krylenko, schlug vor, die Friedensbesprechungen erst am 1. Dezember beginnen zu lassen, um den Völkern, die mit uns im Bunde sind, die Möglichkeit zu geben, sich zu den Friedensbesprechungen zu erklären. Die Kriegsoperationen sind nach beiderseitiger Übereinkunft an der russischen Front unterbrochen. Die Umgruppierung von Streitkräften während der fünf Tage bis zum 1. Dezember muß selbstverständlich unterbleiben. Der entscheidende Schritt ist getan. Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland stellte die Friedensfrage. Die Zeit der Weigerung, der Ableugnung, der bürokratischen Verhandlungen hat ein Ende. Jetzt müssen alle Regierungen, alle Klassen, alle Parteien aller kriegführenden Länder eine kategorische Antwort geben auf die Frage, ob sie einverstanden sind, mit uns gemeinsam am 1. Dezember die Friedensverhandlungen zu beginnen? Ja oder nein; von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob die Fabrik- und Landarbeiter eine neue Winterkampagne mit allen ihren Schrecknissen sich ersparen können oder ob Europa weiter bluten wird. Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten, an Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten, Belgien, Serbien, Rumänien, Japan, China. Wir fragen sie, vor dem Angesicht ihrer Völker, vor dem Angesicht aller Welt, ob sie bereit sind, am 1. Dezember mit den Friedensverhandlungen zu beginnen? Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die Völker, die mit uns im Bunde sind und vor allem an ihre Arbeitermassen: Wollen sie noch weiter diesen Kampf führen ohne Sinn und Zweck, blind dem Untergange aller europäischen Kultur entgegen? Wir fordern, daß die Arbeiterparteien unserer Alliierten sofort Antwort geben auf die Frage, ob sie wollen, daß die Friedensunterhandlungen am 1. Dezember beginnen? Die Frage ist gestellt, Soldaten, Proletarier, Arbeiter, Bauern, wollt ihr mit uns zusammen den entscheidenden Schritt zum Frieden aller Völker tun?

Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die Arbeitermassen Deutschlands, Österreichs, der Türkei und Bulgariens.

Der Friede, den wir vorschlagen, muß ein Friede aller Völker sein. Er muß ein ehrlicher Vertrag sein, welcher jedem Volke die Freiheit der ökonomischen Entwicklung sichert. Solch ein Frieden kann nur nach einem dem Ziel entsprechenden tapferen Kampfe der revolutionären Massen gegen alle

imperialistischen Pläne und annexionistischen Bestrebungen geschlossen werden. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat ihr Friedensprogramm damit klargelegt. Wir veröffentlichen die geheimen Verträge des Zaren mit der Bourgeoisie der Entente und erklären diese Verträge als ungültig für das russische Volk. Wir schlagen hiermit allen Völkern einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Einigkeit und der gemeinschaftlichen Arbeit vor. Auf unsere Vorschläge erwiderten offizielle und offiziöse Vertreter der herrschenden Klassen unserer Alliierten, daß sie die Regierung der Räte nicht anerkennen und mit ihr in Friedensverhandlungen nicht eintreten können.

Die Führer der siegreichen Revolution brauchen keine Anerkennung von seiten der Vertreter der kapitalistischen Diplomatie. Aber wir fragen die Völker: Entspricht die Ansicht der reaktionären Diplomatie ihren Bestrebungen und ihrer Überzeugung? Gehen die Volksmassen darauf ein, ihrer Diplomatie zu gestatten, die Möglichkeit des Friedens von der Hand zu weisen?

Die Antwort auf diese Fragen muß sofort gegeben werden und zwar eine Antwort nicht in Worten, sondern durch die Tat. Die russische Armee und das russische Volk können und wollen nicht länger warten. Am 1. Dezember beginnen wir die Friedensverhandlungen. Wenn unsere Alliierten ihre Vertreter nicht schicken, so werden wir die Friedensverhandlungen allein führen. Wir wollen einen allgemeinen Frieden, aber wenn die Bourgeoisie unserer Alliierten uns zwingt, einen Separatfrieden zu schließen, so fällt die Verantwortung ganz und gar auf sie.

Soldaten, Arbeiter und Bauern Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten, Belgiens, Serbiens! Am 1. Dezember beginnen die Friedensverhandlungen. Wir warten auf eure Vertreter. Auf zur Tat, verliert keine Stunde. Nieder mit dem Winterfeldzug! Nieder mit dem Kriege! Es lebe der Frieden, die Völkerverbrüderung!

Der Volkskommissar des Äußeren:
L. Trotzki.

Der Präsident der Volkskommissare:
W. Uljanow (Lenin).

An der Front wurde um diese Zeit folgender Zettel abgeworfen:

An die deutschen Soldaten!

Die Provisorische Regierung ist gestürzt worden, die Macht ist in den Händen des russischen Volkes, und die neue Regierung betrachtet den sofortigen Friedensschluß als ihre vornehmste Aufgabe.

Wir haben alle Maßnahmen getroffen, damit allen kriegführenden Mächten der Text unseres Friedensangebotes mitgeteilt wird.

Wir fordern nun euch Soldaten auf, auch euererseits uns beizustehen im Kampfe für Frieden und Sozialismus, denn allein der Sozialismus wird dem Arbeiterstande einen dauernden Frieden geben. Er allein ist imstande, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat.

Soldaten! Brüder! Das leuchtende Beispiel, das euch euer Führer Liebknecht gegeben hat, der Kampf, den ihr in den Versammlungen und in der Presse führt, endlich die revolutionären Ereignisse in der deutschen Flotte geben uns die Gewißheit, daß die Arbeiterbataillone bereit sind zum Kampfe für den Frieden. Brüder, wenn ihr uns unterstützt, ist das Friedens-

werk gesichert. Alle anderen Mächte werden einem gerechten und demokratischen Frieden beistimmen. Wenn ihr uns beisteht in dem Kampfe für den Sozialismus, so wird euer Organisationsgeist, eure Erfahrung dem Sozialismus überall zum Siege verhelfen. Unsere Soldaten haben überall die Waffen niedergelegt, an euch ist es nun, der Fahne des Friedens zu folgen.

Es lebe der Frieden!

Es lebe die soziale und internationale Revolution!

Petrograd, den 5. Dezember 1917.

Für den Rat der Volkskommissare:
gez. Lenin, Trotzki.

* * *

Am 5. Dezember schließen die bevollmächtigten Vertreter Waffenruhe für die Zeit vom 7. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, bis zum 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, ab. Die zehntägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zur mündlichen Berichterstattung über das bisherige Ergebnis begibt sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf wenige Tage in die Heimat. Die Kommissionssitzungen dauern fort und haben das Ergebnis, daß am 6. Dezember die Redaktion der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollsitzungen abgeschlossen werden können.

Über den Verlauf der am 4. und 5. Dezember geführten Verhandlungen wird von deutscher Seite halbamtlich folgendes mitgeteilt:

„Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standort des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen russischen Abordnung stellte sich beim Austausch der Vollmachten heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu ermächtigt sind, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über den Frieden. Die russische Abordnung schlug vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Heere und auf allen Fronten zu vereinbaren.

Hierauf konnte unsererseits nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Rußlands weder vertreten waren, noch den russischen Vertretern Vollmachten erteilt hatten, in ihrem Namen zu sprechen. Wir kamen dahin überein, die Verhandlungen auf Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Armeen der Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken.

Von russischer Seite ist hierbei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der abzuschließende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben solle, und zwar über einen allgemeinen Frieden zwischen allen Kriegführenden. Hiervon haben die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. Sogleich in Erörterung von Friedensfragen einzutreten war nicht möglich, da die beiderseitigen Vollmachten hierzu nicht ausreichten.

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Vertreter uns ihre Vorschläge für den Waffenstillstand mit. Diese Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgendeiner Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf sechs Monate vorgesehenen Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben an der Ostfront zu belassen.

Nicht einmal die Zurückverlegung in Ruhequartiere sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in

allem außer in einer Frage eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich außerhalb jeder Erörterung stand."

In den folgenden Tagen wendet sich die russische Regierung nochmals an die Regierungen der Verbandsmächte mit dem Vorschlage, an den Friedensvorbesprechungen teilzunehmen, erhält aber keine Antwort darauf.

Am 11. Dezember. Die russische Regierung macht von der Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen der Öffentlichkeit Mitteilung in folgendem, von der Petersburger Telegraphen-Agentur verbreiteten Telegramm:

Petersburg, 11. Dezember. Am 28. November nachts ist unsere Friedensabordnung entsprechend der Verabredung in Brest-Litowsk angekommen und hat die Abordnungen der Mittelmächte am 29. mittags getroffen. Außer den von dem Rat der Volkskommissare beauftragten Vertretern der politischen Parteien nehmen an unserer Abordnung von Armee und Flotte entsandte Militärvertreter teil, um notwendige Aufklärungen zu geben. Über einige Punkte ist in den ersten Sitzungen Einverständnis erzielt worden.

Die bürgerliche Presse hatte einen Mißerfolg dieser Verhandlungen ausposaunt, ist aber nicht übel enttäuscht worden; ihr Lügenunternehmen wird in allen Punkten entlarvt werden. Die ausgefallenen Erfindungen von einer Räumung Petersburgs, einer Abtretung Finnlands, einer Zurücknahme der Front um 100 Werst werden von jedermann genügend gewürdigt werden.

Die Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich noch einmal an die Alliierten zu wenden und noch einmal die Soldaten und Proletarier aufzurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen; dieser Entschluß ist ausgeführt worden.

Der Rat der Volksbeauftragten hat den alliierten Ländern vorgeschlagen, an den Friedensvorbesprechungen teilzunehmen, aber keine Antwort ist vernehmbar geworden; die Verantwortlichkeit fällt auf sie.

Die russische Abordnung reist ab, um die Waffenstillstandsverhandlungen fortzusetzen. Sie reist, gestützt auf die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern, sie reist, um die Kanonen zum Schweigen zu bringen und die Gewehre sich senken zu lassen an der ganzen Front vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere. Die russische Abordnung wird die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen. Sie wird fortfahren, wie sie angefangen hat, nicht wie einer, der sich ergibt, sondern als bevollmächtigte Vertretung des Landes eines aufrechten Volkes, auf welches die Blicke von Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Soldaten der ganzen Welt gerichtet sind.

Am 15. Dezember. Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen obersten Heeresleitung und den obersten Heeresleitungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei wird in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet.

Am 22. Dezember wurden in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen eröffnet.

Auf Einladung des Vorsitzenden entwickelt hierauf der erste russische Vertreter Joffé in längerer Rede die Grundlagen des russischen Friedensprogramms, die sich im wesentlichen mit den bekannten Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrats und der Allrussischen Bauernversammlung decken. Er schlägt folgende sechs Punkte als Grundlagen für die Friedensverhandlungen vor:

1. Es wird keine gewaltsame Angliederung von während des Krieges eroberten Gebieten zugelassen. Die Truppen in den besetzten Gebieten werden diese alsbald räumen.

2. Unverletzliche Wiederherstellung der politischen Unabhängigkeit der Völker, wie sie im gegenwärtigen Kriege bekanntgegeben worden ist.

3. Den verschiedenen Nationalitäten, die vor dem Kriege nicht politisch unabhängig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, über die Frage ihrer Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate frei zu bestimmen oder durch eine Abstimmung über die nationale Unabhängigkeit zu entscheiden. Die Volksabstimmung muß unter vollständiger Freiheit aller Einwohner der betreffenden Gebiete, darunter der geflüchteten Auswanderer, vor sich gehen.

4. In Gebieten, die von verschiedenen Nationalitäten bewohnt werden, werden die Rechte der Minderheiten durch Sonderrechte gewährleistet werden, die nationale Unabhängigkeit der Kultur und autonome Verwaltung gewähren.

5. Kein kriegführendes Land zahlt eine Kriegsentschädigung. Was die bereits gezahlten angeblichen Kriegskosten betrifft, so werden sie zurückerstattet. Was die Entschädigungen von Privatpersonen betrifft, so werden besondere Summen aufgebracht werden durch proportionale Zahlungen aller kriegführenden Länder.

6. Die kolonialen Fragen werden gelöst werden, indem man dadie die Punkte 1 bis 4 anwendet. Hinsichtlich der Küsten der sich Beratenben hält die russische Delegation es für unerträglich, daß die Freiheit der kleinen Nationen durch eine stärkere Nation vergewaltigt werde, wie durch wirtschaftlichen Boykott und durch die Unterwerfung eines Landes durch ein anderes, durch Auferlegung von Handelsverträgen und Zollverträgen, die die Handelsfreiheit eines dritten Landes behindern, ferner durch Seehandelsklassen.

In Ergänzung dieser Punkte schlägt die russische Delegation den vertragschließenden Parteien vor, jede Art versteckter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch stärkere als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufgezwungener Handelsverträge, durch Sonderzollverträge die Freiheit des Handels dritter Länder zu beschränken, durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt usw.

Die Vertreter der vier verbündeten Mächte erklären sich bereit, in eine Prüfung dieser Vorschläge einzutreten.

25. Dezember. Der Vierbund erteilt seine Antwort auf die russischen Vorschläge:

„Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlages eine diskutable Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen sechs Punkten ist das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1: Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zurzeit besetzten Gebieten wird im

Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkt der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechts der Minderheiten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen, sowie die im eigenen Gebiet durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein.

Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

Zu 6: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu, in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen, folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zurzeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das Vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschlusse an die eben erörterten sechs Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Anbahnung

und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegführenden Mächten erblicken."

In der Erwiderung hierauf erklärt der Führer der russischen Delegation Joffé, diese konstatiere mit Genugtuung, daß die Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei die Prinzipien eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen aufgenommen habe. Sie erkenne die enorme Bedeutung dieses Fortschrittes auf dem Wege zum allgemeinen Frieden an, müsse jedoch bemerken, daß die Antwort eine wesentliche Beschränkung in Punkt 3 enthalte. Die russische Delegation konstatiere weiter mit Befriedigung die in der Erklärung der Vierbundmächte zu Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Prinzips „ohne Kontributionen". Sie mache jedoch hinsichtlich der Entschädigung für den Unterhalt von Kriegsgefangenen Vorbehalt. Ferner erkläre die russische Delegation, sie lege Gewicht darauf, daß Privatpersonen, die unter Kriegsaktionen gelitten haben, aus einem internationalen Fonds entschädigt werden. Die russische Delegation erkenne an, daß die Räumung der vom Gegner besetzten deutschen Kolonien den von ihr entwickelten Grundsätzen entspreche. Sie schlage vor, die Frage, ob das Prinzip der freien Willensäußerung der Bevölkerungen auf die Kolonien anwendbar sei, besonderen Kommissionen vorzubehalten.

Abschließend erklärt der Führer der russischen Delegation, diese sei trotz der erwähnten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht, daß die in der Antwort der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung, keine aggressiven Absichten zu hegen, die faktische Möglichkeit biete, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden unter allen kriegführenden Staaten zu schreiten.

Mit Rücksicht hierauf schlägt die russische Delegation eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen vor, endigend am 4. Januar 1918, damit den Völkern, deren Regierungen sich den hier geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit geboten wird, sich mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens bekannt zu machen.

Nach Ablauf dieser Frist müssen die Verhandlungen unter allen Umständen fortgesetzt werden.

Im Anschluß daran veröffentlichte die russische Regierung folgenden Aufruf:

Den Völkern und Regierungen der verbündeten Länder!

Die in Brest-Litowsk geführten Friedensverhandlungen zwischen der Delegation der russischen Republik und den Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens sind auf zehn Tage bis 26. Dezember unterbrochen und damit den Verbündeten die letzte Gelegenheit gegeben, sich von allen Folgen des Separatfriedens zwischen Rußland und den feindlichen Ländern zu schützen.

In Brest-Litowsk sind zwei Programme vorgelegt, das eine den Standpunkt des allrussischen Verbandes der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten äußernd, das andere von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten ausgehend.

Das Programm der russischen Republik ist ein sozialdemokratisches. Dasselbe hat zur Aufgabe, solche Bedingungen hervorzubringen, durch welche, einerseits, jede Völkerschaft die volle Freiheit der nationalen Ent-

wicklung erhält, andererseits alle Völker sich in ökonomischer und kultureller Mitarbeit vereinen können. Das Programm der feindlichen Regierungen ist dargelegt in der Angabe, daß es nicht in der Absicht der verbündeten Reiche (d. h. Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien) liegt, sich die während des Krieges eroberten Territorien gewaltsam anzueignen. Das heißt, daß die feindlichen Länder bereit sind, nach Friedensabschluß die okkupierten Territorien von Belgien, die nördlichen Departements Frankreichs, Serbiens, Tschernigoriens, Rumäniens, Polens, Litauens und Kurlands zu räumen, damit das weitere Schicksal der betreffenden Gebiete die daran beteiligte Bevölkerung selbst bestimmen kann. Der Schritt, welchen die feindlichen Regierungen dem Programm der Demokratie entgegen machen, besteht in dem Willen, neuen gewaltsamen Annexionen und Kontributionen zu entsagen. Aber dieser Verzicht auf n e u e Annexionen geht von der Idee aus, daß die f r ü h e r e n Aneignungen und die f r ü h e r e n Gewalttaten der Mächtigen gegen die Schwächeren der geschichtlichen Verjährung anheimfallen, das heißt, das Schicksal von Elsaß-Lothringen, Transsilvanien, Bosnien, der Herzegowina u. a. einerseits, von Irland, Ägypten, Indien, Indochina u. a. andererseits, unterliegt keiner neuen Durchsicht. Solch ein Programm stellt nur den Plan eines prinzipienlosen Ausgleiches zwischen dem drückenden Imperialismus und der dagegen wirkenden Arbeiterdemokratie dar. Dennoch ist dieses Programm ein großer Schritt vorwärts.

Die Regierungen der verbündeten Völker nehmen bis jetzt an den Friedensverhandlungen nicht teil, — aus Gründen, die sie genauer noch nicht angegeben haben.

Jetzt darf man nicht mehr wiederholen, daß der Krieg geführt wird um die Befreiung von Belgien, der nördlichen Gebiete Frankreichs, Serbiens usw., da Deutschland und seine Verbündeten sich bereit erklärt haben, im Falle des allgemeinen Friedens diese Gebiete zu räumen. Jetzt, nachdem die Friedensbedingungen von unseren Gegnern vorgelegt worden sind, können wir nicht mehr mit allgemeinen Worten über die Notwendigkeit der Kriegführung bis zum Ende abgefertigt werden. Es muß nun klar und deutlich gesagt werden, welcher Art das Friedensprogramm von Frankreich, England, Italien und den Vereinigten Staaten ist. Verlangen sie gemeinsam mit uns die Freiheit der Selbstbestimmung für die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen, Galizien, Polen, Böhmen und der südslawischen Gebiete, so sind sie auch ihrerseits einverstanden, das Recht der Selbstbestimmung der Bevölkerung von Irland, Ägypten, Indien, Madagaskar, Indochina usw. zu geben, wie die russische Revolution dieses Recht der Bevölkerung von Finnland, Ukraine, Weißrußland usw. gegeben hat. Denn es ist klar, die Selbstbestimmung für die Bevölkerung des feindlichen Reiches zu verlangen, der Bevölkerung des eigenen Reiches oder der eigenen Kolonien aber dieses Recht zu versagen, soviel heißen würde, als unverhüllt für das Programm des brutalsten Imperialismus eintreten. Wenn die Regierungen der verbündeten Länder sich bereit erklären würden, zugleich mit der russischen Revolution einen Frieden anzubahnen auf Grund der vollen und unbedingten Anerkennung aller Völker und in allen Reichen, wenn sie anfangen würden, dieses Recht tatsächlich dem bedrückten Volke des eigenen Reiches zu geben, so würden dadurch Bedingungen geschaffen, welche das innerlich sich widersprechende Programm Deutschlands und besonders Österreich-Ungarns in seiner ganzen Haltlosigkeit zeigen, und es so durch den Druck der beteiligten Völker vernichten würden.

Bis jetzt aber haben die verbündeten Regierungen absolut keine Bereitwilligkeit gezeigt, und ihrem Klassencharakter nach k o n n t e n sie auch keine Bereitwilligeit zeigen, einen wirklichen demokratischen Frieden abzuschließen. Zum Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verhalten sie sich nicht weniger verdächtig und feindlich, als die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns. In dieser Hinsicht täuscht sich das Proletariat der verbündeten Länder ebenso wenig wie das russische.

Bei den zur Zeit bestehenden Regierungen kann die Rede nur davon sein, daß dem Programm des imperialistischen Kompromisses, welches die Friedensbedingungen Deutschlands und seiner Verbündeten darstellt, ein anderes Programm imperialistischen Kompromisses von seiten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten entgegengestellt wird. Welches ist das Programm der Letzteren? Zu welchen Zwecken können dieselben die weitere Fortsetzung des Krieges verlangen? Auf diese Fragen muß jetzt, nachdem in Brest-Litowsk zwei Friedensprogramme vorgelegt sind, unbedingt eine klare, deutliche und bestimmte Antwort gegeben werden.

Zehn Tage trennen uns noch von der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Rußland geht in die Verhandlungen ohne das Einverständnis der Verbündeten. Wenn die Letzteren die Sache des allgemeinen Friedens weiter verhindern, so wird die russische Delegation sich dennoch einfinden zur Fortsetzung der Verhandlung. Ein Separatfrieden, unterschrieben von Rußland, würde unbedingt ein schwerer Schlag für die Verbündeten, besonders für Frankreich und Italien sein.

Die Voraussicht aber der unabwendbaren Folgen eines Separatfriedens muß die Politik nicht nur Rußlands, sondern auch Frankreichs, Italiens und der anderen Verbündeten bestimmen. Die Räteherrschaft hat bis jetzt mit allen Mitteln um den allgemeinen Frieden gekämpft. Niemand kann die Menge der auf diesem Wege errungenen Resultate leugnen. Weiter aber hängt alles von den Verbündeten selbst ab, die eigenen Regierungen um die sofortige Vorlegung ihrer Friedenspläne zu drängen und auf Grund derselben an den Verhandlungen teilzunehmen, das ist jetzt die Aufgabe der Arbeiterklassen der Entente.

Die russische Revolution hat die Tür zum sofortigen allgemeinen Frieden geöffnet. Wenn die verbündeten Regierungen bereit sind, diese letzte Gelegenheit zu benutzen, können die allgemeinen Verhandlungen sofort in einem von den neutralen Ländern eröffnet werden. In diesen Verhandlungen, unter Bedingung ihrer vollständigen Öffentlichkeit, wird die russische Delegation wie früher für das Programm der internationalen Sozialdemokratie stehen im Gegensatz zu den imperialistischen Programmen der feindlichen, wie auch der verbündeten Regierungen. Der Erfolg unseres Programms wird davon abhängen, in welchem Maße der Wille der imperialistischen Klasse von dem Willen des revolutionären Proletariats in jedem einzelnen Lande gelähmt werden wird.

Wenn aber die verbündeten Regierungen in blinder Hartnäckigkeit, welche die verfallenden und umkommenden Klassen kennzeichnet, von neuem die Teilnahme an den Verhandlungen ablehnen, dann wird die Arbeiterklasse vor die eiserne Notwendigkeit gestellt sein, die Herrschaft aus den Händen derer zu reißen, die den Völkern den Frieden nicht geben können oder wollen.

In diesen zehn Tagen entscheidet sich das Schicksal von Hunderttausenden und Millionen Menschen. Wenn an der französischen und italienischen Front

jetzt kein Waffenstillstand geschlossen wird, so wird das neue Vorrücken, ebenso sinnlos, erbarmungslos und erfolglos wie alle früheren, wieder neue unsägliche Opfer von beiden Seiten verschlingen. Die automatische Logik dieser Schlacht, hervorgerufen von den herrschenden Klassen, führt zur vollständigen Vertilgung der Blüte der europäischen Nationen. Die Völker aber wollen leben und sie haben ein Recht darauf. Sie haben das Recht und sie sind verpflichtet, zur Seite zu schleudern alle, die am Leben sie hindern.

Indem wir uns an die Regierungen mit dem letzten Angebot um Teilnahme an den Friedensverhandlungen wenden, sichern wir gleichzeitig unsere vollständige Unterstützung der Arbeiterklasse jedes Landes zu, welche sich erhebt gegen ihre nationalen Imperialisten, gegen die Militaristen unter dem Banner des Friedens, der Völkerverbrüderung und der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten.
L. Trotzki.

Leo N. Trotzki über Waffenstillstand und Frieden.

Der Führer der linkssozialistischen Partei Schwedens, Höglund, hat aus Petersburg, wohin er sich zum Besuch der Bolschewiki begeben hatte, seinem Blatte „Politiken" am 26. Dezember 1917 folgendes Telegramm gesandt: Ich habe mit Trotzki ein Gespräch gehabt, er erklärte, daß ein Waffenstillstand noch nicht offiziell abgeschlossen wäre. (Das Telegramm stammt vom Sonnabend, während die Verständigung am Sonntag unterzeichnet wurde.) Aber er sei gesichert, nachdem Deutschland darauf eingegangen sei, keine Truppen an andere Fronten zu entsenden. Die Deutschen hätten diesen Vorschlag Punkt für Punkt angenommen. Das Telegramm bezüglich des Waffenstillstandes wurde von Trotzki in der Nachtsitzung des Exekutiv-Komitees vorgelesen und rief ungeheure Begeisterung hervor.

Trotzki erklärte, daß der Waffenstillstand noch keinen Separatfrieden bedeute, aber eine Voranzeige dafür sei. Jetzt hänge es von den Arbeitermassen der Ententeländer ab, Rußland aus der Gefahr eines Separatfriedens herauszuführen. Der Sonderfrieden sei jedoch eine Möglichkeit, mit der man rechnen müsse. Falls Rußland um jeden Preis einem solchen entgehen wollte, würde es nur der Diener Lloyd Georges oder Clemenceaus sein, und dann wäre auch kein Grund vorhanden gewesen, Kerenski zu stürzen. Der Waffenstillstand werde sicherlich auf die anderen Fronten einwirken, sagte Trotzki weiter. Die französischen Soldaten und Arbeiter müßten aus den Bedingungen Rußlands Deutschland gegenüber ersehen können, daß die jetzige russische Regierung kein Freund des deutschen Imperialismus sei, sondern für die Völker aller Länder kämpfe.

„Während der Friedensverhandlungen," fuhr Trotzki fort, „die wir in diesem Monat führen werden, wird der kritischste Zeitpunkt dieses Krieges gekommen sein. Ich glaube jedoch, daß der Krieg durch die zweite russische Revolution erstickt worden ist, so daß wir nur die Leiche zu begraben haben.

Der Waffenstillstand und der Friede ist für uns eine Waffe gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie. Das ganze Volk versteht, daß ein Sieg der Bourgeoisie unter den jetzigen Verhältnissen einen Versuch, den Krieg fortzusetzen, bedeuten würde. Aber selbst, wenn die Bourgeoisie versuchen würde, den Frieden herbeizuführen, würde eine Kadettenregierung doch nicht die gleiche Autorität beim deutschen Volk während der Verhandlungen besitzen.

Natürlicherweise werden der gesetzgebenden Versammlung die Bedingungen des Waffenstillstandes zur Erörterung unterbreitet werden. Die gesetzgebende Versammlung hat jedoch noch nicht eröffnet werden können, weil das von den Kadetten eingesetzte Wahlkomitee einen Teil der Wahlen sabotiert hat, die deshalb auch noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Aber die kleine Clique, die kürzlich als gesetzgebende Versammlung sich zu konstituieren versuchte, zählte nur 35 Mann. Die Kadetten werden von der gesetzgebenden Versammlung ausgeschlossen werden, weil sie den Aufruhr unterstützt hatten. Sie werden, solange der Bürgerkrieg im Gange ist, ausgeschlossen bleiben. Das ist natürlich nach den allgemein geltenden Regeln nicht richtig, aber die Revolutionen schreiben ihre eigenen Gesetze. Die Sozialrevolutionäre, die mit den Bolschewiki zusammenarbeiten, haben mitten in der Revolution aus taktischen Gründen ein weniger hartes Verfahren gegen die Kadetten gewünscht. Die Regierung erlangte jedoch in der in dieser Nacht vorgenommenen Abstimmung ein Vertrauensvotum. Es wurde ihr in dieser Frage mit 150 gegen 89 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Lage der Regierung ist sowohl politisch wie militärisch außerordentlich günstig. Die Obstruktion ist in der Abnahme begriffen, und die Sabotage ist entscheidend gebrochen, nachdem die Staatsbank nachgegeben hat. Auch die Privatbanken haben jetzt nachgeben müssen und haben die Kontrolle über ihre Finanzoperationen gutgeheißen."

Auf Höglunds Frage nach der Möglichkeit der Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz, antwortete Trotzki, daß es jetzt in erster Reihe nicht auf Konferenzen ankäme; doch er für seine Person hielte eine Konferenz von Zimmerwaldern in Petersburg für möglich und richtig. Wichtiger sei jedoch eine revolutionäre Bewegung in allen Ländern. Zum Schluß erklärte Trotzki, daß er nicht als Lehrmeister der Sozialisten Europas auftreten wolle; sie sollten selbst einsehen, um was es sich handle und worum es jetzt ginge. Brauchen die Sozialisten in anderen Ländern noch Zeit, so könnten sie versichert sein, daß die Russen auf ihrem Posten blieben und ihre Pflicht tun würden.

An alle unterdrückten und entrechteten Arbeiter Europas!

Der Waffenstillstand an der Ostfront ist unterschrieben; aber an den anderen Fronten wird das Blutbad fortgesetzt. Die Friedensverhandlungen beginnen; aber die Sozialisten aller Länder, besonders die deutschen Sozialisten, müssen begreifen, daß ein unvereinbarer Gegensatz zwischen dem Friedensprogramm der russischen Arbeiter und Bauern und dem Programm der deutschen Kapitalisten, Grundbesitzer und Generäle besteht.

Wenn nun diese beiden Programme auseinandergehen, würde der Friede vollkommen unmöglich sein; denn das russische Volk hat nicht im eigenen Lande die Monarchie und die Bourgeoisie entthront, um sich vor der Monarchie und der Bourgeoisie anderer Länder zu beugen.

Arbeiter der Zentralmächte!

Der Frieden wird uns näher gebracht und um so besser gesichert werden können, wenn die arbeitenden Klassen Deutschlands und seiner Verbündeten ihren Friedenswillen fest und bestimmt zum Ausdruck bringen. Die deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Arbeiter müssen ihr eigenes revolutionäres, die Zusammengehörigkeit und Solidarität der aus-

gebeuteten Arbeiterklassen in allen Ländern umfassendes Programm gegenüber dem imperialistischen Programm der herrschenden Klassen zur Geltung bringen. Der Kampf für einen wahren Weltfrieden wird notwendigerweise noch lange Zeit erfordern. Schon der erste Abschnitt dieses Kampfes stößt überall — mit Ausnahme von Rußland — auf den Widerstand der Monarchisten und Kapitalisten, die für den jetzigen Krieg verantwortlich sind und die vor den betrogenen Völkern für das vergossene Blut, die vergeudeten Reichtümer noch keine Rechenschaft abgelegt haben.

Wir sind in diesem Augenblick gezwungen, mit den einmal bestehenden Regierungen Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Die monarchistischen, reaktionären Regierungen der Zentralmächte sind gezwungen, mit den Vertretern der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln, weil das russische Volk sie vor die vollendete Tatsache einer von Rußlands Arbeitern und Bauern gebildeten Regierung gestellt hat.

Die von der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte eingeleiteten Friedensverhandlungen verfolgen zwei Ziele:

1. Baldmöglichst ein Aufhören des schändlichen, verbrecherischen Blutbades herbeizuführen, das Europas Verderb ist.

2. Durch alle zur Verfügung stehenden Mittel die Arbeiterklassen aller Länder dazu anzuhalten, daß sie die Macht des Kapitals stürzen und sich die politische Gewalt aneignen, um einen demokratischen Frieden zustande zu bringen und einen sozialen Wiederaufbau Europas und der ganzen Menschheit herbeizuführen.

Der Waffenstillstand gilt nur für eine Front. Nach hartnäckigem Kampf ist unserer Delegation unter den Bestimmungen des Waffenstillstandes von deutscher Seite zugestanden worden, daß von dieser Front keine Truppen abtransportiert werden sollen. Die zwischen dem Schwarzen Meere und der Ostsee stehenden deutschen Regimenter haben einen Urlaub von einmonatlicher Dauer erhalten. Der Waffenstillstand umfaßt gegen den Willen seiner Regierung auch das rumänische Heer.

An der französischen und der italienischen Front und an den anderen Fronten dauert der Krieg fort. Der Waffenstillstand ist nur partiell. Die kapitalistischen Regierungen fürchten sich vor dem Friedensschluß, weil sie dann den Völkern Rechenschaft geben müßten. Sie wünschen deshalb die Stunde ihres Zusammenbruchs hinauszuschieben.

Arbeiter der Entente-Länder!

Willigen die Völker geduldig ein, weiter das verbrecherische Werk der Börsencliquen in Frankreich, England, Italien und den Vereinigten Staaten mitzumachen? Wenn die kapitalistischen Regierungen dieser Länder von dem künftigen Rechtsbund einer Koalition aller Regierungen sprechen, so wollen sie damit nur die niedrigen und schändlichen Instinkte ihrer ausbeuterischen Spekulationen verdecken. Sie kämpfen gegen den Waffenstillstand, sie kämpfen gegen den Frieden. Aber Ihr Völker Europas, Ihr Proletarier Frankreichs, Italiens, Englands, Belgiens und Serbiens, Brüder im Kampf und im Martyrium, seid Ihr nicht gewillt, gemeinsam mit uns für einen ehrenvollen, demokratischen Frieden unter den Völkern zu streiten? Die Euch erklären, daß der Friede nur durch den Sieg gesichert werden könne, betrügen Euch.

Erstens haben sie sich seit 42 Monaten unfähig gezeigt, auf irgend eine Weise den Frieden zu erringen, und haben in keiner Weise bewiesen, daß

sie ihn zustande bringen könnten, selbst wenn der Krieg noch Jahre andauerte. Zweitens würde, falls der Sieg für die eine oder die andere Partei möglich wäre, die Anwendung der Gewalt gegen die Schwächeren nur zunehmen und dadurch neue Kriege erzeugen.

Belgien, Serbien, Rumänien, Polen, die Ukraine, Persien, Griechenland und Armenien zu befreien vermögen die erobernden Imperialisten nicht; das kann nur die revolutionäre Arbeiterklasse aller Länder, der kriegführenden und neutralen, durch siegreichen Kampf gegen alle Imperialisten. Zur Teilnahme an diesem Kampf rufen wir Euch alle auf, Arbeiter aller Länder. Es gibt keinen anderen Weg.

Die herrschenden, ausbeuterischen Klassen haben sich in diesem Krieg unzählige Verbrechen zuschulden kommen lassen. Diese Verbrechen schreien nach der Rache der Revolution. Die leidende Menschheit würde sich ihre Zukunft verderben und auf die Zukunft verzichten, falls sie dabei beharrte, das imperialistische und eigennützige Joch der Regierungen und der Diplomatie noch länger sklavisch zu ertragen.

Wir, Kommissare des Volkes, Vertreter der männlichen und weiblichen Bauern, Arbeiter, Soldaten, Matrosen, der Witwen und Waisen, fordern Euch auf, gemeinsam an unserem Kampf teilzunehmen, um an allen Fronten den Krieg sofort zum Stillstand zu bringen. Möge die Nachricht von dem in Brest-Litowsk abgeschlossenen Waffenstillstand die Alarmglocke für die Soldaten und Arbeiter aller kriegführenden Länder zum Läuten bringen.

Nieder mit denen, die zum Kriege hetzen. Nieder mit den Regierungen, die sich dem Frieden widersetzen, wie mit den Regierungen, die ihre Eroberungspläne unter Friedensreden verstecken. Jagt sie davon! Wir, Arbeiter und Soldaten, werden die Entscheidung über Krieg und Frieden den verbrecherischen Händen der Bourgeoisie entreißen. Wir haben ein Recht, Euch zur Tat aufzufordern, denn wir haben sie für Euch vollbracht. Dies ist der einzige Weg zu unserer und Eurer Rettung. Schließt die Reihen, Proletarier aller Länder, unter dem Banner des Friedens und der sozialen Revolution!

Petrograd, den 27. Dezember.

Trotzki.

29. Dezember 1917.

Zu den deutsch-russischen Friedensverhandlungen.

Auf dem Bauernkongreß sprach Trotzki über die bevorstehenden Friedensverhandlungen. Er sagte, daß die russischen Delegierten keine speziellen Instruktionen für die Verhandlungen erhalten hätten. Aber in erster Reihe würden sie den deutschen und österreichischen Diplomaten folgende direkte Frage vorlegen: wie fassen Sie die russische Formel von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Nationalitäten auf? Die Antwort der Diplomaten hierauf sei den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte schon im Voraus bekannt: selbst wenn sie zustimmend antworteten, würden sie versuchen, darunter ihre imperialistischen Staatsgedanken zu maskieren. Die russischen Delegierten würden dann, fuhr Trotzki fort, eine klare Antwort darüber verlangen, was man mit den Polen in der Ukraine und mit den Ukrainern in Österreich usw. zu machen gedenke. Wenn die russischen Delegierten Antwort erhalten hätten,

würden sie eine Pause in den Verhandlungen verlangen und nach Petersburg zurückkehren, wo man sich dann mit einer eingehenden Erörterung der Friedensvorschläge beschäftigen könne.

Rußland habe den Alliierten zwei Monate Zeit gelassen, sich der Sache des Friedens anzuschließen, aber es könne ihnen nicht versprechen, unter keinen Umständen einen Separatfrieden zu schließen; denn Rußland könne, kurz gesagt, nicht im Jnteresse der französischen Börse und der englischen Imperialisten den Krieg noch zehn Jahre lang fortsetzen. Die Geschichte und das russische Volk würden die Regierung der Arbeiter und Bauern nicht tadeln können, wenn sie unter diesen Umständen allein zum Friedensschluß schritten.

Von Kühlmann und Graf Czernin hatten an Trotzki depeschiert, daß sie im Begriff wären, sich nach Brest-Litowsk zu begeben, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Hierauf hat Trotzki durch die russische Delegation mitteilen lassen, daß er voraussichtlich keine Zeit haben werde, zu dem angeregten Tag sich in Brest einzufinden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet unter dem 29. Dezember:

Unsere Delegation in Brest-Litowsk hat an den deutschen Außenminister folgenden Brief gesandt:

Herr Minister!

Die russische Regierung hat uns beauftragt, Sie zu benachrichtigen, daß die deutsche Regierung den Sozialdemokraten Haase, Ledebour und Kautsky Pässe verweigert hat für die Reise nach Stockholm, um sich mit der russischen Revolution vertraut zu machen. Diese Handlung kann den Friedensverhandlungen Schwierigkeiten in den Weg legen.

Die russische Regierung ist der Ansicht, daß der Friede, den Rußland wünscht, ein Volksfrieden sein soll. Von Anbeginn der Verhandlungen strebte deswegen die russische Regierung danach, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den kriegführenden Ländern zu schaffen. Die persönliche Verbindung zwischen gleichgesinnten Vertretern der Volksmassen kann zu einem schnellen Abschluß des Friedens beitragen. Hingegen können Hindernisse irgend welcher Art, die von den Regierungen hervorgerufen werden, solche Ansichten über den Frieden fördern, die von den Regierungen nichts weniger als gewünscht werden.

Indem wir, Herr Minister, Ihre Aufmerksamkeit auf diese Tatsache lenken, betonen wir auf Befehl der Regierung der russischen Republik, daß Verweigerung der Ausstellung der Pässe für die deutschen Sozialdemokraten zu einer Zusammenkunft mit russischen Sozialdemokraten für die Friedensverhandlungen ein harter Schlag ist.

gez. Karakhan.

28. Dezember. Zwischen den Abordnungen der Verbündeten und Rußlands wird die vorläufige Beratung jener Punkte beendigt, die auch bei Abschluß des allgemeinen Friedens zwischen Rußland einerseits und diesen Mächten andererseits geregelt werden müssen. In einer ganzen Reihe wichtiger Punkte wird die Grundlage für eine Einigung geschaffen.

In der wichtigen Frage der Behandlung der beiderseits besetzten Gebiete wird von russischer Seite folgender Vorschlag gemacht:

„In voller Übereinstimmung mit der offenen Erklärung der beiden vertragschließenden Teile, daß ihnen kriegerische Pläne fernliegen und daß

sie einen Frieden ohne Annexionen schließen wollen, zieht Rußland seine Truppen aus den von ihm okupierten Teilen Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zurück und die Mächte des Vierbundes aus Polen, Litauen, Kurland und den anderen Gebieten Rußlands. Entsprechend den Grundsätzen der russischen Regierung, die das Recht aller in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme auf Selbstbestimmung bis zur Absonderung verkündet hat, wird der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben werden, binnen kürzester Zeit in genau bestimmter Frist vollkommen frei über die Frage ihrer Vereinigung mit dem einen oder dem anderen Reich oder über die Bildung eines selbständigen Staates zu entscheiden. Hierbei ist die Anwesenheit irgendwelcher Truppen in den abstimmenden Gebieten nicht zulässig, außer von nationalen oder örtlichen Milizen. Bis zur Entscheidung dieser Frage aber liegt die Verwaltung dieser Gebiete in den Händen von in demokratischer Weise gewählten Vertretern oder der örtlichen Bevölkerung selbst. Die Frist der Räumung nebst den anderen Umständen und dem Beginnen und Verlauf der Demobilisation des Heeres wird durch eine besondere militärische Kommission bestimmt."

Demgegenüber schlägt Deutschland vor, den ersten beiden Artikeln des Präliminarvertrages nachstehende Fassung zu geben:

„Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes.

Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Friede mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung entsprechend ihren Grundsätzen für alle im Verbande des russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zur ihre völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von den Beschlüssen, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen, sowie für Litauen, Kurland und Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuscheiden.

Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen. Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgendein militärischer Druck in jeder Weise auszuscheiden ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten."

Die russische Regierung nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und stellt ihre Auffassung daraufhin wie folgt fest:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß als tatsächlicher Ausdruck des Volkswillens nur eine solche Willenserklärung betrachtet werden kann, die als Ergebnis einer bei gänzlicher Abwesenheit fremder Truppen in den be-

treffenden Gebieten vorgenommenen freien Abstimmung erscheint. Daher schlagen wir ein allgemeines Referendum vor, und wir bestehen darauf, daß eine klarere und genauere Formulierung dieses Punktes erfolgt. Wir sind jedoch damit einverstanden, daß zur Prüfung der technischen Bedingungen für die Verwirklichung eines derartigen Referendums, desgleichen zur Festsetzung einer bestimmten Räumungsfrist eine Spezialkommission eingesetzt wird."

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

Die Erklärung, welche die russische Delegation in Brest-Litowsk am Freitag, den 28. Dezember, als Antwort auf den letzten deutschen Friedensvorschlag abgab, enthielt Folgendes:

Die Regierung der Arbeiter lehnt die deutschen Vorschläge ab; sie faßt ihre Anschauungen in folgender Weise zusammen:

Die heute abgegebene Erklärung ist ein Schritt rückwärts und dazu angetan, der ersten Programmerklärung, die der deutschen Regierung abgerungen wurde, ihren Wert zu rauben. Sie erwähnt die sogenannte Willensäußerung, die in Polen, Litauen und Kurland bereits erfolgt sein soll. Sie wissen aber sehr gut, daß dies nur eine Redensart über einen Willensausdruck einer Gruppe neuer Bürger und Grundbesitzer in den besetzten Gebieten ist, keineswegs aber der Wille der Völker. Unter dem Belagerungszustand und unter der Gewalt der deutschen Bajonette und Generäle ist es lächerlich, von einem freien Ausdruck des Volkswillens zu sprechen. Falls Sie sicher sind, daß der Volkswille derart ist, wie Sie wünschten, daß er es sein sollte, warum fürchten Sie dann eine wirklich freie Befragung der Bevölkerung?

Die deutsche Regierung will darauf eingehen, einen Teil der besetzten Gebiete zu räumen, die zu Rußland gehören; sie weigert sich aber, Polen und Litauen zu räumen. Auf diese Bedingung kann die russische Regierung nicht eingehen, und sie wird niemals darauf eingehen. Die russische Revolution will keinen Schritt zurücktun.

Die Imperialisten aller Länder, die englischen, deutschen, französischen und österreichischen anerkennen nach dreieinhalbjährigem Kriege im Prinzip das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wollen aber in Wirklichkeit Annexionen durchführen. Aber, meine Herren Imperialisten! Die Stunde hat geschlagen, jetzt ist nicht mehr Zeit für ein Spiel mit Worten. Die Völker der Welt wollen ihnen nicht länger Aufschub geben.

Die englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten lassen die Völker den vierten Winterfeldzug durchmachen und neue blutige Verluste erleiden, um neue Kolonien zu rauben, um schwache Völker zu unterdrücken und einer Bande von Großkapitalisten ungeheure Profite zuzuführen.

Versuchen Sie es, meine Herren! Die Arbeiter- und Bauernrevolution will sich weder der einen noch der anderen Bande der Kapitalisten ausliefern. Was noch geschehen mag — wir werden auf dem Wege der internationalen Politik fortfahren. Das Proletariat wird trotz aller Hindernisse siegen.

(„Völkerfriede", Petersburg, Leitartikel in Nr. 1, redig. von Radek):

Die Masken sind gefallen!

Am Weihnachtstage, am Tage, da die Glocken den Frieden allen gutdenkenden Menschen verkünden, erklärten die Regierungen Deutschlands, Österreichs und ihre bulgarischen und türkischen Vasallen ihren Beschluß, von jeder Gewaltanwendung abzusehen. Sie anerkannten das Recht eines jeden Volkes über das eigene Geschick zu entscheiden. Die deutsche, österreichische und russische Arbeiterpresse begrüßte diesen Entschluß der Zentral-

mächte als einen Lichtstrahl, der in die dunkle Nacht des Krieges hineinleuchtete, den Weg zu einem allgemeinen Frieden zeigt. Denn es war klar: falls die deutsche Regierung einen ehrlichen demokratischen Frieden mit Rußland schließen würde und die Bereitschaft zum allgemeinen Frieden auf derselben Grundlage kundgeben würde, daß dann die Regierungen Frankreichs und Englands nicht imstande sein würden, den Krieg weiter zu führen. Die kriegsmüden Arbeitermassen dieser Länder würden ihre Kapitalisten nötigen, den Krieg zu beenden. Eine große Hoffnung entstand in den Herzen der Volksmassen aller Länder; bald wird der Völkermord ein Ende nehmen.

Aber es verging keine Woche, und die deutsche und österreichische Regierung ließ die Masken fallen. In der vertraulichen Sitzung händigte sie der russischen Friedensdelegation ihre Friedensbedingungen ein, die zeigen, daß alle deutschen und österreichischen Verheißungen eines demokratischen Friedens eine unverschämte Lüge sind. Die Arbeiter- und Soldatenregierung anerkennt keine geheime Diplomatie, und sie veröffentlicht diese Friedensbedingungen. Hier sind sie:

s. Seite 27 der vorliegenden Schrift.

* * *

Das deutsche Selbstbestimmungsrecht.

Um den Zynismus, die Verlogenheit dieser „Friedensbedingungen" zu verstehen, genügt es, daran zu erinnern, wie die Herrschaft der Deutschen in Polen und Litauen aussieht, unter der sich der Volkswille dieser Gebiete ausgedrückt hat. In den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten herrscht die bewaffnete Faust. Auf Arbeiter wird in den Straßen eine wilde Jagd organisiert, sie werden gefangen nach Deutschland geführt, in Fabriken zur Arbeit gezwungen, als Sklaven behandelt. Die im Lande verbleibenden Arbeitermassen werden unter der Fuchtel der militärischen Gewalt gehalten. Die Arbeiterpresse wurde zuerst unter die schroffste Zensur gestellt, dann vollständig unterdrückt. Die Arbeiterführer zu Hunderten in die Konzentrationslager verschleppt, wo sie monatelang hungerten. Hungerdemonstrationen der Arbeiter werden mit Waffengewalt auseinander gejagt, mit Blei wird der Hunger der Frauen und Greise gestillt. Dies alles wurde vielmal im deutschen Reichstag und im preußischen Landtag von deutschen sozialdemokratischen und polnischen bürgerlichen Abgeordneten dargestellt und mit Akten belegt.

Rücksichtslose Willkür ist das Zeichen der deutschen Herrschaft in den okkupierten Gebieten den Arbeitermassen gegenüber. Aber vielleicht stützt sich die deutsche Regierung auf das polnische und litauische Bürgertum? Die Antwort geben einfache Tatsachen: die deutsche Regierung hat eine polnische Universität eröffnet und mußte sie schließen. Die deutsche Regierung wollte Soldaten in Polen rekrutieren und mußte davon absehen. Ja, sie sah sich genötigt, den Brigadier **Pilsudski**, den Schöpfer der unter deutscher und österreichischer Leitung kämpfenden Legionen, zu verhaften. Nur in Kurland hat die deutsche Regierung Stützen gefunden: in den verhaßten Sklavenhändlern, den deutschen baltischen Baronen, den Schindern der lettischen Bauern. Diese Leuteschinder finden in Polen vielleicht Gesinnungsgenossen bei den polnischen Junkern, die in heller Angst leben, daß die russische Revolution auch in den polnischen ländlichen Proletariern die Lust erwecken wird, dem Beispiel der russischen Bauern zu folgen und sich von dem Joch der Junker zu befreien. Das ist das „Volk", dessen

Stimme die deutsche und österreichische Regierung als entscheidend für die Geschicke der polnischen, litauischen und lettischen Bevölkerung ansieht.

Wenn die Zentralmächte also sagen, die Völker der von ihnen besetzten Gebiete Rußlands hätten sich für die Abtrennung von Rußland, d. h. von der russischen Arbeiter- und Soldatenrevolution ausgesprochen, so belügen sie die Volksmassen Deutschlands und der Welt. Das deutsche Selbstbestimmungsrecht bedeutet nichts anderes als die Vergewaltigung des Willens der Volksmassen, der Arbeiter und armen Bauern durch deutsche Bajonette und durch die polnischen und deutschen Ausbeuter.

Das russische Selbstbestimmungsrecht.

In demselben Augenblick, in dem die Zentralmächte ein Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht des polnischen, lettischen und litauischen Volkes verüben, haben sie die Stirn, sich auf die Tatsache zu berufen, daß die russische Arbeiterregierung das Recht der Selbstbestimmung anerkannt hat — ist das Hohn oder vollkommener Stumpfsinn?

Die russische Arbeiterregierung sagt: der Zarismus hat Völker geknechtet, wir, die Arbeiter und Bauern Rußlands, geben ihnen die Freiheit, zu entscheiden, ob sie zusammen mit uns oder abgesondert von uns leben wollen.

Da kommt die deutsche Regierung und erklärt: da die russischen Arbeiter und Bauern ihre Klassengenossen anderer Nationen nicht knechten wollen, so sind diese Freiwild. Die deutschen Barone Lettlands, die Junker Litauens und Polens können sie an das deutsche Kapital verschachern.

Ja, an das deutsche Kapital verschachern. Denn wenn die deutschen Kapitalisten und Generäle so mit dem Selbstbestimmungsrecht umspringen, so wird doch niemand glauben können, daß sie es wegen der schönen Augen der Polen, Letten und Litauer tun. Die Wahrheit ist: die deutsche Regierung will die Völker an der russischen Ostgrenze von der russischen Revolution „befreien", um sie dem deutschen Kapital zu unterwerfen. Kurz vor dem Ausbruch der russischen Novemberrevolution hat der Kronrat in Polen schon beschlossen, ein polnisches Königreich zu begründen, mit dem österreichischen Kaiser Karl als polnischen König, und ein litauisches und kurländisches Herzogtum mit dem deutschen Kaiser als Herzog an der Spitze. Selbst die getreuen Mamelucken des deutschen Imperialismus, die Liberalen, protestieren gegen diesen Plan, ohne Rußland, ohne Polen, ohne Letten, die Geschicke dieser Gebiete zu bestimmen. Nun, der deutsche Imperialismus hat die Klauen für den Augenblick eingezogen, jetzt kommt er aber mit dem netten Vorschlag — die russische Arbeiterregierung soll ihm die Letten, Polen und Litauer verschachern. Nein, Ihr Herren, so war die Sache nicht gemeint. Die russischen Arbeiter sind keine Unterdrücker, sie haben allen Völkern Rußlands die Freiheit gegeben. Aber Menschenhändler sind sie nicht, sie werden ihre Klassengenossen nicht verschachern und verkaufen. Auf dieser Grundlage wird die russische Arbeiterregierung in keinem Falle verhandeln!

Die Masken sind gefallen — Ihr habt das Wort, deutsche Soldaten und Arbeiter! Die deutsche Regierung hat euch drei Jahre lang genarrt mit ihren Friedensbeteuerungen. Sie hat sich als den unschuldigen Engel dargestellt, das Lamm, das niemand das Wasser trübt. Die Russen waren es, die Franzosen, die Engländer, die den Frieden nicht wollten. Nun, da habt Ihr die Probe auf das Exempel.

Die Arbeiter und Soldaten Rußlands haben den Zaren zum Teufel gejagt, sie haben die Bourgeoisie, die den Krieg verlängern wollte, auf die Knie gezwungen. Sie wollen einen ehrlichen Frieden — allen zum Schutz, niemandem zum Trutz. Die deutsche Regierung drischt heuchlerische Phrasen, legt sich die demokratische Maske an, aber als man ihr auf die Fäuste, nicht auf die Lippen schaute, zeigte es sich, sie sind geballt.

Die Masken sind gefallen. Eure Regierung ist demaskiert. Sie konnte durch eine ehrliche, demokratische Friedenspolitik gegenüber Rußland die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens zwingen, dem grausamen Spiel ein Ende zu machen: denn würden die Volksmassen dieser Länder sehen, daß die deutsche Regierung kein Volk vergewaltigen will, sie würden ihre Regierungen zu Friedensverhandlungen zwingen. Statt dessen gibt die deutsche Regierung den Kriegsverlängerern aller Länder die Möglichkeit, zu sagen: seht, Ihr Völker, euch den gefräßigen deutschen Wolf an, mit ihm kann man keinen Frieden schließen.

Nun, deutsche Soldaten und Arbeiter, jetzt habt Ihr das Wort: zwingt Ihr nicht eure Regierung, auf Friedensbedingungen zu verzichten, die sie die Frechheit hat, der russischen Revolution vorzulegen, so wird euer Blut zusammen mit dem der Proletarier aller Länder ins Unendliche fließen. Auf Proletarier! Auf Soldaten Deutschlands, zum revolutionären Kampfe gegen eure den Krieg verlängernden, die Volksmassen aufopfernden Regierungen.

Es falle kein Schuß an der russischen Front! Seid keine Henker der russischen Arbeiterrevolution!

Es lasse sich kein Regiment an die andere Front werfen. Wollt Ihr den allgemeinen Frieden, so laßt die Völker zur Vernunft kommen.

Es lebe die internationale Arbeiter- und Soldatenrevolution!

Die gleiche Entrüstung, die aus diesem Artikel des „Völkerfriedens" spricht, läßt sich auch aus den offiziellen Stimmen Rußlands vernehmen.

Am 1. Januar 1918 hielt das Zentralkomitee der Arbeiter- und Soldatenräte eine Versammlung ab. Nach der Berichterstattung Kamenews über die Friedensverhandlungen wurden Vertreter aller Fronten telegraphisch nach Petersburg berufen. Indem sie die schwierige Lage an der Front nicht verbargen, erklärten die Vertreter, daß die Front die russische Revolution verteidigen werde, aber sie forderten Brot und Schuhzeug.

Im Namen der Regierung enthüllte Trotzki den heuchlerischen Friedensvorschlag Deutschlands und erklärte, daß die Regierung der Arbeiter nie auf solche Bedingungen eingehen werde. Falls die Zentralmächte nicht in loyaler Weise das Recht der polnischen und lettischen Nation anerkennen wollten, über ihr Schicksal frei zu verfügen, werde es notwendig sein, die russische Revolution mutig zu verteidigen. Das, was die Front nötig habe, werde sie bekommen, welche Anstrengungen es auch kosten möge.

Nach der Rede Trotzkis wurden Versammlungen der Zentral-Exekutiv-Komitees der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt Petersburg und des Kongresses für das ganze Heer abgehalten. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die erste Erklärung, die von den Delegierten des Vierbundes in Brest-Litowsk abgegeben worden ist, anerkennt im Prinzip den Friedensschluß ohne Annexionen und Kontributionen. Diese Anerkennung bildete die Grundlage der weiteren Verhandlungen über einen allgemeinen demokratischen Frieden.

Indessen verneinten die Delegierten der deutschen Regierung bereits in dieser Erklärung die Anerkennung des freien Selbstbestimmungsrechts der unterdrückten Nationen und der Kolonien, die vor Beginn des Krieges im Jahre 1914 erobert waren.

Bereits diese Begrenzung bedeutete — worauf die russische Delegation sofort hinwies —, daß die herrschenden Klassen in Deutschland unter dem Drucke der Bewegung der Volksmassen wohl gezwungen waren, dem Grundsatz eines demokratischen Friedens Zugeständnisse zu machen, aber diesen Gedanken dem Geist der alten annexionistischen Politik anzupassen suchten. Die wiederholte Erklärung, in der die österreichische Delegation die praktischen Grundlagen für einen Frieden mit uns entwickelte, tat der Idee eines gerechten Friedens noch mehr Abbruch.

Die Absicht dieser Erklärung (vom 28. Dezember) kann auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß die österreichische und deutsche Regierung sich weigern, Garantie dafür zu leisten, daß sie ihre Truppen sofort und unwiderruflich aus den besetzten Gebieten Polens, Litauens und Kurlands, sowie gewisser Teile Livlands und Estlands zurückziehen werden. Eine wirklich freie Bestätigung des Volskwillens kann für die Bevölkerungen Polens, Litauens, Kurlands und aller anderen Gegenden, die von Truppen fremder Staaten besetzt sind, erst erfolgen, wenn die eingeborene Bevölkerung zurückkehrt und die genannten Gebiete von den Besatzungsheeren geräumt sind. Die von der deutschen Delegation aufgestellte Behauptung, daß die Bevölkerung der genannten Länder ihren Willen bereits zum Ausdruck gebracht habe, ist eine Vermutung, die in keiner Weise begründet ist. Unter dem Belagerungszustand und unter dem Joch der Kriegszensur konnten die Völker der besetzten Gebiete ihren Willen nicht zum Ausdruck bringen. Die Dokumente, auf die sich die deutsche Regierung bestenfalls stützen könnte, sind nur Ausdrücke des Willens einiger Gruppen, einiger Privilegierter, aber nicht der Volksmassen der betreffenden Gebiete.

Wir erklären: Die russische Revolution bleibt ihrer internationalen Politik treu. Wir verteidigen Polens, Litauens und Kurlands Recht, in wirklich freier Weise über ihr Schicksal zu verfügen. Nie werden wir anerkennen, daß es gerecht ist, irgend welchen Nationen einen fremden Willen aufzuzwingen.

Die vereinigten Versammlungen fordern, daß die weiteren Friedensverhandlungen in einem neutralen Staat geführt werden sollen und beauftragen den Rat der Volkskommissare, die Maßnahmen zu ihrer Durchführung zu treffen.

Wir wenden uns an die Völker Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei. Unter Eurem Drucke wurden Eure Regierungen gezwungen, unsere Losung anzunehmen: ohne Annexionen und Kontributionen; aber sie fordern und versuchen, die alte Politik der Einfälle in fremde Länder fortzusetzen. Denkt daran, daß der Abschluß eines sofortigen demokratischen Friedens jetzt besonders von Euch abhängt. Alle Völker Europas, durchwühlt und ausgeblutet von diesem Krieg, blicken auf Euch. Ihr werdet den deutschen und österreichischen Imperialisten nicht erlauben, gegen das revolutionäre Rußland Krieg zu führen, um Polen, Litauen, Kurland und Armenien (!) zu unterdrücken. Die Arbeiterrevolution fordert die Arbeitermassen aller Länder auf, sich zu erheben.

Die Arbeiterrevolution vom Monat November hat ihre Pflicht gegen die Völker der ganzen Welt erfüllt. Die Regierung der Arbeiter und Bauern hat die Geheimverträge veröffentlicht. Die Regierung der Arbeiter und Bauern

ist sofort bereit, die Landesteile zu räumen, welche in diesem Kriege besetzt worden sind. Die russische Regierung räumt allen Völkern, die in Rußland wohnen, das Recht ein, frei über ihr Schicksal zu verfügen. Sie macht dabei keinerlei Unterschied und stellt nur die Bedingung, daß kein militärischer Druck ausgeübt wird.

Wir wenden uns an die französischen, italienischen und serbischen Arbeiter und sagen zu ihnen: Eure Regierungen haben noch nicht einen einzigen Schritt zur Herbeiführung des Friedens getan, noch nicht einmal den Schritt, den die Regierungen der Zentralmächte tun mußten. Bis jetzt haben Eure Staaten noch keine Erklärungen über ihre Kriegsziele abgegeben. Eure Regierungen ziehen mit Recht oder Unrecht den Krieg in die Länge. Eure Regierungen unternehmen keinen einzigen Schritt des Entgegenkommens an das Friedensprogramm der russischen Revolution. Eure Regierungen wollen auf die Verträge nicht verzichten, die ohne Wissen des Volkes mit dem Exzaren abgeschlossen worden sind. Verlangt den sofortigen Anschluß Eurer Staaten an die Friedensverhandlungen in Übereinstimmung mit den Prinzipien, welche in der Erklärung enthalten sind, die in Brest-Litowsk von der russischen Delegation abgegeben worden sind.

Am 2. Januar 1918 sandte der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation Joffé an die Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgendes Telegramm:

„Die Regierung der russischen Republik sieht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiete zu führen, und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreich-ungarischen Delegation vom 25. Dezember, wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anbelangt, so sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Hauptausschuß der Sowjets in voller Übereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antworterklärung des Vierbundes.

Der Vorsitzende der Friedensdelegation. Joffé."

Am 3. Januar beantworten die Abordnungen der vier verbündeten Mächte diese Depesche mit der telegraphischen Mitteilung, daß sie jede Verlegung des Verhandlungsortes ablehnen, da bindend verabredet worden sei, die Verhandlungen spätestens am 5. Januar in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen.

Am Abend des 4. Januar lief dann in Berlin folgendes Telegramm aus Brest-Litowsk ein:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte!

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Trotzki morgen nach Brest fahren in der Überzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die russische Delegation."

Am 5. Januar wurde von Brest-Litowsk aus folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt:

„An die russische Delegation,
zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffé, Petersburg!

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation haben die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen:
gezeichnet v. Kühlmann für Deutschland,
gezeichnet Graf Czernin für Österreich-Ungarn,
gezeichnet Popoff für Bulgarien,
gezeichnet Nessimi Bei für die Türkei."

7. Januar. Die russischen Friedensdelegierten einschließlich des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Trotzki treffen in Brest-Litowsk ein.

Kundgebung Krylenkos am 10. Januar 1918.

Als Antwort auf die deutsche Erklärung über die Friedensbedingungen hat der Oberstkommandierende Krylenko einen an die Soldaten und Arbeiter gerichteten Aufruf erlassen, worin er erklärt, daß der Friede in Gefahr sei.

„Die Deutschen, heißt es darin, sprechen vollständig positiv von Annexionen und Okkupationen bei einem Separatfrieden mit Rußland und halten sich dabei sogar an die ukrainische Rada.

Es sind Bedingungen, die uns zu Opfern der deutschen Bourgeoisie machen könnten. Die russische Republik und der Rat der Volkskommissare sind an allen Ecken von Feinden umgeben. Amerikanische und französiche Finanzleute leihen Kaledin Geld für seine Ausrüstung. Die deutsche Bourgeoisie wäre imstande, sich zu seinem Verbündeten zu machen, um die russische Revolution zu ersticken.

Diese Bedingungen lassen für Rußlands Arbeiter und Bauern die Fragen neu erstehen, welche sich auf die Verteidigung aller Erfolge der Revolution und auf den Krieg mit ihren Feinden beziehen, auf den heiligen Krieg gegen das russische Bürgertum, gegen das Bürgertum Deutschlands, Englands und Frankreichs.

Es ist klar, daß, wenn die Bourgeoisie siegt, sie keine Rücksicht mehr auf uns nehmen wird. Hat sie die ihren Händen entglittene Macht wieder erlangt, wird sie die ganze Welt mit Blut überschwemmen, Schrecknisse und Martern werden ihre Antwort sein, eine Antwort, die die von den Trabanten des Zaren verschuldeten Qualen in den Schatten stellen wird; denn das wildeste Tier, der blutgierigste Henker ist die Bourgeoisie — die Bourgeoisie, die sich am Volke rächt.

Vielleicht muß sich der heilige Krieg der Revolution an der Front wie hinter der Front als eine fürchterliche unvermeidliche Notwendigkeit erheben. Unter allen Umständen gilt es, eine gutbewaffnete Macht zum Widerstand zu organisieren. Das Heer fühlt sich müde, das Heer ist erschöpft; das alte Heer ist nicht imstande, die genannte Arbeit zu leisten. Es muß ein neues Heer geschaffen werden, ein Heer des Volkes, dessen Grundlage die rote Garde der Arbeiter ist. Alle die, denen die Freiheit lieb ist, fordere ich auf, zur Errichtung eines solchen Heeres beizutragen. Im Lande und an den Fronten muß eine revolutionäre Volksgarde organisiert werden. Die materiellen Fragen dieser Garde sollen besonders gelöst werden, und es muß in ihr strenge revolutionäre Disziplin herrschen.“ Der Aufruf schließt:

„Kameraden!

Mit Hoffnung blickt die Bevölkerung Italiens, Spaniens, Frankreichs, Österreichs und der Schweiz auf Euch, indem sie Euren Aufruf gegen die Bourgeoisie erwartet; ihre Regimenter werden nicht gegen das revolutionäre Rußland marschieren. Meldet Euch zu den Reihen der Volksgarde, schaffet eine neue Macht für die Revolution und den Sozialismus!

Der Rat der Volkskommissare hat dem Volke bereits den Boden gegeben und Befehl erlassen, die Banken ins Staatseigentum überzuführen. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch die Fabriken und Werkstätten in die Hände des Volkes übergehen. Umso stärkerer Grund ist gegeben, das begonnene Werk zu verteidigen.

Zeigt, welche nie versiegende Kraft im revolutionären Proletariat und bei den armen Bauern ruht! Es besteht keinerlei Zwang, bei den Garden einzutreten. Mögen die sich fernhalten, die sich nicht den Besitz der genügenden Kraft zutrauen. Wir brauchen ein Heer von kräftigen Kämpfern. Ich fordere alle auf, die größten Anstrengungen zu machen.

Ukrainische Kameraden und Brüder, ich glaube nicht, daß Ihr Eure Aufforderung zur Verteidigung der Freiheit zurücknehmen werdet. Ich bin davon überzeugt, daß Ihr Seite an Seite mit uns und mit den russischen Arbeitern und Bauern in den Reihen der Kämpfenden schreiten werdet.

Jeder, in dessen Brust ein revolutionäres Herz schlägt, muß sich einreihen lassen. Die Kameraden an der Front werden dadurch Verstärkung erhalten, und keine bürgerliche Macht wird uns zum Wanken bringen. Die sozialistische Volksgarde, die die Sache der sozialistischen Regierung und die Macht des Sozialismus verteidigt, kann nicht besiegt werden.“

* * *

Am 10. Januar überreichte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Holubowytsch folgende Note in Brest-Litowsk:

„Die Regierung der ukrainischen Volksrepublik — das Generalsekretariat — bringt hiermit allen kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis: Mittels des Universals Nr. III der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917 wurde die ukrainische Volksrepublik proklamiert

und durch diesen Staatsakt wurde die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt.

Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstandenen Republiken anstrebend, knüpft die ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkte der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes anderseits selbständige völkerrechtliche Beziehungen an. Das Generalsekretariat erachtet es somit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rats der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Mächte anderseits beginnen, in Kenntnis zu setzen.

Unerschütterlich daran festhaltend, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten und insbesondere für die arbeitenden Klassen eines jeden Staates das schwerste Übel bedeutet, daß alle kriegführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten sollten, hat die ukrainische Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündigung der ukrainischen Republik eine aktive Politik in der Friedensfrage einzuleiten. Die ukrainische Zentralrada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses verkündigt hat, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben; zu diesem Zwecke wurden Vertreter des Generalsekretariats an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Front unter der Leitung der Regierung der ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. Gleichzeitig hat die ukrainische Zentralrada das Generalsekretariat beauftragt, die verbündeten Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seinerzeit seitens des Generalsekretariats auch vollzogen worden ist. In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen hat, hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet das Generalsekretariat es für notwendig, hervorzuheben, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare, ungeachtet dessen, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedwedes Einverständnis mit der ukrainischen Volksrepublik gefertigt haben.

Gegenwärtig, da der Rat der Volkskommissare, gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes, die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt, einen Frieden zwischen allen gegenwärtig kriegführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden an.

2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Friede muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke, in jedem Staate das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.

3. Für die Ermöglichung des wirklichen Willensausdrucks der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.

4. Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede gewaltsame Angliederung oder Übergabe irgendeines Landteiles ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.

5. Ebenso unzulässig ist vom Standpunkte der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Kriegsentschädigung, welche Form auch immer ihr gegeben würde.

6. Kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf den Friedenskongressen ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden.

7. Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in völkerrechtlichen Angelegenheiten, vertreten durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.

8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland Krieg führenden Mächten eventuell resultierende Friede für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden.

9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur die geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzip eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen bei, die seine Verwirklichung näherbringen können. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu besitzen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongresse erfolgen wird, zu dessen Beschickung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle Kriegführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats:
W i n n i t s c h e n k o.

Der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten:
S c h u l g i n.

Staatssekretär v. K ü h l m a n n:

Bisher sei mit den Vertretern der Petersburger Regierung über sämtliche, das russische Gebiet betreffenden Angelegenheiten verhandelt worden. Es

müsse daher an den Vorsitzenden der Delegation der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob er und seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Rußlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtigen.

Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki gibt hierauf folgende Erklärung ab:

„In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie im vollen Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation bis zur vollen Lostrennung kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen finde.“

Über die Bedeutung dieser Erklärung entspinnt sich eine längere Diskussion, die schließlich in die Frage zusammengefaßt wird, ob die ukrainische Delegation eine Unterabteilung der russischen Delegation darstelle oder ob sie in diplomatischer Beziehung als Vertretung eines selbständigen Staates zu behandeln sei.

Diese Frage wird von Trotzki dahin beantwortet, daß er sie als erledigt betrachte, da die ukrainische Delegation als eine selbständige Vertretung hier aufgetreten, da diese Vertretung von seiner Delegation hier anerkannt worden und da von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht worden sei.

Nachdem Staatssekretär v. Kühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hat, daß diese Präliminarfrage vorerst zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten werden würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe, erhält der erste Vorsitzende der russischen Delegation Trotzki das Wort:

Er halte es für notwendig, vorerst ein Mißverständnis zu beseitigen, das sich in die Verhandlungen eingeschlichen habe. Die russische Delegation stelle fest, daß das offizielle, in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, in welchem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben worden sei, dem entspreche, was sich in dieser Sitzung ereignet habe. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannte, wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur anbelange, auf welches sich die deutsche Presse und der Staatssekretär v. Kühlmann berufen hätten, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erkundigungen einziehen.

Trotzki gibt dann seinem Bedauern Ausdruck, daß dieses Mißverständnis, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten der Delegation stehe, eingetreten sei. Was den von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Funksprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes, noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzten.

Nach diesen Vorbemerkungen geht Trotzki auf den Inhalt der von den Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen ein und führt aus:

„Fürs erste bestätigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Vierverbandes zur

Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unsererseits halten an den von uns proklamierten Grundsätzen des demokratischen Friedens fest."

Was den russischen Vorschlag auf Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelange, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führe, zumal da es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handle. Die technischen Schwierigkeiten, die das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringe, könne die russische Delegation ebensowenig gelten lassen, wie die Furcht vor Machenschaften der Verbandsmächte, gegen die sich Rußland selbst zu schützen wisse.

Unter Hinweis auf die von der maximalistischen Regierung bisher konsequent befolgte Friedenspolitik und die von ihr bewiesene Unabhängigkeit bemerkt Trotzki weiter, er habe absolut keine Gründe, anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könnte als in Petersburg. Gegenüber der vom Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation ausgesprochenen Befürchtung, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Kulissen versuchen, das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, halte er es für nötig zu erklären, daß die maximalistische Politik ohne Kulissen auskomme, da diese Waffe der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen im siegreichen Aufstande des 25. Oktober abgeschafft worden sei.

Die russische Regierung habe an die Spitze ihres Programms das Wort „Friede" geschrieben, und die hohen Sympathien, die das russische Volk den Völkern der Verbündeten entgegenbringe, bestärken es in dem Wunsche, den schleunigsten Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen. Um den Mächten des Vierbundes den Vorwand eines Abbruches der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehme die russische Delegation die Forderung an, in Brest-Litowsk zu bleiben. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen.

Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichte, beantrage sie, zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen.

Am 12. Januar gab Graf Czernin folgende Erklärung ab:

„In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretärs der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nummer 726, übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt, und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünscht. In Erwiderung hierauf beehre ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten."

Trotzki führt hierauf folgendes aus:

„Im Zusammenhange mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Informationen und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben einen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes.

Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik der Sowjets der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Standesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigewählte Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Übereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen."

Der ukrainische Staatssekretär Holubowytsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann bemerkt, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trotzki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstilllstandes verstoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte: „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens." Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verweist Trotzki darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten

der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General Hoffmann repliziert hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Äußern betrieben keine analoge Propaganda.

Trotzki erwidert, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär v. Kühlmann stellt zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Trotzki entgegnet, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenherzig über ihre Absichten bezüglich der inneren Verhältnisse ausspräche, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hält am 11. und 12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nehmen:

Nach einer kurzen einleitenden Erörterung über formale Fragen der Beratungen wird zunächst festgestellt, daß an die erste Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnt es Trotzki ab, sich anschließend hieran auszusprechen, daß die vertragschließende Teile entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben". Trotzki findet, daß dies eine dekorative Phrase sei, die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichne, die zukünftig zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bzw. den Völkern Österreich-Ungarns bestehen würden. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach einer Aussprache über diesen Punkt wird beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Hierauf erklärt Trotzki: „Wir halten unsere Erklärung in vollem Umfange aufrecht, daß die Völkerschaften, die das russische Gebiet bevölkern, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Lostrennung von Rußland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst, und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, die dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geäußert hat; denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns verkündeten Grundsätze"

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelt sich eine lange, hauptsächlich in theoretischem Rahmen geführte Aussprache über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitpunkte ein neuer

Staat im Wege der Absonderung eines Bestandteils eines existierenden Staates von diesem entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann faßt den Standpunkt der Mittelmächte in dieser Frage wie folgt zusammen: „Unsere Auffassung geht dahin daß eine Staatspersönlichkeit entsteht, und in der Lage ist, rechtsverbindlich Erklärungen über die Grundlagen ihres Daseins abzugeben, sobald irgendein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kundgibt. Mir scheint unsere Auffassung dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechtes erheblich näherzukommen als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegten Auffassungen, denn dieser sagte uns bisher nicht, wie ein Körper entstehen oder beschaffen sein soll, welcher in größtenteils noch nicht organisierten, eine Volkspersönlichkeit anstrebenden Völkern die Organisation des Votums auf breiterer Grundlage vornehmen muß, die nach Ansicht des russischen Vorsitzenden die Voraussetzung für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bildet."

Hierbei weist Staatssekretär v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin.

Demgegenüber hält Trotzki an dem von ihm vertretenen Standpunkte fest und bemerkt zu den vom deutschen Staatssekretär ins Treffen geführten Beispielen folgendes: „Was Finnland betrifft, so war es nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnländischen Volkes äußerte sich auf eine Art und Weise, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen und wir auch der Ansicht sind, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, zumal da dies eine rein technische, nicht politische Frage ist, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt."

Trotzki erklärt, daß die Äußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten, einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Schlußfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung gewährleisten könne.

Kamenew verliest eine schriftliche Erklärung:

„Die bisher stattgefundene Diskussion hat Uneinigkeiten gefördert, die außerordentliche Bedeutung gewinnen können. Eine von uns während einer Pause vorgenommene eingehendere Analyse dieser Diskussion hat uns zu der Überzeugung gebracht, daß es zur Vermeidung von unnützen Mißverständnissen und unerwünschten Schwierigkeiten unumgänglich nötig ist

die Methode unserer Arbeiten ein wenig zu verändern. Dem Gesagten zufolge haben wir die Ehre, folgende Erklärung zu machen, welche auf die genaue Klarlegung der gegenseitigen Erwägungen und Feststellung der weiteren Führung der Kommissionstätigkeit gerichtet ist.

Nachdem auf zwei Sitzungen die Frage über das Schicksal der okkupierten Gebiete einer theoretischen Erörterung unterzogen wurde, hält die russische Delegation es für durchaus erforderlich, daß beide Parteien in schriftlicher Form ein Résumée der während der Diskussion zum Ausdruck gebrachten Ansichten herstellen, damit die Regierungen und die öffentliche Meinung eine genaue Formulierung und ein klares Bild sowohl über die prinzipiellen Ausgangspositionen, als auch über die praktischen Vorschläge beider Parteien erhalten.

In Ausführung dieses, erklärt die russische Delegation auf Grund des § 2 des Statuts des deutschen Antrages vom 28. Dezember 1917, daß sie die von einigen Institutionen und Gruppen der Gesellschaft gegebenen Erklärungen nicht für den Willensausdruck der Bevölkerung der okkupierten Gebiete, wie solches in besagtem Statut erwähnt ist, erkennen kann, insoweit als diese Erklärungen unter dem Regime der fremdstämmigen Okkupation erfolgt sind und ihren Ausgang von Organisationen herleiten, welche nicht nur ihre Rechte nicht laut Volkswahl erhalten haben, sondern überhaupt ihre Existenz in solchen Grenzen behaupten, die den Okkupationsplänen der Kriegsmächte nicht widersprechen. Die Delegation konstatiert, daß während der Dauer der Okkupation nirgends, weder in Polen, noch in Litauen oder Kurland ein demokratisch gewähltes Organ irgendwelcher Art, das auf das Recht, den Willen der breiten Massen zum Ausdruck zu bringen, Anspruch erheben könnte, weder geschaffen worden ist, noch hätte geschaffen werden können, und folglich auch nicht existiert. Dies bezieht sich auf die formelle Seite der Sache, d. h. auf die Anerkennung oder Nichtanerkennung dieser Organe als bevollmächtigte Vertreter des Willens eines Volkes; was aber den eigentlichen Sinn der Erklärungen, auf welche derselbe zweite Paragraph des deutschen Antrages hinweist und die Forderung einer vollen staatlichen Selbständigkeit enthalten, betrifft, erklärt die russische Delegation folgendes: Die russische Regierung zieht aus der Tatsache einer Angehörigkeit der okkupierten Gegenden zu dem Gebiete der gewesenen russischen Monarchie keine Schlüsse, die der Bevölkerung dieser Gegenden irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtungen der russischen Republik gegenüber auferlegt hätten. Die alten Grenzen der gewesenen russischen Monarchie, geschaffen durch Gewalt und Verbrechen gegen die Völker, hauptsächlich gegen das polnische Volk, stürzten mit dem Zarismus. Die neuen Grenzen eines brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik und die außerhalb ihres Gebietes bleiben wollen, müssen durch eine freie Entscheidung der entsprechenden Völker bestimmt werden; 2. und darum besteht die Hauptaufgabe der russischen Regierung in diesen Verhandlungen nicht darin, das gewaltsame Verbleiben der genannten Völker in den Grenzen des russischen Reiches zu verfechten, sondern darin, diesen Völkern eine wirkliche Freiheit in der Feststellung ihrer inneren Einrichtung und ihrer internationalen Lage zu sichern. Die russische Republik wird nur dann versuchen, sie in neue territoriale Streite hineinzuziehen, wenn sie überzeugt sein wird, daß die Linie, die sie von ihren Nachbarn abteilt, nicht vom freien Willen der an der Grenze lebenden Völker, sondern von einseitiger Gewalt, die diesen Willen nur zeitweilig unterdrücken kann, gezogen ist. 3. Die derart aufgefaßte Aufgabe setzt zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einer-

seits und Rußland anderseits ein Einverständnis in folgenden vier Hauptpunkten voraus:

1. der Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts berufen wird; 2. die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die Entscheidung der Fragen einer künftigen Staatseinrichtung der entsprechenden Territorien geschehen soll; 3. das zeitweilige Übergangsregime, das bis zur staatsrechtlichen Konstituierung dieser Gebiete festgestellt sein soll; 4. die Mittel und Formen, mit und in welchen die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen ausdrücken soll. Die Zusammenfassung der Antworten auf diese Fragen werden jene Paragraphen des Friedensvertrages bilden, die die Stelle des zweiten Paragraphen des deutschen Anerbietens vom 28. Dezember 1917 vertreten sollen.

Die russische Delegation weist ihrerseits auf folgende Entscheidung dieser Fragen hin:

1. Das Selbstbestimmungsrecht gehört Nationen und nicht nur den in der Okkupationszone (die in § 2 des deutschen Anerbietens vom 28. 12. erwähnt ist) befindlichen Teilen einer Nation. Deshalb überläßt es die russische Regierung der eigenen Initiative auch jenen Teilen der Nation, die außerhalb der Okkupationszone geblieben sind, gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen. Rußland verpflichtet sich, weder direkt, noch indirekt, diese Gebiete zur Annahme der einen oder der anderen Staatseinrichtungsform zu zwingen und ihre Selbständigkeit durch keine, vor einer definitiven Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechts ihrer Bevölkerung geschlossenen Kriegskonventionen zu beschränken. Ihrerseits bestätigen die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns kategorisch den Entschluß, allen Plänen, die durch deutsche oder österreichische Heere eingenommenen Gebiete der gewesenen russischen Monarchie in das deutsche oder österreichisch-ungarische Territorium einzuschließen oder auf Rechnung dieser Gebiete eine sogenannte „Verbesserung" der Grenzen durchzuführen, zu entsagen. Gleicherweise verpflichten sie sich, diese Gegenden weder direkt noch indirekt zur Annahme der einen oder der anderen Staatseinrichtungsform zu zwingen und ihre Selbständigkeit durch keine, vor einer definitiven Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechts ihrer Bevölkerung geschlossenen Zoll- und Kriegskonventionen zu beschränken.

2. Die Entscheidung der künftigen Schicksale der das Selbstbestimmungsrecht verwirklichenden Gebiete muß unter Umständen der völligsten politischen Freiheit und bei Abwesenheit irgend eines äußeren Druckes geschehen. Darum muß die Abstimmung nach Entfernung fremdländischer Heere und nach Rückkehr in die Heimat aller Flüchtlinge und Ausgewiesener vor sich gehen. Der Termin einer vollkommenen Evakuation wird von einer besonderen Kommission, die mit den Umständen des unbeendigten Weltkrieges, — des Zustandes des Transports, Nahrungs- und anderen Mitteln, — entsprechend vertraut ist, bestimmt. Die Wahrung der Ordnung und der Rechte der der Selbstbestimmung unterliegenden Gegenden gehört der nationalen Armee und der lokalen Miliz.

Es wird den Flüchtlingen zur Rückkehr in die Heimat volle Freiheit und materielle Hilfe zugesprochen; diese Vergünstigung genießen auch diejenigen Bewohner dieser Gebiete, die im Anfang des Krieges von der gestürzten Macht aus diesen Gebieten ausgewisen wurden. Vom Augenblick der Unterschrift des Friedens an, bis zur endgültigen Konstituierung genannter Ge-

biete, geht die innere Verwaltung in ihren Grenzen, die Verwaltung der örtlichen Angelegenheiten, Finanzen usw., in die Hände des zeitweiligen Organs über, welches auf dem Wege einer Einigung der politischen Parteien gebildet wird und die ihre Lebensfähigkeit wie vor, so während des Krieges inmitten seines Volkes geoffenbart hat. Die Grundaufgabe dieser zeitweiligen Volksorgane ist die Erhaltung eines normalen Verlaufes des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Organisation der weiteren Lebensfragen der Bevölkerung. Die endgültige Entscheidung über die staatliche Lage der Gebiete, von denen die Rede ist, sowie die Form ihrer inneren staatlichen Einrichtung wird auf dem Wege eines Referendums des gesamten Volkes bestimmt. Um die Arbeiten der Friedenskonferenz zu beschleunigen, nimmt die russische Delegation als für sehr wichtig an, eine bestimmte Antwort auf alle, in der gegenwärtigen Erklärung gestellten Fragen zu erhalten. Was die übrigen detaillierten und untergeordneten Fragen anbetrifft, so konnten sie im Anschluß an die Entscheidung dieser Grundfragen ausgearbeitet werden.

K ü h l m a n n: Ich muß darauf hinweisen, daß eine eingehende Antwort auf alle Punkte dei soeben verlesenen Deklaration momentan nicht möglich ist.

Am 14. Januar wird die materielle Antwort der Verbündeten verlesen, die lautet:

„Die der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation, betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands, weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen.

Ohne des näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Gründe der Gegenseite in Kalkulation zu ziehen. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angestrebte Kompromiß Aussicht auf Verwirklichung bieten kann. Über einen Teil des von den Verbündeten besetzten Gebietes ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfes gehandelt worden. Diese Materie ist durchberaten, bedarf also keiner weiteren Erörterung. Die Frage nach den zurzeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die ein eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in die vier Stadien zu gliedern:

den Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung,
den Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden,
den Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker und endlich
das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte — abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist, daß sie vielmehr gezwungen sind, mit den anderen Gegnern den Krieg weiterzuführen. Gegenüber der russischen Regierung erklären

die verbündeten Delegationen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung der Staatspersönlichkeit ist das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1808, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Amerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündigung ihrer Unabhängigkeit ab — d. i. seit 4. Juli 1776 —, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage vom Jahre 1782. (Droit International Codice, p. 160.)

Die verbündeten Delegationen nehmen Kenntnis von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind, ebenso davon, daß für die russische Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtung und der internationalen Lage besteht. In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnisse die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherheit der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerungen gründen will. Stellt man sich aber — wie die russische Delegation dies tut — auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat

1. der Umfang des Territoriums,
2. die politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes,
3. das Übergangsregime und
4. die Form der Willenskundgebung

die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu I. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können ihre Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Gebiete maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden auch historisch angesehen völkische Einheiten. Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete

einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand behalten.

Zu II. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben. Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu III. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf einer weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu IV. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch ein Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze sowohl von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, in den Stand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten."

Rede L. Trotzkis am 14. Januar 1918.

Bevor wir zu den uns in Anspruch nehmenden Fragen übergehen, halte ich es für unumgänglich, folgendes zu bemerken: In den gestern in unsere Hände gelangten deutschen Zeitungen vom 10. Januar ist der offizielle Bericht enthalten. Im Namen der russischen Delegation protestiere ich in entschiedenster Weise gegen die tendenziöse Umarbeitung, welcher der Text der Erklärung der russischen Delegation in diesem Bericht unterworfen ist. Es genügt zu bemerken, daß von dem Satze: „Unsere Regierung hat an den Kopf ihres Programmes das Wort Frieden gestellt, aber sie hat sich auch zugleich vor dem Volk verpflichtet, nur einen gerechten, demokratischen Frieden zu unterschreiben . . ." nur die erste Hälfte gebracht ist, um das nötige Licht auf den ganzen Bericht zu werfen, der nicht der Informierung der deutschen öffentlichen Meinung, vielmehr ihrer Desorientierung dient.

Indem ich der genauen Bekanntmachung der öffentlichen Meinung aller Länder mit dem tatsächlichen Gang der Friedensverhandlungen eine ungeheuere Bedeutung beimesse, war ich gestern genötigt, unsere Regierung durch direkten Telegraph aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die öffentliche europäische Meinung zu ersuchen, sich ausschließlich an die stenographischen Berichte, die unsere offizielle Presse ohne jegliche Änderung und Verkürzung bringt, zu halten. Was die Frage an und für sich betrifft, so hoffen wir, daß die heutige Antwort des Vierverbandes jedenfalls eine formelle Schwierigkeit beseitigt. Der Herr General richtete zweimal unsere Aufmerksamkeit darauf, daß er nicht die deutsche Regierung, sondern das deutsche Oberkommando in seiner Person vertritt. Ich beanspruche in diesem Falle nicht meiner Beurteilung der inneren Struktur des deutschen Reiches Ausdruck zu verleihen, aber ich bin jedenfalls der Meinung, daß wir die Unterhandlungen mit einer Vertretung führen, welche von der deutschen Regierung autorisiert ist, und der Herr Staatssekretär hielt es aus einem anderen Anlaß für nötig, darauf hinzuweisen, daß alle Unterhandlungen von einem politischen Willen der Regierung getragen werden. Solange dieses von niemand formell widerrufen ist, rechnen wir damit als mit einer formellen Erklärung, welche übrigens sich von selbst versteht. Indem ich die Erörterungen des Generals Hoffmann so zurückweise, halte ich es indessen für unmöglich, in der Rede des Herrn General Hoffmann nicht einige Umstände zu vermerken, welche die Unterhandlungen komplizieren und zum Schaden für beide Teile erschweren können. Der Herr General protestierte vor allem gegen den Ton unserer Erklärung und lenkte unsere Aufmerksamkeit darauf, daß dieser Ton nicht der Tatsache entspricht, daß das deutsche Heer sich auf unserem Territorium befindet. Wenn wir uns an das von Herrn General Hoffmann empfohlene Prinzip halten sollen, so müssen wir ein jedesmal in anderer Sprache mit den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei oder mit dem neutralen Persien reden. Wir meinen jedoch, daß jene allgemeinen Prinzipien, von denen wir uns leiten lassen, uns das Recht geben, die Unterhandlungen mit den Vertretern sämtlicher Reiche im gleichen Ton zu führen. Des weiteren wies der Herr General darauf hin, daß unsere Regierung sich auf Gewalt gründet und Gewalt gegen alle anders Denkenden anwendet, die sie zu den Konterrevolutionären und zur Bourgeoisie rechnet. Vor allem begrüße ich die Tatsache, daß der Herr General meiner Aufforderung, sich ungeniert in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu mischen, so schnell Folge geleistet hat. Sodann muß ich bemerken, daß der Herr General im Recht ist,

wenn er behauptet, daß unsere Regierung sich auf Gewalt stützt. Der Weltgeschichte sind andere Regierungen bis jetzt nicht bekannt.

Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen besteht, solange wird der Staat nolens volens das Werkzeug der Gewalt sein und den Apparat der Gewalt in Anwendiung bringen. Ich protestiere jedoch kategorisch gegen die absolut unrichtige Behauptung, daß wir alle Andersdenkenden außerhalb des Gesetzes stellen. Es sollte mich freuen, wenn die sozialdemokratische Presse in Deutschland soviel Freiheit hätte, wie bei uns die Presse der Bourgeoisie und der Konterrevolution.

Das was an unseren Handlungen die Regierungen der anderen Staaten in Staunen setzt und abstößt, das ist die Tatsache, daß wir nicht die Streikenden, sondern die Kapitalisten verhaften, welche die Arbeiter auf die Straße setzen. Die Tatsache, daß wir nicht die Bauern, die das Land begehren, erschießen, sondern diejenigen Gutsbesitzer und Offiziere verhaften, welche Versuche machen, die Bauern zu erschießen. Und als die rumänische Regierung — ich führe dieses als Beispiel an — sich bemühte, bei uns, auf unserem Territorium Gewaltmaßregeln gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten zu ergreifen, so schlugen wir von hier aus vor, den rumänischen Gesandten, seine Gesandtschaft und seine Kriegsmission in Petrograd zu verhaften. Wir erhielten die Antwort, daß dies schon geschehen sei und wir sind der Ansicht, daß die Gewalt, die wir anwenden, eine Gewalt ist, welche von den Bauern und Soldaten diktiert wird und gegen die Minderheit gerichtet ist, welche danach strebt, das Volk in Sklaverei zu halten, daß diese Gewalt eine fortschrittliche und eine von der Geschichte geheiligte Gewalt ist. Was die zwei Beispiele anbetrifft, die der Herr General anführte, so charakterisieren sie in keinem Fall unsere Politik auf dem Gebiete nationaler Fragen. Wir haben uns über den großrussischen Kongreß informiert. Dieser großrussische Kongreß bestand aus Vertretern großrussischer Agrarier und er machte den Versuch, sich alle streitigen Objekte anzueignen, die dem großrussischen Volke gehören. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so ist dieser Widerstand von Soldaten ausgegangen, die zu gleichen Teilen aus Großrussen und Weißrussen bestanden. Ich habe schon in einer unserer Erklärungen darauf hingewiesen, daß die Konflikte, welche mit der ukrainische Rada entstanden und welche bedauerlicherweise noch nicht gelöst sind, in keinem Sinne das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und in keinem Sinne uns behindern können, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen. Gleichzeitig aber erlaube ich mir, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß der Herr General Hoffmann die Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen, mit der Begründung motiviert, daß alle diese Gebiete keine Regierungsorgane besitzen. Gerade aus dieser Tatsache zieht er die Schlußforderung, daß eine weitere Okkupation bis zu einer bestimmten Frist notwendig sei. Der Staatssekretär begründet das selbständige Recht dieser Gebiete, mit Deutschland und Österreich-Ungarn in Einvernehmen zu treten und ihr Recht, ihr Territorium zu isolieren, gerade damit, daß sie genügend autoritative Organe für derartige internationale Handlungen besitzen. Ich werde mir erlauben, hier auf einige Widersprüche hinzuweisen. Ich meine, daß wenn ein Gebiet kein eigenes Verwaltungsorgan hat und der politischen Vormundschaft bedarf, so tut dieses Gebiet besser, mit dem Abschluß internationaler Einigungen zu warten, andernfalls könnten Organe, die für die innere Verwaltung nicht genügen, sich ebenfalls zur Bestimmung des äußeren Schicksals besagten Volkes als ungenügend erweisen. Ich muß jedoch gestehen, daß in den

theoretischen Auseinandersetzungen, die die Herren Staatssekretär Kühlmann und General Hoffmann ihren Reden zugrunde legen, eine starke Verschiedenheit zu bemerken ist; jedoch scheint das Resultat, zu dem sie glücklich gelangen, ein fast einheitliches zu sein. Aus dem Zugeständnis des Vorhandenseins vollberechtigter Organe und aus dem Zugeständnis ihres Nichtvorhandenseins erwächst die nämliche Schlußfolgerung, welche lautet, daß das Schicksal dieser Gebiete sofort während der Okkupationsepoche beschlossen werden kann und muß, ohne abzuwarten, bis die eigene Bevölkerung die Verwaltung ihres Landes in die Hände nimmt. Ich erlaube mir die kleine Nebenbemerkung, daß dieses Beispiel uns aufs neue in der Ansicht über die absolut untergeordnete Bedeutung der Rechtsphilosophie bestärken kann. Wer die Geschichte des amerikanischen Obergerichts gelesen hat, der weiß, wie oft es die Rechtsphilosophie änderte, in jedesmaligem Hinblick darauf, ob es nötig oder unnötig sei, das Territorium der Vereinigten Staaten zu erweitern.

Ich meine, daß in bezug auf diese Frage es bei weitem interessanter wäre, eine Parallele zu ziehen nicht mit dem Beschluß des amerikanischen Obergerichts, sondern mit der Meinung und Beurteilung jener britischen Juristen, welche die Grundlage zu dem Recht legten, die amerikanische Kolonie in ihren Händen zu halten.

Was die Form betrifft, in welcher wir der Gegenpartei unsere Erörterungen der Beachtung empfahlen, so ist mir nicht völlig klar, worin der Herr Staatssekretär eine Unbequemlichkeit ersieht. — Er wies darauf hin, daß bei einer genauen Formulierung in erster Reihe das in den Vordergrund tritt, was die beiden Parteien trennt, aber soweit ich dieses verstehe, kämpfen die beiden Parteien eben gerade um das, was sie trennt, und nicht um das, was sie vereinigt, und eben deshalb ist es nötig, in den Unterhandlungen die Punkte in den Vordergrund zu stellen, welche das Objekt der Meinungsverschiedenheiten repräsentieren, und sie mit aller nötigen Entschiedenheit schon deshalb in den Vordergrund zu stellen, weil nur in solchem Falle eine gewissenhafte Entscheidung gefunden werden kann. Die Prinzipien natürlich, können als bequeme Algebraformeln gelten, im Endresultat wird die Sache immer zu einer arithmetischen Lösung geführt, und Algebraformeln sind nur dann nützlich und zulässig, wenn die arithmetischen Formeln und Größen ihnen entsprechen. Wir haben unsere Formulierung eben darum aufgestellt, weil es uns schien, daß in jener Flachheit, mit der die Debatten der beiden letzten Sitzungen geführt wurden, gleichsam jene Formeln gesucht wurden, welche in äußerer Form für die Gegenpartei annehmbar machen sollten, was in seiner Wesenheit unannehmbar war. In diesem Sinne schien der Ton des Herrn General Hoffmann viel mehr realistisch. Wir haben ja absolut nicht erklärt, daß wir die deutsche Regierung durch unsere Philosophie gebunden hätten. Wir wollen nur klar und genau wissen, welches Schicksal Polen, Litauen und Kurland erwartet. Dazu führt die Frage allerdings, meine Herren. Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation stellte uns die Frage, woher wir das Recht, uns für diese Gebiete zu interessieren, nehmen, aber der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation datiert sein Recht, sich für diese Gebiete zu interessieren, auch nicht aus der nackten Tatsache der Okkupation, sondern aus dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, welches er allerdings etwas beschränkt auffaßt. Ich meine, daß dieses Prinzip in jedem Fall für uns nicht weniger rechtskräftig ist, und unsere Rechte, sich für das Schicksal derjenigen Völker zu interessieren, denen wir die Loslösung vom Bestande des früheren russischen Reiches

nicht verwehren, begründet. Wir behalten uns natürlich das Recht vor, eine genauere Charakteristik derjenigen Anträge zu geben, welche heute hier vorgelegt wurden, und in ihrer augenblicklichen Form nach wie vor für uns unannehmbar sind, denn wenn ich — ich habe den Text nicht vor mir — ihren Inhalt recht verstanden habe, so wird den uns interessierenden Gebieten nach wie vor das „Recht" zugestanden, bis zur endgültigen Staatsverfassung der Sache der Grenzverbesserung des Nachbarstaates zu dienen.

Erklärung der russischen Delegation.

„Bevor wir zur Durchsicht der Fragen, welche in den Erklärungen der Vertreter des Vierbundes gestellt sind, übergehen, halten wir es für nötig, die Mißverständnisse, welche sich in den Gang der Verhandlungen hineingeschlichen, erst zu beseitigen. Die russische Delegation hat in der öffentlichen Sitzung vom 27. Dezember sich darauf beschränkt, auf die §§ 1 und 2 des deutsch-österreichischen Projektes mit einer eigenen Redaktion zu antworten. Darin wird das Schicksal der vom feindlichen Heere eingenommenen Länder bestimmt. Desgleichen erklärte damals der Vorsitzende der russischen Delegation, daß die Regierung Rußlands die Meinungsäußerung von privilegierten Klassen einer Bevölkerung, die sich dazu augenblicklich unter dem Einfluß der Okkupation befindet, keineswegs für die Stimme des ganzen Volkes gelten lassen kann. Wir konstatieren jedenfalls, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der letzten Sitzung in dem Teil, der die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation enthält, vollkommen mit dem übereinstimmt, was in der Sitzung vom 27. Dezember vorgekommen ist. Was aber das wirkliche oder vermeintliche Telegramm der Petrograder Telegraphenagentur anbelangt, welches wir gar nicht kennen und auf das sich die deutsche Presse und der Staatssekretär von Kühlmann berufen, so sind wir augenblicklich nicht in der Lage, bevor wir nicht die erforderlichen Erkundigungen eingezogen haben, festzustellen, auf welche Weise und welches Telegramm für eine Verbesserung oder eine Ergänzung der Protokolle der Sitzung vom 27. Dezember gedeutet werden konnte. In Wirklichkeit ist in allen Hinweisen auf das in Frage stehende Telegramm die Rede nicht von einer Erklärung der russischen Delegation in Brest-Litowsk, sondern, soweit wir beurteilen können, von einer Resolution des Zentralexekutiv-Komitees in Petrograd, welche nach dem Bericht der russischen Delegation über den Gang der Verhandlungen eingebracht worden war. Sie enthält im Einklang mit der Haltung unserer Delegierten auf der Sitzung eine entschiedene Ablehnung der Form des Selbstbestimmungsrechts, bei der der Wille des Volkes in Wirklichkeit durch den Willen privilegierter Klassen ersetzt wird, die selbst unter dem Einfluß der Okkupationsmächte stehen.

Indem wir das vorgekommene Mißverständnis bedauern, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten unserer Delegation steht und dessen unmittelbare Quelle noch aufgedeckt werden muß, halten wir es für nötig, festzustellen, daß die Möglichkeit eines solchen Mißverständnisses dadurch hervorgerufen wird, daß nicht alle offiziellen Erklärungen der russischen Delegation zur Kenntnis der Völker der Zentralmächte gebracht werden, während Teile dieser Erklärungen in veränderter Form zu ihnen gelangen, wie es z. B. mit der Antwort unserer Delegation auf die Erklärung vom 25. Dezember der Fall war, in welcher in der deutschen offiziellen Mitteilung

die Kritik des § 3 über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen weggelassen war. Wir sehen in dieser unvollständigen Orientierung der öffentlichen Meinung über den Gang der Friedensverhandlungen eine große Gefahr für den erfolgreichen Fortschritt unserer Arbeiten. Was den Protest des General Hoffmann gegen verschiedene Artikel unserer Presse, gegen unsere Aufrufe und Radiotelegramme usw., die die monarchische und kapitalistische Ordnung dieser oder jener Länder der Kritik unterwerfen, anbetrifft, einen Protest, der von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützt wird, so halten wir es für unbedingt nötig, zu erklären: Weder die Waffenstillstandsbedingungen, noch der Charakter der Friedensverhandlungen drängen der Freiheit der Presse und des Wortes in einem der vorhandenen Länder irgendwelche Beschränkung auf.

Wir, die Vertreter der russischen Republik, behalten uns jedenfalls volle Freiheit der Propaganda unserer republikanischen und revulotionär-sozialistischen Überzeugung für uns und unsere Landsleute vor. Zugleich zeigen wir an, daß wir keinen Anlaß zum Protest in dem Umstand erblicken, daß die Regierungen des Vierbundes unter den russischen Gefangenen und Soldaten an der Front halboffizielle deutsche Broschüren verbreiten, welche äußerst tendenziös und von kapitalistischen Anschauungen voll sind und die wir als schädlich für die Volksmassen ansehen.

Nach diesen vorläufigen Bemerkungen können wir an die Erklärung selbst herantreten, die gestern hier vom Vertreter der deutschen und österreichischen Delegation abgegeben worden ist. Vor allem bestätigen wir, daß wir in voller Übereinstimmung mit dem vor der Unterbrechung gefaßten Entschluß die Absicht haben, die Unterhandlungen weiter zu führen ohne Rücksicht darauf, ob sich die Regierung der alliierten Mächte uns anschließen wird oder nicht. Indem wir die Erklärung der Delegationen des Vierverbandes zur Kenntnis nehmen, daß die Grundlagen eines allgemeinen Friedens, welche in der Deklaration vom 25. Dezember formuliert wurden, jetzt in Fortfall kommen, da die Ententemächte während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben, halten wir es für unsere Pflicht zu erklären, daß die von uns aufgestellten Prinzipien eines demokratischen Friedens, welche wir auch künftighin vertreten wollen, weder durch eine zehntägige noch durch eine andere Frist verjähren können, da sie die einzige Grundlage eines friedlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens der Völker darstellen.

Bevor wir nach zehntägiger Unterbrechung hierher zurückkehrten, regten wir telegraphisch im Einklang mit der von uns an den Herrn General Hoffmann gesandten schriftlichen Erklärung die Frage der Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutralen Boden an. Mit unserem Vorschlag wollten wir eine solche Lösung der Ortsfrage erreichen, welche beide Teile in eine gleiche Lage setzen und dadurch den normalen Verlauf der Verhandlungen begünstigen und einen schnellen Friedensabschluß erleichtern. In vollster Übereinstimmung mit der Idee des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation, daß auf die Führung der Unterhandlungen die Atmosphäre, in der sie vor sich gehen, die größte Bedeutung hat, und ohne uns in Erörterungen darüber einzulassen, inwieweit die Atmosphäre von Brest-Litowsk der gegenerischen Seite den durch weitgehende politische, aber nicht strategische Motive bedingten Friedensabschluß erleichtert, halten wir es jedenfalls für unbestreitbar, daß für die russische Delegation der Aufenthalt in der Festung Brest-Litowsk, im Hauptquartier der feindlichen Armeen, unter der Kontrolle der deutschen Behörden, alle Nachteile einer künstlichen

Isolierung schafft, welche die direkte telegraphische Verbindung nicht aufwiegen kann. Diese künstliche Isolierung, die schon an und für sich eine ungünstige Atmosphäre für unsere Arbeit schafft, erweckt zu gleicher Zeit Aufregung und Unruhe in der öffentlichen Meinung unserer Landsleute, die jedem Chauvinismus abhold sind, die im Gegenteil nach Herstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der heute kämpfenden Mächte streben, protestieren dagegen, daß die russische Delegation die Unterhandlungen in einer vom deutschen Heer besetzten Festung führt. Alle diese Erwägungen erhalten um so mehr Bedeutung, als wir durch den Verlauf der vorhergegangenen Unterhandlungen unmittelbar an die Frage über das Schicksal der lebenden Völker — Polen, Litauer, Letten, Esthen, Armenier u. a. — herangetreten waren, wobei es sich herausstellte, daß gerade in dieser Frage die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Teilen herrschen. In Anbetracht dessen halten wir es für zuerst unerwünscht, unter Bedingungen weiter zu verhandeln, welche Anlaß zu der Annahme geben könnten, daß wir, abgeschnitten, von den Quellen allseitiger Information, isoliert von der öffentlichen Meinung der Demokratie der ganzen Welt, ja sogar ohne Garantie dafür, daß unsere Erörterungen und Mitteilungen zur Kenntnis der Völker des Vierbundes gelangen, an der Entscheidung des Schicksals der lebenden Völker hinter ihrem Rücken teilnehmen. Welche Gründe mögen die Verlegung der Unterhandlungen auf neutrales Gebiet verhindert haben?

In seinen Erklärungen beruft sich der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation scheinbar auf die Rede, welche der Herr Reichskanzler im Reichstag über diese Frage gehalten, nachdem er die technischen Schwierigkeiten einer Verlegung der Verhandlungen in ein neutrales Reich aufgeführt hat, Schwierigkeiten, welche unserer Meinung nach bei gutem Willen beiderseits ohne große Mühe beseitigt werden könnten. Der Reichskanzler erklärte, daß die Machinationen der Ententemächte Zwietracht und Mißtrauen zwischen den russischen Delegierten und der deutschen Regierung säen könnten.

Denselben Gedanken erörterte der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation in seiner gestrigen Erklärung. Soweit wir genötigt sind, diesen Grund zu erwägen, halten wir es für nützlich, daran zu erinnern, daß die Sorge für den Schutz der russischen Regierung gegen schädliche Machinationen vollständig der russischen Regierung überlassen werden muß. Wir sagen das mit um so mehr Recht, als die revolutionäre russische Regierung in genügendem Maße ihre Unabhängigkeit den diplomatischen Machinationen gegenüber erwiesen hat, welche immer das Streben nach Unterjochung der arbeitenden Massen verdecken sollten. Unseren Kampf gegen den Krieg begannen wir damals, als die zaristischen Truppen siegreich in Galizien vordrangen. Diesen Kampf führten wir ohne Rücksicht auf die wechselnde strategische Lage durch alle Hindernisse hindurch. Wir wehrten alle Machinationen ab, woher sie auch kamen. Nachdem wir die Regierungsgewalt in unsere Hände genommen haben, erfüllen wir das, was wir versprochen, als wir uns in der Opposition befanden. Wir veröffentlichten die Geheimverträge und verwerfen sie kategorisch, soweit sie den Interessen der Völker und der sozialen Moral widersprechen. Die Veröffentlichung der Geheimdokumente setzen wir auch gegenwärtig fort. Leider ist bis jetzt unserem Beispiele keine der verbündeten oder feindlichen Mächte gefolgt. Ungeachtet der Drohungen der verbündeten Gesandten eröffneten wir die Verhandlungen über den Waffenstillstand. Wir unterwarfen uns nur unserem sozialen Programm. Wir antworteten und antworten mit energischen Re-

pressalien auf alle Versuche der konterrevolutionären Machinationen der verbündeten diplomatischen Agenten, welche die Friedensverhandlungen hintertreiben sollten.

Wir haben wahrhaftig keinen Grund, anzunehmen, daß die Diplomatie der Ententemächte einen größeren Erfolg auf einem neutralen Boden erzielen könnte als in Petrograd. Was die Aufrichtigkeit unserer Friedensbestrebungen betrifft, die vom Herrn Staatssekretär bezweifelt wird, so glauben wir, daß eine solche Frage nicht durch psychologische Vermutungen gelöst wird, sondern durch Tatsachen. Aufrichtig strebt nach dem Frieden der, der bereit ist, aus dem Selbstbestimmungsrecht die nötigen Schlüsse zu ziehen. Unser Verhalten zur Sachlage haben wir in den Fragen über Finnland, Armenien und die Ukraine gezeigt. Nun kommt es aber auch der anderen Seite zu, ihr Verhalten, wenn auch nur zu den okkupierten Gebieten zu zeigen. Wenn der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation befürchtet, daß die Regierungen Frankreichs und Englands alles daran setzen werden, um „öffentlich und hinter den Kulissen" — die Sache des Friedens zum Scheitern zu bringen, so halten wir es am Platz, zu erklären, daß sich unsere Politik keiner Kulissen bedient. Diese Waffe gebrauchte die frühere Diplomatie, die, wie vieles andere vom russischen Volke, im siegreichen Aufstand vom 25. Oktober abgeschafft wurde. Die Verdächtigungen, daß wir an den englisch-französischen Intriguen teilnehmen, welche symmetrisch durch Londoner und Pariser Insinuationen ergänzt werden, wir ständen in geheimer Verbindung mit Berlin, weisen wir mit der Entschiedenheit zurück, auf die uns unsere Politik ein Recht gibt, die sich nicht von zufälligen Kombinationen, sondern nur von den historischsn Interessen der arbeitenden Massen aller Länder leiten läßt.

Wenn wir also keinen technischen oder politischen Umstand sehen, der das Schicksal des Friedens mit Brest-Litowsk als dem Orte der Friedensverhandlungen verknüpft, so können wir doch nicht an jenem Argument stillschweigend vorübergehen, das in der gestrigen Sitzung nicht mit Namen genannt wurde, das aber alle anderen Argumente genügend beleuchtet und in der Rede des Herrn Reichskanzlers deutlich hervorgehoben wurde.

Wir sprechen von dem Teile der Rede, in welchem neben Hinweisungen auf die Gerechtigkeit und ein loyales Gewissen auch Hinweisungen auf die machtvolle Stellung Deutschlands enthalten sind.

Sehr geehrte Herren! Wir haben weder die Möglichkeit noch die Absicht, zu bestreiten, daß unser Land durch die Politik der Klassen, die bei uns bis unlängst geherrscht haben, geschwächt ist. Aber die Weltlage eines Landes wird nicht nur durch den heutigen Zustand seines technischen Apparates, sondern auch von den in ihm vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten bestimmt, ebenso wie die ökonomische Macht Deutschlands nicht allein nach der jetzigen Lage seiner Verpflegungsmittel beurteilt werden kann. Eine weitblickende Politik stützt sich auf die Tendenz der Entwicklung, auf innere Kräfte, die, einmal zum Leben erweckt, früher oder später ihre Macht beweisen werden.

Wie die große Reformation des 16. und die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schöpferischen Kräfte des deutschen und französischen Volkes zum Leben erweckt haben, so hat unsere große Revolution auf einer viel höheren Stufe der technischen und geistigen Weltkultur die schaffenden Kräfte unseres Volkes zum Leben gerufen. Unsere Regierung hat an die Spitze ihres Programms das Wort „Frieden" gestellt, aber sie hat sich vor dem Volke gleichzeitig verpflichtet, nur einen gerechten, demokratischen

Frieden zu unterschreiben. Unser Volk hat eine sehr hohe Achtung vor den arbeitenden Massen Deutschlands, auf denen sich die ganze deutsche Kultur gründet. Dank den Parteien, denen unsere Revolution jetzt die Macht übergeben hat, hat unser Volk schon lange die deutsche Arbeiterklasse, ihre Organisation und ihren Geist der internationalen Solidarität schätzen gelernt. Das Gefühl einer tiefen Sympathie empfindet unser Volk zu den Völkern Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei.

Die schrecklichsten Jahre des grausamsten und sinnlosesten aller Kriege haben die Herzen unserer Soldaten nicht erbittert; sie haben im Gegenteil neue Bande gemeinsamer Leiden und eines gemeinsamen Strebens zum Frieden geschaffen. Und eben deshalb haben die allgemeinen Kongresse der russischen Arbeiter, Soldaten und Bauern offen die Versöhnungshand den jenseits der Schützengräben stehenden Völker ausgestreckt. Von unserer Seite hat sich nichts geändert. Wie vorher wünschen wir auch jetzt einen schnellen, auf dem Einverständnisse der Völker begründeten Frieden. Unter diesen Umständen kann die Weigerung der Vertreter der deutschen, österreich-ungarischen, türkischen und bulgarischen Regierung, die Verhandlungen in ihrem jetzigen Stadium auf einen neutralen, beiden Teilen die elementarste Gleichheit garantierenden Boden zu verlegen, schwerlich anders erklärt werden, als durch das Streben der genannten Regierungen und machtvoller annexionistischer Kreise einen Weg zu gehen, der nicht dem Prinzip eines Übereinkommens der Völker entspricht, sondern der sogenannten Kriegskarte. Dieses Streben erweist sich sowohl für das russische als auch für das deutsche Volk gleicherweise verderblich, denn die Kriegskarten verschwinden, die Völker aber existieren weiter. Noch bis zur gestrigen Sitzung lehnten wir die Behauptung der annexionistischen deutschen Presse, daß in der Frage über den Ort der Verhandlungen die Position der deutschen Regierung eine ultimative sei, als tendenziös ab. Wir waren der Meinung, daß in der Frage darüber, wo beide Teile die Unterhandlungen zu führen hätten, ein Ultimatum nicht am Platze ist, sondern vielleicht nur ein gewissenhaftes, geschäftliches Übereinkommen. Wir haben uns getäuscht. Man hat uns das Ultimatum gestellt: entweder Verhandlungen in Brest-Litowsk oder gar keine Verhandlung. Das ist ein Ultimatum, welches nur in dem Sinne verstanden werden kann, daß die Regierungen oder diejenigen Elemente des Vierbundes, welche die Annexionspolitik verfolgen, Abbruch der Verhandlungen aus rein technischen Gründen für wünschenswerter halten, als einen Abbruch wegen des Schicksals von Polen, Litauen, Kurland und Armenien. Man kann nicht leugnen, daß ein Abbruch der Unterhandlungen, der durch ein Ultimatum auf technischer Grundlage hervorgerufen wird, dem deutschen Volke und seinen Verbündeten ein richtiges Verstehen der Gründe des Konfliktes äußerst erschweren und die Arbeit der offiziösen annexionistischen Agitatoren, welche sich bemühen, dem deutschen Volke die Idee beizubringen, daß hinter der graden und offenen Politik der russischen revolutionären Regierung englische und andere Regisseure stehen, wesentlich erleichtern. Von diesen Erwägungen ausgehend, halten wir es für notwendig, offen, angesichts der ganzen Welt und vor allem angesichts des deutschen Volkes, das uns gestellte Ultimatum anzunehmen. Wir bleiben hier in Brest-Litowsk, um auch nicht eine einzige Chance im Kampf um den Frieden unausgenützt zu lassen. Wie ungewöhnlich das Verhalten der verbündeten Delegationen in der Frage über den Ort der Unterhandlungen auch sei, wir, die Delegierten der russischen Revolution halten es für unsere Pflicht, angesichts aller Völker und der Armen aller Länder einen neuen Versuch zu machen, um hier im Hauptquartier

der Ostfront, klar und genau festzustellen, ob ein sofortiger Frieden mit den vier vereinigten Mächten ohne Vergewaltigung der Polen, Litauer, Letten, Esthen, Armenier und anderer Völker, welchen die russische Revolution volles Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken zusichert, möglich ist. Indem wir im gegebenen Augenblick unseren Antrag betreffs Verlegung der Unterhandlungen auf neutrales Gebiet zurückziehen, schlagen wir vor, an die Fortsetzung der Unterhandlungen selbst heranzugehen."

Die Verhandlungen schleppen sich, ohne neue Gesichtspunkte zu bieten, bis zum 18. Januar hin, an dem Trotzki erklärt, auf 10 Tage nach Petersburg reisen zu müssen. Inzwischen kennzeichnen die nachfolgenden Aufrufe die Situation.

Offizielle Telegramme der russischen Volkskommissare.

Die Kommissare der russischen Volksregierung verschicken durch Funkspruch folgendes Telegramm:

Tsarskoje-Selo, 23. Januar 1918.

An alle Völker!

Die österreich-ungarischen Staatsmänner möchten die österreich-ungarische Arbeiterklasse beruhigen, indem sie ihr versichern, daß die Zentralmächte keine annexionistischen Absichten haben, sondern einen demokratischen Frieden erstreben.

Diese Erklärungen müssen in Rußland großes Erstaunen verursachen. Die Friedensbedingungen, welche in Brest-Litowsk verkündet wurden, bezwecken in Wirklichkeit eine ungeheuere Annexion. Es handelt sich um nichts weniger als um die Eroberung und Annexion Polens, Litauens, Kurlands und Rigas, das von den baltischen Provinzen losgerissen werden soll, sowie um die Annexion der Inseln Ösel, Dago und Moon, d. h. um die gewaltsame Zerstückelung Rußlands.

Und indem diese Staatsmänner ein solches Programm verkünden, haben sie die Frechheit, von einem demokratischen Frieden zu reden!

Es muß zugegeben werden, daß dabei Österreich-Ungarn eine mehr passive als aktive Rolle spielt. Im Verlaufe der Verhandlungen in Brest-Litowsk begnügte sich der Vertreter Österreich-Ungarns damit, die annexionistischen Pläne des Generals Hoffmann und des Staatssekretärs v. Kühlmann zu unterstützen. Das berechtigt aber keineswegs die österreich-ungarischen Sozialpatrioten, den österreich-ungarischen Proletariern allerlei Geschichten vorzuschwatzen, in denen Graf Czernin ein Freund des Friedens genannt wird. Jedes Vertrauen in die Worte und Taten der Sozialpatrioten geht durch dieses Benehmen in die Brüche, und das ist ein Glück für die proletarische Klasse Österreich-Ungarns wie für die Proletarier anderer Länder.

gez.: Der Rat der Volkskommissare Rußlands.

Petersburg, den 23. Januar 1918.

Der Präsident der russischen Abordnung, Joffe, verschickt durch Funkspruch folgenden Protest:

In den Berichten über die letzte Sitzung der Friedenskonferenz, welche in den Zeitungen der Zentralmächte erschienen sind, wurden jene Erklärungen

des Volkskommissars Trotzki unterdrückt, in welchen er klarlegte, daß die Zentralmächte auf Forderungen bestehen, welche den am 25. Dezember verkündeten Grundsätzen vollständig widersprechen.

Die russischen Abgeordneten haben zu verschiedenen Malen gegen diese absichtliche Fälschung des Tatbestandes protestiert, denn sie halten es für gefährlich, die öffentliche Meinung durch gewissenlose Berichte irrezuführen. Wir fühlen uns verpflichtet, auf das bestimmteste Verwahrung einzulegen und diesen Protest an die russische und die fremde Presse zu verschicken.

Die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns sind verraten. Das Spiel, das die Regierungen der Zentralmächte ihren Völkern gegenüber spielen, ist ganz unglaublich.

Die Annexionisten sind mächtig genug, die ausweichenden Diplomaten von der Schule Hertlings und Kühlmanns ihrem Willen zu unterwerfen, aber die Regierungen, die den Willen der Annexionisten erfüllen, wagen nicht mehr, dem Volke ihr Programm zu zeigen.

Kühlmann erklärte, daß die Zentralmächte die Gebiete nicht räumen könnten, die von ihren Truppen besetzt seien, ehe ein allgemeiner Friede geschlossen sei. Daraus hat die ganze Welt und vor allem das deutsche Volk den Schluß gezogen, daß Deutschland und Österreich-Ungarn darauf eingingen, Polen, Litauen, Kurland, Riga und die Inseln zu räumen, wenn der allgemeine Friede geschlossen ist. In Wirklichkeit verhält es sich nicht so. Die österreichische und die deutsche Delegation hat sich geweigert, irgendwelche Verpflichtungen in bezug auf die Räumung der besetzten Gebiete auf sich zu nehmen. Es kommt also auf eine gewalttätige Annexion hinaus. Dies wurde mit voller Klarheit in Brest-Litowsk konstatiert. Die ganze Welt weiß es, nur die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht. Vor diesen wird der wichtigste Teil der Verhandlungen geheim gehalten. Die deutsche Regierung wagt nicht, ihrem Volke die Forderungen mitzuteilen, die Rußland gegenüber in Brest-Litowsk aufgestellt worden sind. Die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns werden von ihren Regierungen vor der ganzen Welt zum Narren gehalten.

Petrograd, den 23. Januar 1918.

Trotzki.

Offizielles Telegramm der russischen Volksregierung.

Tsarskoje-Selo, 28. Januar 1918.
(15. Januar russischer Zeitrechnung.)

Brest-Litowsk. Das deutsche Volk bleibt stumm, und nur deshalb konnte vor der Hauptkommission des deutschen Reichstags ein gebrechlicher Greis, Graf Hertling, auftreten und behaupten, das deutsche Volk durch das rote Meer hindurch zu einem allgemeinen Frieden führen zu wollen.

Hertling sprach über den Frieden; doch vorher wollte er durch Anführung einiger Tatsachen beweisen, daß Deutschland, mit seinen 67 Millionen Einwohnern, unter denen sich fast keine Analphabeten befinden, in diesen $3^1/_2$ Jahren Krieg eine wunderbar ausgebildete Technik entfaltet hat, und daß es an Tüchtigkeit und moralischem Wert die anderen Völker überragt.

Und während dieser Zeit, in der die Kosten dieses Krieges, welcher die notwendige Folgerung aus dem zum äußersten getriebenen Militarismus bildet, allein auf den Schultern des Volkes ruhen; während in jedem Haus ein Toter beklagt wird, während das Volk mit seinem Blute eine Unmasse

Kriegsgewinnler ernährt, die die Tränen der Armut zum Perlschmuck für ihre Weiber verschachern, während dieser Zeit des Elends, wer redet da im Namen des Volkes? Ein Jesuit von über 70 Jahren, ein Professor der Philosophie, konservativ vom Scheitel bis zur Sohle, ein Freund der Junker und Pfaffen. Er wagt es, an der Friedensliebe der Vertreter des russischen Proletariats zu zweifeln; und darin offenbart er seine ganze Heuchelei. Der deutsche Kanzler weiß sehr wohl, daß die Regierung der russischen Arbeiter vor allem den Frieden liebt und will. Er weiß aber auch, daß diese Regierung das russische Volk aufs neue in den Krieg führen kann, wenn irgend eine Gefahr die russische Revolution bedrohen sollte.

Der Reichskanzler weiß das alles sehr wohl, und wenn er sich skeptisch über die Friedensliebe der russischen Regierung ausdrückt, so tut er dies nur, um die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von der Tatsache abzulenken, daß die deutsche Regierung der russischen Revolution unannehmbare Friedensbedingungen gestellt hat. Hertling hat nicht einen unserer Proteste gegen die deutschen Friedensbedingungen erwähnt. Mit keinem Wort hat er von der Entrüstung gesprochen, welche diese Friedensbedingungen in Rußland hervorgerufen haben. Warum hat er das alles mit Stillschweigen übergangen? Nur weil er nach einer wahrheitsgetreuen Schilderung der Lage die Schlußfolgerung nicht hätte ziehen können, welche er aus seiner Rede hätte ziehen wollen.

Der Reichskanzler hat wieder einmal dieselbe Rede halten wollen, welche seit Beginn des Jahres 1915 sämtliche deutschen Kanzler gehalten haben. Die Grundidee dieser Rede ist die folgende: „Das deutsche Reich, im Bewußtsein seiner Kraft, schlägt seinen Feinden einen gerechten Frieden vor! Aber die bösen Feinde weigern sich, diesen Frieden zu schließen, und das beweist, daß die Feinde allein die Schuld an der Verlängerung des Krieges tragen."

Doch jetzt, nachdem die Friedensbedingungen des russischen Volkes bekanntgegeben worden sind, geht es nicht mehr an, die Lage auf diese Weise auszulegen, und da der Kanzler unfähig ist, ein neues Lied aufzusetzen, so mußte er so tun und so reden, als ob er die Sachlage nicht kennt.

Wenn seinerzeit die deutsche Regierung von dem gerechten Frieden redete, den sie zu erlangen wünschte, so wußten diejenigen, welche die deutsche Politik verfolgten, genau, auf welcher lügenhaften Grundlage diese Politik beruht; aber das deutsche Volk hegte damals Vertrauen zu seiner Regierung und deren Erklärungen. Jetzt aber ist dieses Märchen für immer sinnlos gemacht worden, denn die deutschen Friedensbedingungen wurden nun bekannt gegeben, und sie lauten: Die Völker Kurlands, Litauens und Polens werden zu Sklaven der preußischen Junker gemacht; dem russischen Volke wird eine Kriegskontribution auferlegt, so daß dieses arme Volk die ganze Last des preußischen Imperialismus zu tragen hat.

Wenn seinerzeit die deutschen Friedensangebote keinen Widerhall fanden unter den Volksmassen in Frankreich, in Italien, in England, so kommt das einzig und allein daher, daß diese Völker schon lange durchschaut haben, welcher schamlosen Auslegung die deutsche Regierung fähig ist, wenn sie von einem gerechten Frieden spricht.

Czernins Rede wird sowohl in Belgien wie in Frankreich ein großes Erstaunen hervorrufen. Seiner Meinung nach sollte die belgische Frage erst im Laufe des Friedenskongresses erledigt werden; auch sollte Deutschland keineswegs irgend ein Gebiet an Frankreich zurückgeben. Infolgedessen kann man auch mit Besorgnis fragen, inwiefern gedenkt Deutschland Belgiens

Unabhängigkeit zu beschränken, und wieweit Deutschland in seiner Anmaßung gehen wird, wenn es bei den Friedensverhandlungen die Forderung aufstellt, mit Gewalt dem französischen Staat Gebiete zu entreißen. Kurz, die Ungewißheit, in der uns Deutschland läßt, wird Mißtrauen in die Volksmassen säen. Auch Hertlings Rede bringt uns dem Frieden keinen Schritt näher; nichts in dieser Rede weist darauf hin, daß sie gehalten wurde nach den Erklärungen Österreichs, welche sogar nach der Ansicht der konservativen Zeitungen Deutschlands die Möglichkeit boten, den Friedensschluß zu erleichtern. Diese absichtliche Ignorierung des Protestes der Völker Österreichs gegen die Friedensbedingungen Deutschlands zeigt uns, wie hinfällig die Ausreden sind, auf die man sich stützt. Wenn Graf Hertling die Lage, wie sie tatsächlich ist, nicht sehen will oder so tut, als ob er sie nicht sieht, so wird das noch lange nicht die Not und die Unzufriedenheit der proletarischen Klassen in Österreich aus der Welt schaffen. Diese Unzufriedenheit und diese Not des österreichischen Proletariats wird einen um so stärkeren Ausdruck finden, als man merken wird, wie sehr die deutsche Regierung den Einfluß fürchtet, den das österreichische Proletariat auf das deutsche ausübt. Das beweist zur Genüge die Maulkorbpolitik der deutschen Regierung gegenüber der deutschen Presse in bezug auf die Ereignisse in Österreich, die überall mit Stillschweigen übergangen werden. Der Kanzler redete, als ob wir noch am 25. Dezember 1917 wären, dabei sind wir am 25. Januar 1918 und hinter uns liegen große Ereignisse. Und in Österreich gehen wir den Märztagen entgegen.

gez. Radek.

Offizielles Telegramm der russischen Regierung.

Die russische Regierung versendet durch Funkspruch folgendes Telegramm (in deutscher Sprache):

Tsarskoje-Selo, den 6. Februar 1918, 12 Uhr.

An Alle!

Brüder! Durch die spitzen Drahtverhaue, durch die dreifachen Schlagbäume der Kriegszensur ist zu uns die Kunde gekommen von dem ruhmvollen Kampfe, den ihr gegen den deutsch-österreichischen und somit auch gegen den internationalen Imperialismus unternommen habt. Mit unbeschreiblicher Begeisterung haben die Arbeiter und Soldaten Petrograds diese Kunde vernommen, die in den Herzen aller Proletarier einen noch nie dagewesenen Enthusiasmus entfacht hat. In dem Moment, als in Brest-Litowsk die Vertreter der deutsch-österreichischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten im Begriff waren, den Strick am Halse des unglücklichen, leidenden Polens zuzuziehen, in dem Moment, als verschiedene Hoffmanns, Kühlmanns und Hindenburgs das Messer gegen die Freiheit Kurlands und Litauens gezückt haben, in dem Moment habt Ihr, unsere Brüder und Kampfgenossen in Berlin, Wien, Hamburg, Kiel, Nürnberg, Leipzig und einer Reihe anderer Städte eure Stimme erhoben.

Mit euren Streiks und Demonstrationen, mit der Schaffung von Ausschüssen der Arbeiter- und Soldatendeputierten habt Ihr gezeigt, daß die Klasse der Arbeiter Deutschlands und Österreichs den Bedrückern und Henkern nicht erlauben wird, die sozialistische Sowjetrepublik zu einem Annexions- und Vergewaltigungsfrieden zu zwingen. Im Laufe von dreieinhalb Jahren des Räuberkriegs haben die Imperialisten mit Feuer und

Eisen die Blüte der Arbeiterklasse vernichtet zum Ruhme eines kleinen Haufens von Magnaten des Finanzkapitals. Jetzt endlich ist die Stunde der Abrechnung gekommen. Der Nebel, welcher bei Beginn des Krieges die Augen eines Teiles der Arbeiterklasse getrübt hatte, zerfließt. Jedem Arbeiter wurde klar, daß von der Verteidigung des Vaterlandes in diesem räuberischen Kriege keine Rede sein kann. Die Masken sind herunter gerissen. Die wirklichen Ziele der imperialistischen Regierungen sind endgültig entlarvt: sie wollen Bagdad, Riga und Warschau an sich reißen oder ihren räuberischen Appetit auf Kosten der afrikanischen Kolonien befriedigen. Vor diese unleugbare, in ihrer ganzen Blöße dastehende Tatsache sind nun die Arbeiter aller Länder gestellt. Einen Ausweg gibt nur die soziale Revolution. Wir, d. h. alle arbeitenden Massen müssen entweder den Krieg fortsetzen und unser Leben opfern für Ziele, welche von einem kleinen Haufen Kapitalisten uns vorgeschrieben werden, oder unter den Trümmern der bürgerlichen Herrschaft auch dieses Häuflein Kapitalisten begraben, um uns herauszureißen aus dem Feuerreifen des imperialistischen Schlachtens und mutig und entschlossen, ohne Besinnen, zum Sozialismus überzugehen.

Indem ihr, Genossen, eure Ausschüsse der Arbeiterdeputierten geschaffen, habt ihr euren Weg gewählt. Das Los ist gefallen. Was auch für Schwierigkeiten noch zu überwältigen sind, welcher Art die Zickzacklinien auch noch sein werden, welche vielleicht unvermeidlich sind, der Weg ist gewählt, und es gibt keine Kraft, welche euch von diesem Wege ablenken könnte.

Wir erinnern uns dessen, was nicht weit zurückliegt. Es vergingen Monate, lange qualvolle Kriegsmonate. Gespannt warteten wir auf die Stimme der deutschen und österreichischen Arbeiter, unserer älteren Brüder und Lehrer. Endlich ist diese Stimme laut geworden und erschallt in der ganzen Welt. Wir kennen die Schwierigkeiten, die sich euch auf eurem Wege entgegenstellen. Wir wußten, daß die deutsche Bourgeoisie noch über große Widerstandskraft verfügt. Aber wir verloren nicht einen Augenblick den Glauben an die österreichische und deutsche Arbeiterklasse. Wir wußten, daß die Seuche des Sozialpatriotismus vorübergehend sein werde. Wir glauben fest daran: der revolutionäre Sozialismus wird auch in der österreichisch-deutschen Arbeiterbewegung den Sieg davontragen.

Wir erinnern uns der prophetischen Worte unseres Genossen Karl Liebknecht, welcher im Jahre 1915 in seiner Kundgebung an die Konferenz in Zimmerwald die Losung gegeben hat: kein Burgfrieden, sondern Klassenkampf, das ist die Parole unserer Tage! Voll Dankbarkeit lauschten wir den Worten Karl Liebknechts, welcher im Reichstag den deutschen Soldaten zurief: Wendet eure Waffen gegen die eigenen Agrarier und Kapitalisten! Eure Führer Karl Liebknecht und Friedrich Adler sind die liebsten Helden der russischen Revolution geworden. Je dunkler die Nacht, desto klarer leuchten die Sterne. Je schwieriger die Lage der Arbeiterinternationale war, desto heller glänzen die Namen Friedrich Adlers und Karl Liebknechts, diese Ruhmvollsten unter den Ruhmvollen. Unser Petrograder Sowjet hat keinen größeren Enthusiasmus gesehen als heute in dem Momente, als wir Karl Liebknecht und Friedrich Adler einstimmig zu Ehrenpräsidenten unseres Sowjets gewählt haben.

Brüder! Hört uns zu und schaut auf den schweren und dornenvollen Weg, der hinter uns liegt. Im ersten Monat der Revolution waren unsere Sowjets in den Klauen des Sozialpatriotismus. Nur nach bitteren Erfahrungen und einer ganzen Reihe von Fehlern befreiten sich unsere Sowjets von dem

Irrtum der Verteidigungspartei, der der russischen und internationalen Revolution teuer zu stehen gekommen ist.

Genossen! Wiederholt unsere bitteren Erfahrungen nicht noch einmal; dazu ist der gegenwärtige Moment zu ernst und die Verantwortung zu schwer, die jetzt auf der deutsch-österreichischen Arbeiterbewegung liegt. Als lebendige Verwirklichung dessen, was die Arbeiterklasse nicht tun soll, steht der Sozialpatriotismus vor uns, der nicht nur völlig bankerott gemacht hat und demoralisiert ist, sondern auch von dem besten Teil des Weltproletariats abgelehnt wird. Der Bürgerkrieg geht in Rußland seinem Ende zu, bei völligem Siege der sozialen Revolution. In Finnland steht diese vor ihrer siegreichen Vollendung. In Österreich und Deutschland sind Ausschüsse der Arbeiterdelegierten gebildet worden. Das rote Gespenst des Kommunismus zeigt sich in ganz Europa. Die Stunde der sozialistischen Revolution ist gekommen; wir müssen jetzt bereit sein alles dahinzuopfern für den Sieg des Sozialismus. Den Sozialisten unserer Generation ist das große Glück zugefallen, an dem Entscheidungskampfe teilzunehmen. Nicht in Brest-Litowsk werden jetzt die Friedensverhandlungen entschieden, sondern auf den Straßen Berlins und Wiens und anderer deutsch-österreichischen Städte, sowie innerhalb der Wände der Wiener und Berliner Ausschüsse der Arbeiterdelegierten.

Brüder, wir glauben fest daran, daß von eurer Seite alles geschehen wird, um die Friedensverhandlungen, die jetzt von der russischen Arbeiter- und Bauernregierung begonnen worden sind, mit einer deutschen Regierung Karl Liebknecht enden zu lassen. Alles Beste und Heldenhafte im Weltproletariat lauscht mit atemloser Spannung auf euch, Genossen und Mitglieder der Wiener und Berliner Arbeiterausschüsse. Euer Sieg wird den Sieg des Proletariats vollständig und unwiderruflich machen, denn zwei siegreiche Revolutionen in Rußland wie in Deutschland müssen unbezwinglich sein. Die Sowjets sind die neue Organisation, welche von der sozialen Revolution in allen Ländern in den Vordergrund gerückt worden ist. Sowjets liegen im Keim der Arbeiterbewegung Frankreichs, Italiens und Englands. Eine neue Zeit fordert auch immer ein neues Gewand für die neuen Ereignisse. Sowjets, so lautet das neue Wort, das die Arbeiterrevolution ausgesprochen hat. Der internationale Kongreß der Sowjets heißt das Werk, das die Geschichte in den Vordergrund gerückt hat. Ihr, Genossen, haltet das Schicksal dieses Kongresses in euren Händen. Die internationale Revolution pocht an die Tore, und klar und deutlich vernehmen wir alle schon das Grabgeläute des Kapitalismus.

Es lebe die internationale sozialistische Revolution! Es leben die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendelegierten Europas und der ganzen Welt!

Rede des Volkskommissars Trotzki,

gehalten am 14. Februar 1918 in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees.

Genossen! Die Sowjetregierung Rußlands muß jetzt nicht allein aufbauen, sondern auch die alten Rechnungen abschließen und bis zu einem gewissen — und dabei sehr hohen — Grade die alten Schulden bezahlen: zunächst die Rechnungen des Krieges, der dreieinhalb Jahre lang gedauert hat. Der Krieg bildete den Prüfstein der ökonomischen Kraft der kriegführenden Länder. Das Los Rußlands, als des ärmeren und rückständigeren Landes war bei einem langwierigen Kriege von vornherein bestimmt. Bei

dem mächtigen Zusammenprall der Kriegsapparate entschied letzten Endes die Fähigkeit eines jeden Landes, seine Industrie den Kriegsbedürfnissen anzupassen, sie in kürzester Zeit umzuwandeln, und in stets wachsendem Maße die Vernichtungswerkzeuge zu ersetzen, die im Laufe dieser Völkermetzelei mit solcher Schnelligkeit verbraucht wurden. Jedes oder beinahe jedes Land, und darunter auch das zurückgebliebenste, konnte am Anfang des Krieges die mächtigsten Vernichtungswerkzeuge besitzen, d. h. es konnte sie aus dem Auslande beziehen. Das war bei allen zurückgebliebenen Ländern der Fall; auch bei Rußland. Der Krieg verbraucht aber schnell sein totes Kapital und erfordert eine stetige Neubeschaffung. Die Kriegsfähigkeit jedes einzelnen, in den Wirbel des Weltgemetzels hineingerissenen Landes ließ sich in Wirklichkeit durch seine Fähigkeit ermessen, selbständig während des Krieges Kanonen, Geschosse und andere Vernichtungswerkzeuge neu zu schaffen.

Wenn der Krieg das Problem der Wechselbeziehung der Kräfte in allerkürzester Zeit gelöst hätte, so wäre für Rußland theoretisch die Möglichkeit dagewesen, denjenigen Platz hinter den Schützengräben zu behaupten, der den Sieg für sich hatte. Aber der Krieg hat sich zu lange hingezogen. Und dies geschah nicht zufällig. Allein der Umstand, daß die ganze internationale Politik der letzten 50 Jahre auf die Schaffung eines sogenannten europäischen „Gleichgewichts" hinauslief, das heißt darauf, daß die feindlichen Kräfte sich ungefähr die Wagschale halten, dieser Umstand allein mußte — wenn man die Macht und den Reichtum der modernen bürgerlichen Nationen in Betracht zieht — dem Krieg einen langwährenden Charakter verleihen. Und dies bedeutete seinerseits die Erschöpfung derjenigen Länder, die schwächer und in ökonomischer Hinsicht weniger entwickelt waren.

Am stärksten in militärischer Hinsicht erwies sich Deutschland, dank der Macht seiner Industrie und dank der modernen, neuen, rationellen Beschaffenheit dieser Industrie bei einer längst veralteten Staatsverfassung. Es stellte sich heraus, daß Frankreich mit seiner zum großen Teil kleinbürgerlichen Wirtschaft hinter Deutschland weit zurückgeblieben war; und selbst ein so mächtiges Kolonialreich wie England erwies sich infolge des konservativeren, von der Routine beherrschten Charakters seiner Industrie im Vergleich zu Deutschland als der Schwächere. Als die russische Revolution von der Geschichte vor die Frage der Friedensverhandlungen gestellt wurde, da zweifelten wir nicht, daß wir bei diesen Verhandlungen die Rechnung des dreieinhalb Jahre langen Krieges würden begleichen müssen — falls nicht die Kraft des internationalen revolutionären Proletariats einen entscheidenden Strich durch die Rechnung machen würde. Wir zweifelten nicht, daß wir im deutschen Imperialismus einen Gegner hatten, der durch und durch von dem Bewußtsein seiner kolossalen Kraft durchdrungen sei, jener Kraft, die so deutlich im Verlauf des jetzigen Krieges zutage getreten ist.

Alle jene Erwägungen der bourgeoisen Kliquen, wir wären unvergleichlich stärker gewesen, wenn wir diese Verhandlungen gemeinsam mit unseren Verbündeten geführt hätten, sind im Grunde genommen unzulänglich. Damit wir in unbestimmter Ferne gemeinsam mit unseren Verbündeten Verhandlungen führen könnten, hätten wir vor allem gemeinsam mit den Verbündeten den Krieg weiterführen müssen; da aber das Land erschöpft und geschwächt war, so mußte gerade die Fortsetzung des Krieges und nicht das Kriegsende das Land noch mehr schwächen und erschöpfen. So hätten wir einmal den Krieg quittieren müssen unter Bedingungen, die für uns noch viel ungünstiger gewesen wären. Wenn es sich sogar herausgestellt hätte, daß dasjenige Lager,

in das Rußland infolge internationaler Kombinationen des Zarismus und der Bourgeoisie hineingetrieben worden war; dasjenige Lager, an dessen Spitze Großbritannien steht — wenn es sich herausgestellt hätte, daß dieses Lager aus dem Kriege als Sieger hervorgegangen wäre — nehmen wir für einen Augenblick diesen wenig wahrscheinlichen Ausgang an —, so hätte das noch keineswegs bedeutet, Genossen, daß auch unser Land siegreich hervorgegangen wäre. Denn bei einem weiteren Fortgang des Krieges mußte Rußland auch innerhalb des siegreichen Lagers der Entente noch erschöpfter, noch verwüsteter dastehen, als es jetzt schon ist. Die Herren dieses Lagers, d. h. England und Amerika, hätten in bezug auf unser Land genau dieselben Methoden angewandt, wie sie während der Friedensverhandlungen Deutschland entwickelte. Bei der Wertung der Politik imperialistischer Länder wäre es eine sinnlose und läppische Kinderei, wenn man sich von anderen Erwägungen leiten ließe als den Erwägungen der nackten Interessen und der groben Macht. Wenn wir also als Land jetzt vor dem Angesicht des Weltimperialismus geschwächt dastehen, so sind wir nicht dadurch geschwächt, daß wir uns aus dem feurigen Kreis des Krieges losgerissen haben und zudem noch uns aus der Umklammerung der internationalen Kriegsverpflichtungen befreit haben — nein, wir sind durch die Politik des Zarismus und der bürgerlichen Klasse geschwächt, jene Politik, gegen die wir als revolutionäre Partei gekämpft haben — sowohl vor dem Kriege wie während des jetzigen Krieges.

Erinnern Sie sich, Genossen, unter welchen Umständen unsere Delegation sich zuletzt direkt aus einer der Sitzungen des Dritten Allrussischen Sowjetkongresses nach Brest-Litowsk begeben hatte. Damals statteten wir euch einen Bericht über den Stand der Verhandlungen und die Forderungen unserer Gegner ab. Diese Forderungen liefen, wie Sie sich erinnern werden, auf maskierte oder richtiger halb maskierte Annexionsgelüste hinaus, eine Annexion von Litauen, Kurland, einen Teil von Livland, die Moonsundinseln und eine halbverschleierte Kontribution, die wir damals auf sechs bis acht, ja sogar zehn Milliarden Rubel taxierten. Während der Pause in den Verhandlungen, die gegen zehn Tage dauerte, entwickelte sich in Österreich-Ungarn ein ungeheures Gären, und es brachen die Arbeiterstreiks aus. Diese Streiks bedeuteten die erste Anerkennung unserer Methode, die Kriegsverhandlungen zu führen, die erste Anerkennung, der wir von seiten des Proletariats der Zentralmächte vor dem Angesicht der annexionistischen Forderungen des deutschen Militarismus begegneten. Wie jämmerlich erscheinen dagegen die Behauptungen der bürgerlichen Presse, wir hätten einer zwei Monate langen Unterhaltung mit Kühlmann bedurft, um zu erfahren, daß der deutsche Imperialismus räuberische Bedingungen aufstelle. Nein, das haben wir von vornherein gewußt. Aber aus der „Unterhaltung" mit den Vertretern des deutschen Imperialismus versuchten wir ein Mittel zur Stärkung derjenigen Kräfte zu machen, die gegen den deutschen Imperialismus kämpfen. Wir versprachen dabei nicht Wunder zu verrichten, aber wir behaupteten, daß der Weg, den wir gehen, der einzige Weg sei, der der revolutionären Demokratie übrig bleibe, um sich die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung zu sichern.

Man könnte darüber klagen, daß das Proletariat anderer Länder und insbesondere der Zentralmächte allzu langsam den Weg des offenen revolutionären Kampfes beschreite — gewiß. Das Tempo seiner Entwicklung muß als allzu langsam angesehen werden — aber immerhin, in Österreich-Ungarn fand eine Bewegung statt, die sich über das ganze Land ausdehnte und die ein unmittelbarer und direkter Widerhall der Verhandlungen von Brest-Litowsk ist.

Als ich von hier abreiste, sprachen wir davon, daß wir keinen Grund zur Annahme hätten, diese Streikwelle würde in Österreich und Deutschland den Militarismus wegschwemmen. Wenn wir davon überzeugt gewesen wären, so hätten wir natürlich sehr gerne das Versprechen abgegeben, das gewisse Personen aus unserem Munde erwarteten — nämlich, daß wir unter keinen Umständen einen Separatfrieden mit Deutschland schließen würden. Ich sagte damals schon, daß wir ein solches Versprechen nicht abgeben könnten — denn das hätte geheißen, die Verpflichtung übernehmen, den deutschen Militarismus zu besiegen. Das Geheimnis eines solchen Sieges besitzen wir aber nicht. Und da wir uns nun nicht verpflichten konnten, die Wechselbeziehungen der internationalen Kräfte in kürzester Zeit zu verändern, gaben wir offen und ehrlich die Erklärung ab, daß eine revolutionäre Regierung unter gewissen Umständen sich gezwungen sehen könne, einen annexionistischen Frieden anzunehmen. Der Niedergang dieser Regierung müßte dort beginnen, wo sie versucht hätte, vor ihrem eigenen Volke den räuberischen Charakter dieses Friedens zu verbergen — nicht aber dort, wo sie nach dem Verlauf des Kampfes gezwungen sei, einen solchen Frieden anzunehmen.

Zugleich aber wiesen wir darauf hin, daß wir uns zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen nach Brest begeben, unter Bedingungen, die sich offenbar für uns besserten, aber für unsere Feinde verschlimmerten. Wir verfolgten die Bewegung in Österreich-Ungarn, und vieles sprach dafür — darauf bezogen sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag —, daß auch Deutschland sich am Vorabend solcher Ereignisse befände. Von dieser Hoffnung erfüllt, reisten wir ab. Und schon in den ersten Tagen unseres diesmaligen Aufenthaltes in Brest brachte uns der Radiotelegraph über Wilna die ersten Nachrichten darüber, daß in Berlin eine ungeheure Streikbewegung ausgebrochen sei, die, ebenso wie in Österreich-Ungarn, direkt und unmittelbar mit dem Gang der Verhandlungen in Brest verbunden war. Wie es jedoch oft kraft der Dialektik des Klassenkampfes der Fall ist, mußte gerade die ungeheure Dimension dieser proletarischen Bewegung — die Deutschland noch nie gesehen hatte — die besitzenden Klassen zu einem engeren Zusammenschluß und zu noch größerer Unversöhnlichkeit drängen. Die deutschen regierenden Klassen sind von hinreichend festem Selbsterhaltungstrieb durchtränkt, um sich darüber klar zu werden, daß alle Zugeständnisse in der Lage, in der sie, von ihren eigenen Volksmassen bedrängt, sich befanden — alle auch nur partiellen Zugeständnisse eine Kapitulation vor der Idee der Revolution bedeuten würden. Und aus diesem Grunde nahm Kühlmann nach der ersten Periode der Kopflosigkeit, als er absichtlich die Verhandlungen hinzog, keine Sitzungen festsetzte, oder sie an nebensächliche, formale Fragen vergeudete, sobald der Streik liquidiert war, und er sich überzeugen konnte, daß im gegebenen Moment seinem Herrn keine Lebensgefahr mehr drohte — da nahm er seinen Ton völliger Selbstsicherheit und verdoppelter Aggressivität wieder auf.

Unsere Verhandlungen komplizierten sich durch die Teilnahme der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Wir meldeten es bereits das letztemal. Die Delegation der Kiewer Rada tauchte in dem Augenblick auf, als die Rada in der Ukraine eine ziemlich starke Organisation bildete, und der Ausgang des Kampfes noch nicht vorauszusehen war. Gerade in diesem Augenblicke machten wir der Rada den offiziellen Vorschlag, mit uns einen bestimmten Vertrag zu schließen, wobei wir als Bedingungen eines solchen Vertrags

die eine Forderung vorausschickten: daß die Rada Kaledin und Kornilow als Konterrevolutionäre bezeichne und uns nicht hindere, diese beiden zu bekämpfen. Die Delegation der Kiewer Rada traf in Brest gerade in dem Moment ein, als wir mit ihr sowohl hier wie dort eine Einigung zu erzielen hofften. Auch dort erklärten wir, daß, solange sie vom Volke der Ukraine anerkannt werde, wir es für möglich hielten, sie als selbständigen Teilnehmer an den Verhandlungen zuzulassen. Aber je weiter sich die Ereignisse auf dem Boden Rußlands und der Ukraine entwickelten, je tiefer der Anatagonismus zwischen den unteren Schichten der Ukraine und der Rada wurde, um so größer wurde die Bereitwilligkeit der Rada, mit den Regierungen der Zentralmächte den ersten besten Friedensvertrag abzuschließen und im Notfall den deutschen Militarismus zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Russischen Republik heranzuziehen, um die Rada gegen die russische Revolution zu stützen.

Am 9. Februar neuer Zeitrechnung erfuhren wir, daß die hinter unserem Rücken geführten Friedensverhandlungen zwischen der Rada und den Zentralmächten unterschrieben wurden. Am 9. Februar ist der Geburtstag des Prinzen Leopold von Bayern, und wie es in monarchischen Ländern üblich ist, war der feierliche historische Akt — ich weiß nicht, ob mit Einwilligung der Kiewer Rada — für diesen feierlichen Tag vorgesehen. Der General Hoffmann salutierte zu Ehren Leopolds von Bayern, nachdem er um die Genehmigung dieser Salutschüsse bei der Kiewer Delegation angefragt hatte — da nach dem Friedensvertrag Brest-Litowsk zu der Ukraine überging. Die Ereignisse nahmen jedoch einen solchen Verlauf, daß in dem Moment, als der General Hoffmann die Kiewer Rada um die Erlaubnis bat, jene Kanonenschüsse abzugeben, die Rada nach Abzug von Brest-Litowsk nicht mehr sehr viel Territorium übrig behielt. Auf Grund der Depeschen, die wir aus Petrograd erhielten, setzten wir die Delegationen der Zentralmächte offiziell in Kenntnis, daß die Kiewer Rada nicht mehr existiere — ein Umstand, der für den Gang der Friedensverhandlungen keineswegs gleichgültig sein durfte. Wir schlugen dem Grafen Czernin vor, seine Vertreter in Begleitung unserer Offiziere nach der Ukraine zu schicken, um sich überzeugen zu können, ob sein Konteragent, die Kiewer Rada, überhaupt existiere oder nicht existiere. Es hatte den Anschein, als ob Czernin bereitwilligst darauf einginge; als wir ihm aber die Frage vorlegten: bedeutet das auch, daß der Vertrag mit der Kiewer Delegation nicht unterschrieben werden würde, bevor seine Abgesandten zurückkehrten — da überkamen ihn Zweifel und er erbot sich, bei Kühlmann danach anzufragen. Nach der Anfrage aber ließ er uns eine negative Antwort zukommen. Das war am 8. Februar — am 9. mußten sie einen unterschriebenen Vertrag haben; das duldete keine Verschiebung. Nicht nur wegen des Geburtstages des Prinzen Leopold von Bayern, sondern auch aus einem wichtigeren Grunde, den Kühlmann unzweifelhaft Czernin klar gemacht hatte: „Wenn wir jetzt unsere Vertreter nach der Ukraine schicken sollten, so könnten sie sich am Ende in der Tat überzeugen, daß die Rada nicht mehr existiert. Und dann würden wir einzig und allein eine Allrussische Delegation vor uns haben, und das würde unsere Chancen bei den Verhandlungen verschlimmern." . . . Von seiten der österreichisch-ungarischen Delegation sprach man zu uns: „Verlaßt den Boden der Prinzipien, stellt die Frage auf eine praktischere Basis, und dann wird die deutsche Delegation mit sich reden lassen. . . . Es ist den Deutschen nicht möglich, nur wegen der Moonsundinseln den Krieg fortzusetzen, falls ihr diese Forderung auch konkret aufstellt." . . . Wir antworteten: „Nun wohl, wir sind

gerne bereit, die Nachgiebigkeit eurer Kollegen aus der deutschen Delegation zu überprüfen. Bis jetzt verhandelten wir über das Selbstbestimmungsrecht der Litauer, Polen, Livländer, Letten, Esthländer und anderer und stellten bei all diesen Fragen fest, daß von Selbstbestimmung nicht die Rede sein konnte. Nun wollen wir sehen, wie ihr euch zur Selbstbestimmung noch eines Volkes, nämlich des russischen, stellt, welches eure Absichten und Pläne militärisch-strategischer Art sind, die sich hinter eurer Besetzung der Moonsundinseln verbergen. Denn die Moonsundinseln haben als Bestandteil der unabhängigen esthnischen Republik oder als Eigentum der Föderativen Russischen Republik eine Defensivbedeutung; in den Händen Deutschlands aber gewinnen sie einen Offensivwert und bedrohen das eigentliche Lebenszentrum unseres Landes und ganz besonders Petrograd." Aber Hoffman ließ sich natürlich nicht auf die geringsten Zugeständnisse ein. Da kam die Stunde der Entscheidung. Den Kreig erklären konnten wir nicht. Wir waren zu schwach. Die Armee hatte ihren inneren Zusammenhang verloren. Zur Rettung unseres Landes, zur Überwindung des Zerfallprozesses mußten wir die innere Verbindung der arbeitenden Massen wieder herstellen. Dieses psychologische Band kann nur auf dem Wege des produktiven Arbeitens auf dem Acker, in der Fabrik und in der Werkstatt erzeugt werden. Wir müssen den arbeitenden Massen, die den ungeheuren Leiden und katastrophalen Prüfungen des Krieges unterworfen wurden, auf ihre Äcker und in ihre Fabriken zurückbringen, wo sie sich wiederfinden und in ihrer Arbeit festigen könnten, und nur so würden wir eine innere Disziplin schaffen können. Das ist der einzige Ausweg für das Land, das jetzt die Sünden des Zarismus und der Bourgeoisie abbüßt. Wir sind genötigt, diesen Krieg aufzugeben, und wir führen die Armee aus dem Gemetzel heraus. Zugleich aber erklären wir vor dem Angesicht des deutschen Militarismus: Der Friede, den ihr uns aufdrängt, ist ein Gewalt- und Raubfriede. Wir wollen nicht zulassen, daß ihr Diplomaten den deutschen Arbeitern, sagen könnt: „Ihr nanntet unsere Forderungen Eroberungen und Annexionen, aber schaut, wir bringen euch unter diesen Forderungen die Unterschrift der russischen Revolution!"

Ja, wir sind schwach, wir können jetzt keinen Krieg führen, wir besitzen aber revolutionäre Kraft genug, um zu zeigen, daß wir aus freien Stücken unsere Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen, den ihr mit eurem Schwert auf den Leib lebendiger Völker schreibt. Wir verweigern unsere Unterschriften! Ich glaube, daß wir richtig gehandelt haben, Genossen.

Genossen! Ich will nicht behaupten, daß ein Angriff Deutschlands gegen uns ausgeschlossen sei — eine solche Behauptung wäre allzu gewagt, wenn man sich die Stärke der imperialistischen Partei in Deutschland vor Augen hält. Ich glaube aber, daß der Standpunkt, den wir in dieser Frage eingenommen haben, dem deutschen Militarismus in hohem Maße den Angriff erschwert hat. Wie aber, wenn Deutschland trotzdem angreifen sollte? Darauf können wir nur das eine sagen; wenn man in unserm Lande, das erschöpft und in einen verzweifelten Zustand versetzt ist, den Mut der revolutionären und lebensfähigen Elemente anstacheln kann, wenn bei uns der Kampf zum Schutz unserer Revolution und des Schauplatzes unserer Revolution möglich ist, dann ist das nur infolge der Situation, die jetzt geschaffen wurde, möglich, als ein Resultat unseres Austritts aus dem Kriege und unserer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Telegramm der russischen Volksregierung.

Kurz bevor die russische Volksregierung durch die von deutschen Junkern geführte Armee zum Friedensschluß gezwungen wurde, richtete sie an das deutsche Volk, an die deutschen Soldaten, an das deutsche Proletariat in deutscher Sprache folgenden Funkspruch:

Tsarskoje-Selo, den 14. Februar 1918.

Rußland erklärt den Krieg mit dem deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Volke für beendet. Die Würfel sind gefallen! Die Junker und Kapitalisten der Zentralmächte wollten keinen Frieden mit der proletarischen Regierung schließen. In den wieder aufgenommenen Verhandlungen, die auf den Wunsch von Kühlmann drei Tage unterbrochen wurden, stellte es sich mit unleugbarer Deutlichkeit heraus, daß der Imperialismus der Zentralmächte die von ihm erbeuteten Völker um keinen Preis freigeben will. Die russische Revolution, die auf ihrem Banner unter anderem das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker trägt, kann nicht einen Frieden, der dieses Recht schmählich mit Füßen tritt, unterzeichnen. Die Imperialisten der Zentralmächte verlangen aber die sofortige Unterzeichnung des Friedens, der alle in Frage kommenden Völkerschaften vollständig preisgibt. Das war eine Herausforderung der russischen Revolution, ein Schlag ins Gesicht dem Proletariat der ganzen Welt. Die russische Delegation in Brest-Litowsk nahm die Herausforderung an, sie kann und will sich nicht vor dem Imperialismus beugen, und im Namen der russischen Revolution und des Proletariats der ganzen Welt gab sie den Imperialisten in Brest-Litowsk folgende Antwort: Der Krieg mit dem deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Volk ist für uns beendet. An dem Kriege, in dem das betrogene und betörte Proletariat der ganzen Welt seine Klassengenossen auf Geheiß seiner Imperialisten totschlug, nimmt das russische Proletariat nicht mehr teil.

Genossen! Das Unvermeidliche ist geschehen.

Der Imperialismus warf in dem Augenblick, wo seine Vertreter einsahen, daß die russische Revolution beim Proletariat der ganzen Welt einen mächtigen Widerhall fand, der russischen Revolution den Fehdehandschuh hin und erklärte hiermit auch euch den Krieg bis aufs Messer. Die Verhaftungen eurer Führer, die Militarisation derjenigen Fabriken, in denen die Arbeiter energischer die Interessen ihrer Klasse vertreten, alles das ist nur der Anfang des Unterdrückungsfeldzuges der Kapitalisten gegen euch. Der Imperialismus gedenkt euch zu Henkern der russischen Revolution zu machen, denn nur durch eure Hände konnte er hoffen, die russischen revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten den russischen Kapitalisten wieder untertan zu machen und die rote Garde zu ersetzen durch Schutzleute, Söldlinge der Junker und Kapitalisten; nach ihnen sehnen sich die unterdrückten russischen Kapitalisten, wobei sie voll Hoffnung auf den Nachbar, den deutschen Kapitalismus, die Augen richten. Dieser eilt ihnen denn auch gern zu Hilfe, um der verhaßten russischen Revolution und damit auch der beginnenden Weltrevolution ein Ende zu machen. Schmach und Schande denjenigen, die die Hände gegen die russische Revolution zu erheben bereit sind. Fester müßt ihr jetzt eure Reihen schließen, um gemeinsam mit der russischen Revolution für den Sozialismus zu kämpfen. Es darf keine Minute verloren gehen; der Kampf muß sofort aufgenommen werden.

Deutsche Arbeiter und Soldaten! Durch die Schuld der Imperialisten ist es nicht zum Friedensschluß gekommen. Wir wissen, daß ihr uns als

Feiglinge betrachtet hättet, wenn wir die beleidigenden Friedensbedingungen eurer Unterdrücker angenommen hätten. Wir haben sie zurückgewiesen. Aber gleichzeitig liefern wir euch den Beweis, daß es unserer sehnlichster und aufrichtigster Wunsch ist, den Frieden zu erlangen. Das russische Heer wird demobilisiert, trotzdem der Friedensvertrag mit den Junkern und Kapitalisten nicht unterzeichnet werden konnte. Diese Herren wollen lieber gegen die russische Revolution kämpfen als Frieden schließen. Wir wollen aber nicht unsere Brüder und Genossen morden. Genug des Blutes ist geflossen, rufen wir und vertrauen auf eure Unterstützung.

Wir vertrauen darauf, daß ihr nicht einen Schritt gegen das russische Volk unternehmen und euch nicht zu Henkern der russischen Revolution erniedrigen werdet. Durch die Demobilisation der Armee schließen wir mit euch tatsächlich den Frieden, und werden später, wenn ihr diese blutgierigen Raubtiere gestürzt habt, gemeinsam mit euch die Bedingungen ausarbeiten, die allen Völkern die ersehnte Freiheit garantieren. Wir erwarten, daß ihr die Situation nicht ausnutzen werdet, um euch mit erneuter Macht auf eure französischen, englischen, belgischen ,amerikanischen und serbischen Brüder zu stürzen. Eine Niederlage des Proletariats dieser Länder durch eure Hand würde nur die ins Schwanken geratene Position aller Regierungen befestigen. Wir schließen nicht deshalb an der Ostfront über die Köpfe eurer herrschenden Klassen hinweg mit euch Frieden, damit ihr gehorsam an der Westfront das Morden fortsetzt. Durch die Demobilisation der russischen Armee muß auch den ärgsten Zweiflern jedes Mißtrauen gegenüber der russischen Revolution schwinden. Aber euren Junkern und Kapitalisten gegenüber, die soeben ihre Unfähigkeit, die von ihnen entfesselten Kriegsstürme zum Schweigen zu bringen, bewiesen haben, hat sich eure Macht verdoppelt. Ihr braucht nicht mehr in Verteidigungsstellung an der Ostfront zu stehen, sondern könnt dem Feind im eigenen Land eure Macht fühlen lassen. Die jetzt in Rußland in Bildung begriffene rote Armee ist kein Instrument des Bruderkrieges, sondern das Heer des Klassenkampfes, das nicht gegen euch kämpfen wird, sondern allen Revolutionären, die seine Hilfe anrufen, zur Seite steht. Die Interessen der russischen Revolution und die Interessen des zentraleuropäischen Proletariats, wie auch des Proletariats aller Länder sind die gleichen. Aber gebt euch nicht dazu her, Ketten zu schmieden für das Proletariat anderer Länder, mit solchen Ketten würdet ihr nur selbst gefesselt werden.

Glaubt nur, das Proletariat der anderen Länder wird im Kampfe gegen die Unterdrücker an eurer Seite stehen und nicht über euch herfallen, wie man euch vorschwatzt. Euer mächtiger Proteststreik rief sofort ein starkes Echo in allen andern Ländern hervor, vergeßt dieses nicht und baut auf die Solidarität der Arbeiterschaft. Das Schicksal der Revolution, des erlösenden Friedens und des Sozialismus ist in euerer Hand. Wir sind fest überzeugt, daß ihr das euch von der russischen Revolution geschenkte Vertrauen rechtfertigen und die historische Mission des Proletariats, d. h. den Sturz des Kapitalismus erfüllen werdet.

Keinen Schuß mehr gegen das Proletariat! Auf zum Kampfe gegen Junker und Kapitalisten! Es lebe der ewige Frieden der Völker! Es lebe der völkerbefreiende Sozialismus!

Die letzten russischen Kampfaufrufe.

Die Regierung der Volkskommissare hatte offenbar ursprünglich angenommen, daß ihre Erklärung, sie betrachte den Krieg als beendet und

daß sie demgemäß Demobilisationsbefehl gegeben habe, die Zustimmung der Mittelmächte finden würde. Schon die Antwort Kühlmanns in Brest zeigte ihr das Irrige dieser Auffassung, und der Demobilisationsbefehl wurde daher wenige Stunden nach Erlaß widerrufen. Von da an hat die Regierung der Volkskommissare das Äußerste getan, um einen Krieg revolutionärer Begeisterung gegen die vorrückenden deutschen Truppen zu entfesseln. Bis zum letzten Augenblick hat sie sich zum Widerstand gerüstet; ein Erfolg war ihr freilich nicht beschieden.

Am 25. Februar erließ die Außerordentliche Kommission zur Verteidigung der Revolution folgenden Aufruf an das Volk:

Kameraden, Arbeiter und Soldaten! Die endgültig entscheidende Stunde hat geschlagen. General Hoffmann und Wilhelm bleiben dabei, trotz unseres Telegramms, daß wir dem Frieden zustimmen, längs der Eisenbahn schnell vorzurücken.

Wir haben eben die Nachricht von der Eroberung von Pskow erhalten, das nur 8 (Eisenbahn-) Stunden von der Hauptstadt entfernt liegt. Wir können die Pläne des Feindes nicht kennen. Vielleicht wird er sich damit begnügen, Pskow zu besetzen; aber es ist auch möglich, daß die Deutschen, veranlaßt von der russischen und internationalen Gegenrevolution beschlossen haben, das Revolutionszentrum Petersburg zu ersticken.

Kameraden! Die Revolution und die Hauptstadt ist tödlicher Gefahr ausgesetzt. Ihr habt die Henker der Autokratie gestürzt, die Partei Kerenskis, Kaledins und Dutows vernichtet. Empfangt die deutschen Banden vom Schlage Kaledins mit festem und bestimmtem Widerstand des revolutionären Proletariats.

Alles auf zur Verteidigung! Alle zu den Waffen! Schließt euch augenblicklich in sozialistischen Bataillonen zusammen und zieht hinaus zum Siegen oder Sterben! Die Revolution ist in Gefahr! Es lebe die Revolution! Es lebe der Sozialismus!

Am 28. Februar teilen die Volkskommissare mit, daß die deutsche Regierung jeden Waffenstillstand verweigert, der Widerstand gegen die deutschen Horden müsse deshalb Losung der Revolution sein. Die deutschen Truppen seien gering an Zahl; Rußland sei unendlich groß und werde durch die Einnahme von Reval oder Pskow nicht entscheidend getroffen. Selbst der Verlust von Petersburg würde das Schicksal der Revolution nicht entscheiden. Die Sowjets könnten, wenn ihnen das notwendig erscheinen sollte, Volkskommissare zum Rücktritt auffordern; sie appellierten an das Volk, die Reihen zu schließen und alle Kräfte zur Verteidigung der Revolution anzuspannen.

Am 2. März wurden eine Reihe von Telegrammen aus Brest-Litowsk verbreitet, wonach die deutschen Unterhändler erklärt hätten, daß die Feindseligkeiten erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages eingestellt würden. Eines dieser Telegramme aus Brest-Litowsk lautet:

Auf unsere eindringliche Forderung nach Einstellung der Kriegsoperationen antworteten die Deutschen, daß sie die Feindseligkeiten erst am 4. März vormittags 11 Uhr beendigen könnten. Sie haben sich offenbar vorgenommen, die Zeit auszunutzen, um weiter in russisches Gebiet einzudringen und uns härtere Bedingungen diktieren zu können. Wir geben hiermit Befehl, nicht nachzugeben und nichts preiszugeben, sondern bis zum äußersten zu kämpfen und die Deutschen so weit wie möglich nach dem Westen zurückzuwerfen. Nach den eingetroffenen Nachrichten operiert der Feind überall mit schwachen Truppenmassen, die aufzuhalten bei einiger Energie unsererseits nicht schwierig sein dürfte.

Am 1. März abends 8 Uhr erhielt der Rat der Volkskommissare ein Telegramm aus Brest-Litowsk, in dem er dringend aufgefordert wurde, Verstärkungen nach Pskow zu schicken. Er deutete dies von Karachan abgesandte Telegramm dahin, daß die Verhandlungen abgebrochen seien und daß eine augenblickliche Offensive der deutschen Truppen gegen Petersburg im Gange sei. Das revolutionäre Verteidigungskomitee erließ daher einen dringenden Appell an das ganze Land: Petersburg werde nur im äußersten Notfall kapitulieren, und die Regierung der Volkskommissare werde bis zum letzten Augenblick in Petersburg ausharren. Alle Gouvernements, die über Lebensmittelvorräte verfügen, sollten sie unverzüglich nach Petersburg senden. Solle die Stadt nicht während einer langwierigen Belagerung von Hungersnot bedroht sein, müßten die Arbeiterräte und die ganze Bevölkerung alle Energie aufbieten und vor keinem Opfer der Hilfeleistung zurückschrecken.

Endlich am 3. März unterzeichnete Rußland unter Protest den Friedensvertrag. Bei der Schlußsitzung äußerte der russische Delegierte Sokolnikow u. a. „daß die Vertragsbestimmungen eine Gebietsänderung ohne Befragung der Bevölkerung darstelle und von Rußland nur unter Protest angenommen werde". In seiner zweiten Erklärung betonte er, daß das deutsche Ultimatum die Russische Republik im Zustande der Demobilisation getroffen habe. Darum sehe sich Rußland gezwungen, die vorgelegten Verträge zu unterzeichnen.

Dieser Friede ist kein Verständigungsfriede. Die russischen Randvölker werden unter dem Vorwande des Selbstbestimmungsrechtes dem Einfluß des Gegners unterstellt, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen und die Kräfte der Gegenrevolution zu stärken. Auch in Finnland und der Ukraine stützt der Vierbund die revolutionsfeindlichen Bestrebungen. Rußland, durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigt, unterzeichnet, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter appelliert hat, den Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten.

Schluß.

(Artikel aus der Zeitung der „Völkerfriede" Nr. 26 vom Februar 1918.)

Brest-Litowsk.

Die Frage, ob die russische Revolution vor dem deutschen Imperialismus kapitulieren muß, kann nicht auf Grund dieser oder jener Ansicht über die Kriegslage entschieden werden. Um auf die verhängnisvolle Frage der russischen Revolution Antwort zu geben, muß man einen Blick zurückwerfen auf die ganze Friedenspolitik überhaupt und die der Bolschewiki im besonderen. Bereits seit dem ersten Kriegsmonat kämpften die revolutionären Internationalisten gegen die nackte Losung des Friedens. Sollen wir einen Kampf führen, um eine Sachlage wiederherzustellen, die in ihrem Endresultat zum Kriege geführt hat? fragten sie sich. Nein! ertönte die Antwort. Gegen den Urheber des Krieges — gegen den Kapitalismus und seine Träger, die imperialistischen Regierungen aller Länder wollten wir den Kampf des internationalen Proletariats richten. Nur wenn es gelingen wird, ihr Joch abzuschütteln, vermögen die Völker einen Frieden zu schließen, der die Möglichkeit einer Wiederholung des Krieges ausschließt. Völkerfriede auf den Trümmern des Kapitalismus, das ist das hohe Ziel, das sich die revolutionären Elemente der Internationale gestellt haben. Ihr Programm ging nicht nur dem Pro-

gramm der Sozialdemokraten zuwider, die die Verwirklichung ihrer Ziele im Sieg ihrer kapitalistischen Mächte über andere Mächte sahen, sondern es widersprach auch dem Programm der schwankenden internationalistischen Elemente, der sogenannten Parteizentren, denen das Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse die Ausübung eines internationalen Druckes auf die Regierungen erschien, um sie zu zwingen, sich untereinander zu einigen. Wir, die revolutionären Internationalisten, haben uns entschieden geweigert, der eigenen Bourgeoisie im Kampfe gegen das Proletariat des Nachbarlandes Hilfe zu leisten, wir haben darauf hingewiesen, daß der Friede, der als Einigungsresultat der großen kapitalistischen Mächte erscheint, ein Friede sein wird, der auf Kosten der kleinen Völker und des internationalen Proletariats geschlossen wird: die kleinen Völkerschaften werden die Scheidemünze eines solchen Friedens sein und das internationale Proletariat wird die Kriegsausgaben begleichen. Was wollen Sie denn, fragten uns diese Gemäßigten, z. B. die Menschewiki-Internationalisten in Rußland, — wollen Sie, daß der Krieg solange dauert, bis der Kapitalismus in allen Ländern gestürzt ist und alle Kolonien befreit sind? Und sie belächelten uns als Phantasten, die das Proletariat verbluten lassen wollen, damit Indien aus dem englischen Joch befreit wird. Ja, das wäre Wahnsinn, und wir antworteten ihnen: nein, wir wollen nicht den Krieg fortsetzen, solange bis der Sozialismus gesiegt hat, aber wir wollen mit allen Kräften die Weltkrisis des Kapitals dazu ausnutzen, um die ihrer Reife entgegengehenden Kräfte der Arbeiterklasse darauf vorzubereiten, ein für allemal die Wurzel der Kriege und des Kapitalismus herauszureißen. Wir wollen den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg verwandeln.

Vom Tempo der sich jetzt entwickelnden Ereignisse wird es abhängen, ob der Weltkrieg mit einer internationalen Sozialrevolution endet, oder ob der Kampf der Arbeiterklasse schon in seinem Anfang die kapitalistischen Klassen zu einem Friedensschluß zwingen wird, um die Möglichkeit zu haben, ihre Kräfte zu vereinigen und eine gemeinsame Front gegen das internationale Proletariat zu eröffnen. Wenn der zweite Fall eintritt, so wird die nächste Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse darin bestehen, ihren Druck zu verstärken, um nicht zuzulassen, daß die kleinen Völkerschaften und das Proletariat die Rechnung begleichen, die der Krieg vorstellt; und um in dem kritischen Übergangsmoment vom Krieg zum Frieden die politische Macht in die Hände zu nehmen. Und somit ist ihre Aufgabe nicht das Hinziehen des Krieges, sondern das Streben nach möglichster Verstärkung des Klassenkampfes. Was werden sie jedoch beginnen, wenn in dem einen Lande die Revolution siegt und in einem andern der Kapitalismus herrschen würde? fragte man nun. Wir wiesen darauf hin, daß der Krieg in allen kapitalistischen Ländern die Arbeitermassen bis auf den Grund aufwühlt und daß man daher erwarten muß, daß der Sieg der Revolution in einem Lande auch die Flamme der Revolution in den andern Ländern entzünden wird. In der Zwischenzeit, wenn sich die ansteckende Kraft der Revolution verbreitet, muß man das Land der Revolution verteidigen. Das war der Standpunkt der revolutionären Internationalisten, wie er sich im Laufe von zweieinhalb Jahren im Kampfe verschiedener Richtungen der Internationale kristallisiert hat.

Nachwort.

Der Friede von Brest-Litowsk ist ein Markstein in der Geschichte des proletarischen Emanzipationskampfes und des Weltkrieges. Durch ihn wird der Augenblick bezeichnet, da der Krieg zwischen den Bourgeoisien der einzelnen Länder umschlägt in einen Krieg der internationalen Bourgeoisie gegen die siegreiche Arbeiterklasse. Der Klassenkampf, der im Innern zur Machtergreifung durch das Proletariat geführt hatte, durchschlägt die nationalen Wände Rußlands und setzt sich sofort um in einen Klassenkampf des proletarischen Staates gegen den internationalen Imperialismus. Der Klassenkampf des Proletariats gegen seine eigene Bourgeoisie erweist seinen Zusammenhang mit dem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie der ganzen Welt. Die in Brest formulierten Prinzipien proletarischer Außenpolitik sind daher nicht etwa die Prinzipien eines besiegten Staates, sondern die Prinzipien eines zur politischen Macht gelangten Proletariats überhaupt, die — in ihrer theoretischen Formulierung wenigstens — unabhängig sind von der Frage, ob der proletarische Staat siegreich ist oder nicht. In dieser Tatsache, in dieser Unabhängigkeit der proletarischen Außenpolitik von den militärischen Resultaten und von der Kriegskarte offenbart sich ein wesentliches Element dieser Politik selbst.

Noch von einer anderen Seite her ergibt sich diese Unabhängigkeit als wesensnotwendiger Ausfluß der proletarischen Revolution. Die Stellung des proletarischen Staates im kapitalistisch-imperialistischen Staatensystem macht mit einem Schlage das Problem der internationalen proletarischen Revolution akut. Diese Revolution kann nicht in einem Anlaufe zum Siege gelangen. In verschiedenen einzelnen nationalen Kolonnen marschiert das Proletariat an und nur im nationalen Rahmen kann es seinen Sieg erfechten. Dieser nationale Sieg des Proletariats muß das Ergebnis seines eigenen nationalen Kampfes sein. Der definitive Sieg aber, auch des im Innern bereits siegreichen und zur Nation sich konstituierenden Proletariats ist nur garantiert in dem Sieg des Weltproletariats. Der Russe, der Deutsche, der Engländer kann sich in Wahrheit nicht befreien, ehe nicht das gesamte Proletariat im internationalen Maßstabe und in internationaler Aktion sich befreit hat. Die Politik eines im nationalen Rahmen siegreichen Proletariats muß sich daher notwendig verbinden mit dem Emanzipationskampfe des übrigen Proletariats. Da die Emanzipation der Arbeiter, die Ergreifung der politischen Macht, die Zertrümmerung der bürgerlichen und die Aufrichtung des proletarischen Staates nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, ergibt es sich nicht nur als Prinzip, ergibt es sich als die Lebensnotwendigkeit für den proletarischen Staat: selbst um den Preis eigener großer Opfer gegenüber den kapitalistischen Staaten die Linie einer radikalen Kompromißpolitik einzuhalten. Der Friede: das war die Parole, unter der die Bolschewiki zur Macht kamen; der Friede: das wird die Parole sein, unter der die Bolschewiki sich an der Macht erhalten werden. Die Verhandlungen der Sowjetmacht mit dem niedergeworfenen Polen und mit der Entente werden auch dem politisch Verblendetsten dies klar machen.

Brest-Litowsk, das ist die Pädagogik, die Schule der proletarischen Außenpolitik. Mit Brest-Litowsk hat der Krieg nicht aufgehört. Er hat seinen Charakter geändert. Das Wort und die äußeren Formen sind geblieben. Der Inhalt aber ist von dem früherer Kriege so verschieden, wie verschieden sind der Staat der Bourgeoisie und der Staat des siegreichen Proletariats.

Berlin, im August 1920. Julian Gumperz.